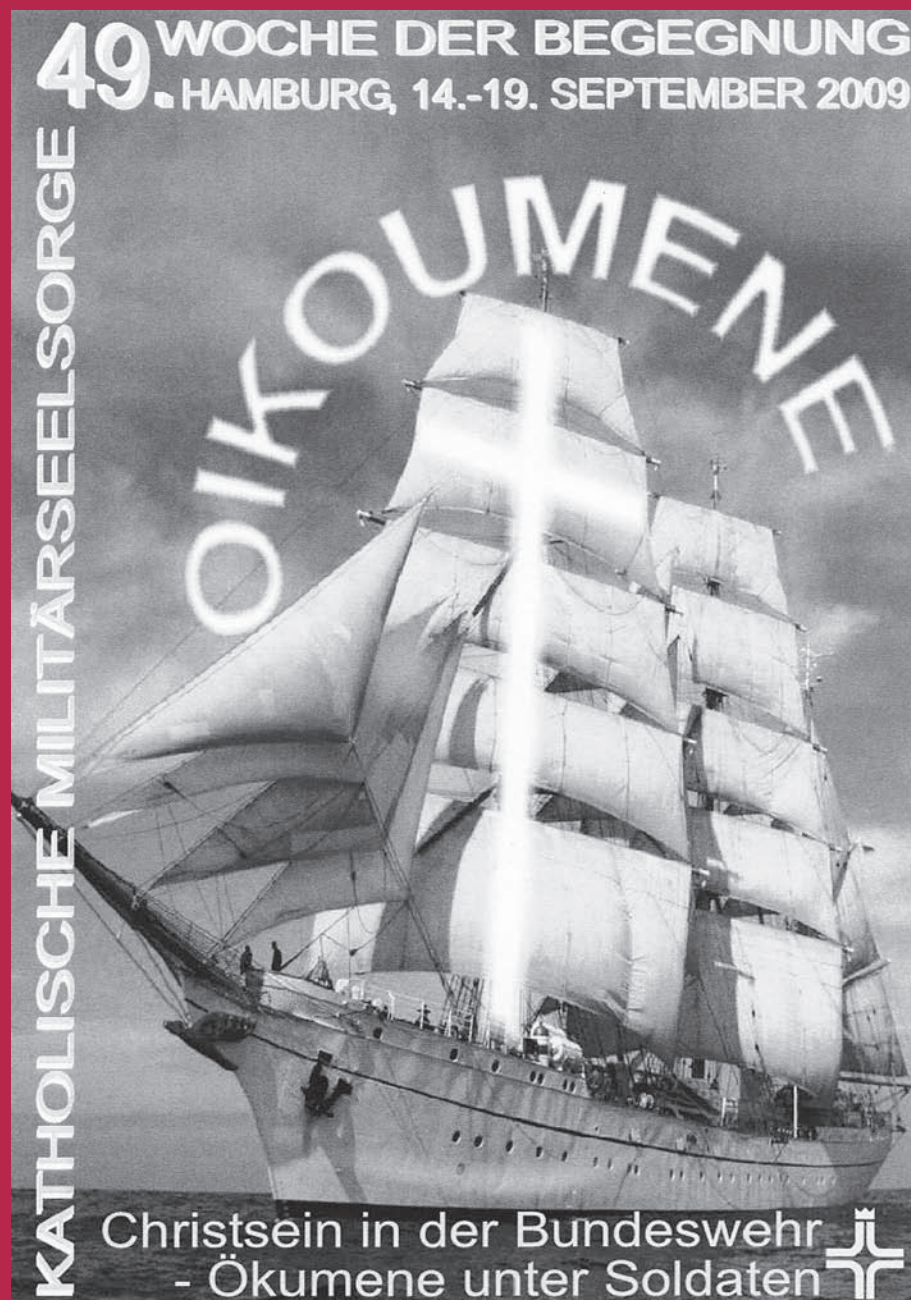


AUFTRAG



HEFT 275 – SEPTEMBER 2009

49. JAHRGANG



- Überlegungen zur Bundestagswahl
- Studie Innere Führung
- Mitarbeit der GKS in der Deutschen Kommission Justitia et Pax
- Bundeskanzler Schmidt und die Bundeswehr (I)

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

Überlegungen zur Bundestagswahl
Sachausschuss Sicherheit und
Frieden / Innere Führung 5

Interview mit Andreas Schockenhoff
von Thomas Kautz und
Klaus Liebetanz 6

Zur Proliferationsproblematik
von Werner Bös 8

II. Vaticanum und GKS
von Manfred Heinz 13

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Enzyklika Caritas est veritate
von Bertram Bastian 16

Zahlen zur Weltkirche
von Paul Schulz/ZENIT 18

Kirche und Islam, eine Frage der
Wechselseitigkeit
von Marine Soreau 19

UN-Resolution kann religiöse Vorurteile
fördern
von Bertram Bastian/ZENIT 19

BILD DES SOLDATEN

Studie Innere Führung
von Bertram Bastian 21

Mitarbeit der GKS in der Deutschen
Kommission Justitia et Pax
von Klaus Achmann und Helmut Jermer 22

RELIGION UND GESELLSCHAFT

ZdK
von Bertram Bastian 25

Judenmission
von Paul Schulz 26

Evangelischer Kirchentag
von Klaus Liebetanz 28

BLICK IN DIE GESCHICHTE

50 Jahre Bundeswehr: Helmut Schmidt (I):
Der fünfte Bundeskanzler und die Bundeswehr
von Dieter Kilian 32

Abraham Lincoln
von Bertram Bastian 43

Erster Prager Fenstersturz
von Bertram Bastian 44

KIRCHE UNTER SOLDATEN

AKADEMIE KORN

Die Personenwürde des Menschen als Soldat
in seinem Auftrag als glaubender Christ
von Karl-Jürgen Klein 45

UNI BW MÜNCHEN

Treffen der Ehemaligen der Katholischen
Hochschulgemeinde Neubiberg
von Reinhold Gradl 46

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS-KREIS KÖLN

Familienwochenende in Horath 47

GKS-KREIS MÜNCHEN

Familienwochenende Wertach 47

BUNDESVORSTAND

GKS tage in Dresden 48

KURZ BERICHTET 7, 12, 20, 24, 25, 31, 44

BUCHBESPRECHUNGEN 49, 50

TERMINE 51

IMPRESSUM 52

Redaktionsschluss

AUFTRAG 276 – Dezember 2009:

Montag, 28. September 2009

UNSER TITELBILD: 49. Woche der Begegnung – das Bild soll veranschaulichen, wie sich die Katholische Militärseelsorge mit vollen Segeln auf den 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München vorbereitet

editorial:

Liebe Leserschaft,

im September wird allerhand geschehen. Während der 49. Woche der Begegnung werden wir in Hamburg im Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof eine Erklärung zur Ökumene in der Bundeswehr verabschieden. Damit stellt das katholische Laienapostolat der Pfarrgemeinderäte die weitere Vorbereitung auf den 2. Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) auf eine sichere Grundlage. Wir als GKS vertreten die katholische Laienarbeit auf der Verbandsebene. Während der Bundeskonferenz wird von Prof. Hoppe der Leitsatz 10 des Programms der GKS „ökumenisch aufgeschlossen“ im Mittelpunkt seines Vortrages stehen. Danach wird die GKS, die während des Kirchentages 2010 einen gemeinsamen Stand mit der GES plant, ihre Vorbereitungen für den ÖKT fortsetzen. Zur katholischen Position finden Sie in dieser Ausgabe einen Artikel des Mitgliedes des Sachausschusses Sicherheit und Frieden Manfred Heinz, der Ihnen einen Abriss über das II. Vaticanum aus der Sicht des Theologen geben wird.

Personelle Veränderungen in der GKS stehen bei der Bundeskonferenz gleichfalls an. Da der Vorsitzende Paul Brochhagen mit Ablauf des 30.06.09 in den Ruhestand getreten ist, werden im Bundesvorstand Neuwahlen und die notwendigen Berufungen erfolgen.

Aber nicht nur die GKS wählt, auch in der Bundesrepublik stehen im September Neuwahlen an. Die Parteien unseres Staates stellen sich für die nächsten fünf Jahre dem Votum des Souveräns, dem Wähler. Es scheint aber, als ob es den Souverän gar nicht interessiert, was da geschieht. Obwohl jede Partei ihr Wahlprogramm durch Parteitage beschließt, sind die Positionen der Parteien seltsam unbekannt. Die Medien begleiten diese Parteitage mit geradezu aufdringlichem Interesse, aber Intrigen und Einzelpositionen bestimmen die Schlagzeilen und damit die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger. Ich hoffe, dass es nicht wie bei der Europawahl Anfang Juni geschieht, dass die Rubrik „Nichtwähler“ mehr Prozent ausmacht als die beiden Volksparteien zusam-



men. Dies wäre kein schönes Zeugnis für den mündigen Bürger, dass er sein Hauptrecht, die Machtverteilung im Staat, den kleinen Randparteien überlässt, die durch Mobilisierung ihrer Klientel überproportional Einfluss gewinnen, wenn nicht alle ihr Wahlrecht wahrnehmen.

Die GKS hat intensiv Punkte diskutiert, die uns als Verband der katholischen Soldaten wichtig erscheinen. Sie sind als „Erwartungen an die künftige Bundesregierung“ in dieser Ausgabe abgedruckt, damit unsere Leserschaft die Kernpunkte der bisherigen Stellungnahmen der GKS nochmals vor Augen hat. Dem Einen oder Anderen mögen diese Erwartungen eine Richtschnur sein, welche Partei diesen Zielvorstellungen am nächsten kommt. Das Zentralkomitee der Katholiken hat ebenfalls eine Wahlempfehlung veröffentlicht, die aber nur darauf abzielt, möglichst viele Wählerinnen und Wähler an die Urnen gehen zu lassen.

Das Zentralkomitee wird Ihnen in dieser Ausgabe vorgestellt, die Zusammensetzung, die Zielsetzung, die Organisation. Warum ausgerechnet in der Septemberausgabe? Weil in der Vollversammlung des Katholikenrates die Vertreter in das ZdK gewählt werden und außerdem im November in der Vollversammlung des ZdK in Bad Godesberg die angekündigten Neuwahlen stattfinden werden, nachdem die Wahlen in der Frühjahrsversammlung in Berlin nicht stattfanden. Somit werden im September in der GKS die Weichen gestellt, in der Republik werden die Parteien zum Wettstreit um den 17. Deutschen Bundestag antreten und im November wird die politische Stimme der Katholiken Deutschlands eine neue Führung erhalten. Wie war doch der alte Werbespruch einer bekannten Benzinmarke: „Es gibt viel zu tun – packen wir’s an!“

Mit herzlichen Grüßen aus Bonn

PS: Aufgrund meines privaten Umzuges haben sich die Anschrift und die Telefonnummer der Redaktion geändert. Es wird gebeten, das Impressum zu beachten.

Drum prüfe wer sich (ewig) bindet!

Wir haben die Wahl, das ist unser gutes Recht in der Demokratie. Am 27. September 2009 wird der 17. Deutsche Bundestag gewählt. Kurz zuvor, bei der Bundeskonferenz der GKS in Hamburg stehen Wahlen und wichtige Entscheidungen über die künftige Ordnung unserer Gemeinschaft an. Als katholischer Verband wollen wir Einfluss nehmen auf das Geschehen in Kirche und Gesellschaft, da müssen wir vor Wahlen ganz besonders präsent sein, schließlich fechten wir als Staatsbürger in Uniform das aus, was „die Politik“ von der Parlamentsarmee verlangt. Die internen Themen treten angesichts der Brisanz der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik in den Hintergrund. In Wahlzeiten sind sogenannte Wahlprüfsteine für Interessenverbände ein probates Mittel, die Wahlprogramme der Parteien unter die Lupe zu nehmen und dem Wahlvolk Kriterien für die Entscheidung an die Hand zu geben, um die Qual der Wahl zu erleichtern. „Qual der Wahl“ bringt die zweifache Bedeutung des Begriffes Prüfstein zum Ausdruck: Neben der Funktion als Prüfraster der Politik tritt die Funktion als Instrument der Information im Rahmen der Verpflichtung des mündigen Staatsbürgers, sich der Mühe der Meinungsbildung zu unterziehen. Es ist wie in der Schule: Das Aufstellen guter Prüfungsaufgaben verlangt das volle Verständnis des Lehrstoffes. Der Stoff, der uns als katholische Soldaten angeht, ist umfangreich und schwer. Sicherheitspolitik und Berufsethik – schwere Kost!

Die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ sind die Kompetenzträger der GKS auf diesen Themenfeldern. Als ein Ergebnis ihrer Arbeit finden Sie in dieser Ausgabe des AUFTRAG ein Arbeits- und Diskussionspapier, das einerseits Erwartungen an die künftige Bundesregierung formuliert, andererseits aber auch helfen soll, die eigene Meinung an „Wetzsteinen“ zu schärfen, um dann überzeugt zu wählen, aber auch um nach der Wahl die praktische Politik kompetent bewerten zu können. Am Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan scheiden sich die Geister und Programme. Längst geht es nicht mehr um die Frage der strikten Trennung der Mandate; die Lage im



vermeintlich sicheren Norden des geschundenen Landes unterscheidet sich kaum noch von jener im Osten und Süden. Ob es sich um Krieg im Sinne des Völkerrechts handelt, ist für den Soldaten hinsichtlich des eigenen Risikos unerheblich, für seine Einsatzregeln und die Wahrnehmung seiner Rolle bei der afghanischen Bevölkerung wie bei der Weltöffentlichkeit ist es aber von entscheidender Bedeutung. Die Intensität der Aktionen der oppositionellen Kräfte macht deutlich,

dass es um den Einfluss in der gesamten Region geht, Afghanistan und Pakistan sind die Schlüssel dafür. Nur zu gern hätten die Terroristen den Status des rechtmäßigen Kombattanten. Wir kennen das in Deutschland von der RAF in den siebziger Jahren! Ich bin davon überzeugt, dass es zum Konzept der „vernetzten Sicherheit“ keine Alternative gibt. Die Bundeswehr kann zwar starke Fäden in diesem Netz ziehen, es bedarf aber deutlich stärkeren Engagements der anderen Akteure, um im Kampf um die Herzen der Menschen in Afghanistan und die Stabilität der gesamten Region nicht zu unterliegen. Diese Problematik ist sicher kein Wahlkampfthema, das kurz-

fristigen Profit verspricht. Wir Soldaten fordern eine ehrliche und offene Debatte über diese drängenden Fragen. Als GKS stehen wir hinter der gegenwärtigen Politik. Wir leisten guten Gewissens Gehorsam, fordern aber auch alle Anstrengungen, dass der Einsatz Erfolg haben kann und alles Menschenmögliche für unseren und den Schutz unserer Familien getan wird. Beteiligen Sie sich an der Debatte, diese Zeitschrift bietet das Forum dafür!

Meine Zeit als Bundesvorsitzender der GKS endet mit Ablauf dieser Wahlperiode zum Ende der Bundeskonferenz am 19. September 2009. Allen Lesern des AUFTRAG danke ich für ihr Interesse an der Arbeit der GKS und wünsche ihnen Gottes Segen für die Zukunft.

*Paul Brochhagen
Bundesvorsitzender*

Sachausschuss Sicherheit und Frieden / Sachausschuss Innere Führung

Diese beiden Sachausschüsse der GKS haben in ihrer gemeinsamen Sitzung in Berlin dieses Arbeits- und Positionspapier erarbeitet und wollen mit der Veröffentlichung die sicherheitspolitische Diskussion in unserer Gesellschaft – innerhalb und außerhalb der Bundeswehr – anregen bzw. beleben. Dabei war den Sachausschüssen bewusst, dass durch die Straffung der Forderungen nicht alle Gesichtspunkte in ausreichender Schärfe und Tiefe dargestellt werden konnten. Meinungsäußerungen und Zuschriften sind herzlich willkommen. (die Redaktion)

Friedensmissionen Deutschlands Erwartungen an die künftige Bundesregierung

Die Anforderungen an deutsche Soldaten haben sich seit den 90er Jahren signifikant geändert. Die Streitkräfte stellen sich dieser Veränderung im Rahmen einer umfassenden Transformation. Die Einsatzrealität besonders in Afghanistan zeigt, dass intensive Gefechte mit Aufständischen keine Ausnahme bilden. Die Furcht vor seelischer und körperlicher Verwundung und der Tod sind daher ständige Begleiter der deutschen Soldaten im Auslandseinsatz.

Auslandseinsätze sind dabei nicht nur eine militärische Aufgabe. Tragfähige Lösungen sind nur in einem ressortübergreifenden Gesamtkonzept mit einem angemessenen und ausgewogenen Einsatz von Kräften und Mitteln zu erreichen. Die Anstrengungen anderer Ressorts sind zurzeit rudimentär bzw. rückläufig. Damit kompensieren Soldaten tendenziell Defizite in anderen Bereichen. Dies ist nicht hinnehmbar.

Die Soldaten erwarten daher mit Recht, dass das Parlament und die zukünftige Bundesregierung, welche die Soldaten in gefährliche Einsätze senden, auch bereit sind, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu praktizieren und sich auch aktiv in der Öffentlichkeit dazu zu bekennen.

Forderungen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten an die nächste Bundesregierung:

1. Bevor militärische Mittel unter den Regeln des Völkerrechts eingesetzt werden, ist zu prüfen, ob Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung ausgeschöpft und mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterlegt sind. Maßnahmen der Gewaltprävention

im Vorfeld einer Krise sind vorrangig zu betrachten.

2. Der militärische Einsatz soll ein Beitrag zur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Eigenverantwortlichkeit („Ownership“) der betroffenen Bevölkerung muss klare Priorität haben. Folgerichtig muss die Bundeswehr im Ausland auch militärische Ausbildungsunterstützung leisten, sobald es die Lage zulässt.

3. Einem Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept zu Grunde liegen. Den zivilen Maßnahmen, wie z.B. rechtstaatlicher Polizeiaufbau, wirksame Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung rechtstaatlicher Strukturen muss der gleiche Nachdruck verliehen werden, wie den militärischen Mitteln.

Daher sollte für Friedensmissionen Deutschlands ein angemessenes Verhältnis der Mittel für den zivilen Aufbau und der militärischen Stabilisierung vorgesehen werden. Um die zivile Aufbauhilfe zu gewährleisten, bedarf es durchhaltefähiger Kräfte und vorgehaltener Strukturen.

Die bereits in der Vergangenheit von Abgeordneten erhobene Forderung, dass bei Parlamentsentscheidungen über Bundeswehreinsätze im Rahmen der Friedenskonsolidierung auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Innenministerium Rechenschaft über deren Mitteleinsatz abgeben müssen, ist ein erster Schritt in diese Richtung und sollte schnell umgesetzt werden.

4. Die Dauer militärischer Einsätze sollte auf der Grundlage rea-

listischer Ziele fortlaufend überprüft werden. Die Evaluation der Einsätze sollte analog zum Gesamtkonzept ressortübergreifend erfolgen.

5. Die politisch Verantwortlichen dürfen nicht zulassen, dass es zu einer schleichenden Abkoppelung der Gesellschaft von der Bundeswehr kommt. Sie müssen schlüssig begründen, weshalb Auslandseinsätze notwendig sind und wofür deutsche Soldaten Leben und Gesundheit einsetzen.

6. Der heutige Dienst in den Streitkräften stellt für die Familien der Soldaten und den Soldaten als Mitglied der Familie eine besondere Herausforderung dar. Deshalb muss die Bundeswehr im Bereich der Dienstzeitgestaltung, der Berufstätigkeit der Ehe- oder Lebenspartner und der Kinderbetreuung wirksamer und flexibler ihrer Fürsorgepflicht nachkommen. Die entsprechenden Haushaltsmittel und Unterstützung sind dringend bereitzustellen.

Vertrauen beruht auf Gegenseitigkeit

Das Treueverhältnis zwischen Dienstherr und Soldat beruht auf gegenseitigem Vertrauen. Die Bundeswehr folgt dem Primat der Politik und ist deren verlässliches Instrument. Sowohl der „politische Auftraggeber“ als auch der „militärische Auftragnehmer“ sollten nach besten Kräften ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Soldaten vertrauen darauf, dass sie optimal ausgebildet, ausgerüstet und mit einem klaren Auftrag, der auf einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens beruht, in den Einsatz gehen können. □

Hoffnung auf eine christlich inspirierte Sicherheitspolitik

Interview mit Dr. Andreas Schockenhoff (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, zuständig für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Die nachfolgenden Fragen des AUFTRAG an Andreas Schockenhoff, stellten die Mitglieder des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, Oberstleutnant i.G. Thomas Kautz und Major a.D. Klaus Liebetanz.

AUFTRAG: Die Bundesregierung hat 2006 den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ gebilligt. Bevor militärische Mittel eingesetzt werden sollen, ist zu prüfen, ob alle Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung ausgeschöpft wurden. Maßnahmen der Gewaltprävention im Vorfeld einer Krise sind vorrangig zu betreiben. Dies wird von verantwortlichen Politikern in Deutschland sowie in der Welt nicht ausreichend systematisch und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln betrieben. Wird es unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung auf dem Gebiet der Krisenprävention zu einem Wandel kommen?

Schockenhoff: Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung gehören seit Jahrzehnten geradezu zu den Kennzeichen deutscher Außenpolitik. Der Einsatz militärischer Mittel war stets das allerletzte Mittel – und das wird auch in Zukunft so bleiben. Wenn gelegentlich der Eindruck einer fehlenden Systematik entstanden ist, dann lag das in erster Linie daran, dass sich Krisen allzu oft jeder Systematik entziehen – und nicht daran, dass wir es an Engagement oder am Mitteleinsatz haben fehlen lassen. Aber natürlich kann man immer noch besser werden. Und natürlich wird es das Ziel einer unionsgeführten Bundesregierung sein, aus den Erfahrungen der letzten Jahre die richtigen Schlüsse zu ziehen, um zu einer noch effektiveren Konfliktprävention zu kommen.

AUFTRAG: Der militärische Einsatz muss von Anfang an Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Eigenverantwortlichkeit (Ownership) der Betroffenen muss klare Priorität haben. Folgerichtig muss die Bundeswehr im Ausland in erster Linie Ausbildungsunterstützung für die

einheimischen Soldaten guten Willens leisten, sobald es die Lage zulässt. Es müssen allerdings geeignete Vorkehrungen getroffen werden, dass ausgebildete Soldaten

schen Sicherheitskräfte und die Lebensumstände in Afghanistan insgesamt verbessern. Deshalb kommt dem umfassenden Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ eine so hohe Bedeutung



Im Gespräch (von rechts): MdB Dr. Andreas Schockenhoff (CDU), OTL i.G. Thomas Kautz, M a.D. Klaus Liebetanz

nicht anschließend dem organisierten Verbrechen oder gar dem Gegner dienen. Werden Sie sich auch im militärischen Bereich für eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen einsetzen?

Schockenhoff: Das Beispiel Afghanistan zeigt: Eigenverantwortlichkeit ist ein zentrales Element unseres strategischen Ansatzes. Je schneller wir das Ziel einer selbsttragenden afghanischen Sicherheitsstruktur erreichen, desto schneller wird der Stabilisierungseinsatz der Bundeswehr, der leider immer wieder auch ein kriegerischer Kampfeinsatz sein muss, zu einem Ende kommen können. Sie sprechen zu Recht das Problem der Abwanderung von ausgebildeten Sicherheitskräften an: Wir können dem nur begegnen, indem wir die konkreten Arbeitsbedingungen der afghani-

zu, und deshalb wiederholen wir immer wieder: Sicherheit und Entwicklung sind zwei Seiten derselben Medaille.

AUFTRAG: Dem deutschen militärischen Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept (comprehensive approach) zu Grunde liegen, das den zivilen Mitteln, wie rechtstaatlicher Polizeiaufbau, wirksame Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung rechtstaatlicher Strukturen mindestens den gleichen Nachdruck verleiht wie den militärischen Mitteln. Bei der Debatte im Deutschen Bundestag am 16.10.08 zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan haben Sie sich dafür eingesetzt, dass sich Friedensmissionen nach Beendigung der Kampfhandlungen aus 20% militärischer Absi-

cherung und 80 % zivilem Aufbau zusammensetzen müssen. Welche Chance sehen Sie, dass bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung verabredet wird, dass bei Friedensmissionen der Bundeswehr das Verhältnis der Mittel für den zivilen Aufbau und der militärischen Stabilisierung wenigstens eins zu eins betragen soll?

Schockenhoff: Es ist noch zu früh, über die Inhalte von Koalitionsverhandlungen zu spekulieren. Aber ich bin zuversichtlich, dass der Gedanke eines schlüssigen und umfassenden zivil-militärischen Ansatzes in Koalitionsverhandlungen, die die Union führen wird, Widerhall finden wird. Dieser Gedanke steht in der Tradition der Außenpolitik der Bundesrepublik, und seine Richtigkeit ergibt sich zudem aus den Erfahrungen, die wir vor allem in Afghanistan, aber auch im Kosovo sammeln.

AUFTRAG: *Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Ulrike Merten, hat sich beim „Sicherheitspolitischen Forum NRW“ in Bonn am 03.02.09. dafür eingesetzt, dass bei Parlamentsentscheidungen über Bundeswehreinsätze im Rahmen der Friedenskonsolidierung auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Innenministerium Rechenschaft über deren Mitteleinsatz abgeben müssen. Was halten Sie von diesem Vorschlag?*

Schockenhoff: Selbstverständlich sollen auch BMZ und BMI gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihren Mitteleinsatz ablegen – und das tun sie ja auch bereits: Gerade der Afghanistan-Einsatz, auf den sich die von Ihnen zitierte Forderung bezog, wird mit großer Sorgfalt und Dichte dokumentiert und analysiert. Immer wieder erläutert sich die Regierung hierzu vor dem Parlament und der Presse; jede Mandatsveränderung oder -verlängerung wird sorgfältig abgewogen und diskutiert; jedes Jahr legt die Regierung mit dem Afghanistan-Konzept eine ausführliche Darstellung ihrer Ziele und ihres Mitteleinsatzes vor, und das immer vor dem Hintergrund

des umfassenden Ansatzes der „Vernetzten Sicherheit“. Von daher würde ich sagen, dass der Forderung natürlich zuzustimmen ist – dass sie aber bereits erfüllt ist.

AUFTRAG: *Die Anforderungen an deutsche Soldaten haben sich seit den 90er Jahren signifikant geändert. Die Streitkräfte stellen sich dieser Veränderung im Rahmen einer umfassenden Transformation. Die Einsatzrealität insbesondere in Afghanistan zeigt, dass intensive Gefechte mit Aufständischen keine Ausnahme bilden. Die Furcht vor seelischer und körperlicher Verwundung und der Tod sind ständige Begleiter der deutschen Soldaten im Auslandseinsatz. Die Soldaten erwarten daher mit Recht, dass das Parlament und die zukünftige Bundesregierung, welche die Soldaten in gefährliche Einsätze senden, auch bereit sind, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu praktizieren und sich auch aktiv dazu in der Öffentlichkeit zu bekennen. Können die Soldaten der Bundeswehr in der nächsten Legislaturperiode mit der uneingeschränkten Unterstützung der zukünftigen Bundesregierung rechnen?*

Schockenhoff: Ich glaube, die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie sich diesem Thema weit mehr als ihre Vorgänger gewidmet hat. Der Einsatz in Afghanistan – bei allem, was sich hier an Verbesserungspotenzial immer noch erkennen lässt – hat an Kohärenz und Effektivität gewonnen, und es wird stetig daran gearbeitet, dies weiter zu optimieren. Gleichzeitig ist das Bewusstsein für die Schwierigkeiten dieses und anderer Auslandseinsätze gestiegen, wie es nicht zuletzt die Besuche des Verteidigungsministers und der Bundeskanzlerin in Afghanistan unterstreichen. Und auch dass die Bundeskanzlerin persönlich am 6. Juli die ersten Ehrenkreuze der Bundeswehr für Tapferkeit verliehen hat, zeigt, dass dem hohen Einsatz, den unsere Soldaten im Ausland erbringen, auch öffentlich das ihm gebührende Lob zuteil wird.

AUFTRAG: *Zum Abschluss des Interviews möchten wir Ihnen noch eine ganz persönliche Frage stellen. Wie werden Sie mit den erheblichen Anforderungen an Sie als Bundestagsabgeordneter und als verantwortlicher Fraktionsvorsitzender für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik fertig? Welche Rolle spielt dabei Ihr katholischer Glaube als Kraftquelle und Motivation, auch bei schwierigen Aufgaben und Anforderungen durchzuhalten und den Durchblick zu bewahren?*

Schockenhoff: Meine Familie gibt mir Stabilität, inneren Ausgleich und Sicherheit – ohne sie könnte ich meine Aufgaben nicht bewältigen. Darüber hinaus ist es in der Tat mein Glaube, der mir Rückhalt und Ruhe gibt. Und gerade in der Politik schadet es ja auch nicht, wenn man sich ab und zu daran erinnert, dass es noch Anderes und Wichtigeres gibt als das tägliche Polit-Geschäft, getreu dem Motto von Johannes XXIII.: „Giovanni, nimm dich nicht so wichtig!“

AUFTRAG: Herr Dr. Schockenhoff, wir danken Ihnen für das Interview. □

Wort zum Priesterjahr:

Wer
die **Herzen**
der **Menschen**
öffnen will,
wird
Chirurg
oder
Priester.

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien (10.gekürzte Fortschreibung – Zeitraum Mai 2009 bis Juli 2009)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion wird auch weiterhin über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per E-Mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de). Zu den Wahlen im Iran kann eine gesonderte Bewertung von Werner BöS bei der Redaktion angefordert werden.

Iran

Die iranischen Revolutionsgarden haben im Mai an der Straße von Hormus und anderen Küstenorten mobile Raketenabschussrampen in Stellung gebracht, um sich auf mögliche Angriffe auf ihre Nuklearanlagen vorzubereiten. Die Revolutionsgarden hätten damit nur auf „geheime Berichte“ reagiert, wonach die USA und Israel einen Angriff auf Ziele im Iran in Erwägung zögen.

Hinsichtlich eines solchen Angriffs erklärte der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohamed El Baradei in einem Interview: „Es wäre völlig verrückt, Iran anzugreifen. Das würde die Region in einen einzigen großen Feuerball verwandeln, und die Iraner würden sofort den Bau der Bombe beginnen – und dabei könnten sie sich der Unterstützung der gesamten islamischen Welt sicher sein.“

Zeitgleich stellte der neue israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu Präsident Obama bei seinem Antrittsbesuch in Washington sein politisches Programm vor und forderte hinsichtlich Iran einen Zeitrahmen für diplomatische Bemühungen, um einen Stopp der iranischen Anstrengungen zur nuklearen Aufrüstung zu erreichen. Sollte der Dialog scheitern, forderte Netanjahu einen militärischen Angriff auf die Atomanlagen.

Präsident Obama bekräftigte jedoch sein Angebot eines politischen Neuanfangs mit der Führung in Te-

heran. Er erwarte bei den diplomatischen Bemühungen gegenüber Teheran eine positive Reaktion bis Jahresende, sagte er. Die USA wollten das Land zurück in die Weltgemeinschaft holen. Er signalisierte aber erneut, dass die USA im Streit um Irans Atomprogramm sich auch um weitere internationale Sanktionen bemühen könnten sowie einen Militäreinsatz grundsätzlich nicht ausschließen.

Netanjahu und Obama hoben beide hervor, dass Iran auf keinen Fall zu einer Nuklearmacht werden dürfe. US-Vizepräsident Joe Biden erklärte später, die USA würden sich einem Militärangriff Israels auf den Iran nicht in den Weg stellen. „Israel kann selbst bestimmen – als souveräne Nation – was in ihrem Interesse liegt.“

Ungerührt von der internationalen Drohkulisse führte Iran auch sein Raketenprogramm fort und hat erneut erfolgreich eine Mittelstreckenrakete vom Typ Sedschil-2 mit einer Reichweite von 2.000 km getestet. Damit wären Israel und das östliche Europa erreichbar. Die derzeit verfügbaren iranischen Raketen basieren noch auf recht einfacher nordkoreanischer Technik. Wann der Iran eine große Interkontinentalrakete bauen kann ist offen.

Die Mitglieder des G8-Treffens fanden in ihrer Gipfelerklärung im Juli im italienischen L'Aquila zwar zum Atomstreit eine klare Sprache. Aber neue Sanktionen waren mit dem Kreml-Chef Dimitri Medwedew nicht

zu beschließen. Die G8 räumten Iran eine Frist bis September ein, die Urananreicherung einzustellen. Die Diplomatie solle weiter eine Chance haben. Auch solle der Iran sein Gesicht wahren können. Hinter den Kulissen warnten Diplomaten, wegen der Drohung eines israelischen Militärschlags gegen Iran mit dem Ziel, die iranischen Nuklearpläne zumindest um Jahre zurückzuwerfen, dürfte keine Zeit verloren werden.

Unbeeindruckt urteilte die iranische Regierung, durch den G8-Gipfel in L'Aquila habe sich die Lage im Atomstreit in nichts verändert. Es seien „keine neuen Botschaften“ von dem Treffen ausgegangen. Großspurig kündigte der Iran seinerseits ein neues Paket von Vorschlägen für Gespräche an. Damit sollten globale und regionale Probleme thematisiert werden. Ein erstes ähnliches „Gesprächsangebot“ in 2008 war so allgemein und hinsichtlich des Atomstreits so vage ausgefallen, dass es im Westen nur zu Verstimmung führte. Das droht wohl auch diesmal, denn in Atomangelegenheiten, so erklärte Präsident Ahmadinedschad „will der Iran nur noch mit der IAEA sprechen“, aber nicht mehr mit den fünf Vetomächten des UN-Sicherheitsrates und Deutschland, die die Verhandlungen bisher geführt hatten.

Auf das umstrittene Atomprogramm des Iran wird der gegenwärtige Machtkampf in der iranischen Führung wohl keinen Einfluss haben.

Schließlich sind die Rivalen – der zum Wahlsieger erklärte Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad und sein Herausforderer, der für die Opposition stehende Mir Hossein Mussawi – beide für das Atomprogramm. Die neue iranische Regierung wird nicht auf den Protest der internationalen Gemeinschaft hören und das Atomprogramm einstellen. Ahmadinedschad und Mussawi haben die gleiche Haltung zur Kernkraft. Nämlich die, die der oberste geistliche Führer Ayatollah Ali Chamenei vorgibt, es sei eine Frage der nationalen Ehre. Zudem gibt es auch in der breiten Bevölkerung einen großen Rückhalt für das Atomprogramm.

US-Präsident Obama erwartet unverändert, dass die iranische Führung sein Gesprächsangebot aufnimmt. Bis zum Jahresende sollte dann absehbar sein, ob Teheran auf dem richtigen Wege ist, die Absicht von eigenen Atomwaffen aufzugeben. Es gibt für Iran andere Mittel, seine Sicherheit und den Wohlstand seines Volkes zu garantieren. Auch wenn es keine künstliche Frist für einen Erfolg von Gesprächen geben kann, klar ist aber, die Verhandlungen können nicht unbegrenzt weiter gehen, während der Iran die Entwicklung von Atomwaffen weiter betreibt.

Es ist allerdings fraglich ob angesichts der Neuwahl Ahmadinedschads sich die Dialoganstrengungen mit der iranischen Diktatur lohnen. Ahmadinedschad macht nicht den Eindruck, als habe er in den Wochen und Monaten nach der Wahl irgendetwas gelernt. Aber was wäre die Alternative? Etwa Abbruch der Beziehungen? Im Gegenteil, alle diplomatischen Mittel müssen genutzt werden, um den Iran zur Einhaltung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu bringen.

Dabei hat der Iran wie jeder andere Vertragsstaat im Rahmen der Vorgaben der Internationalen Atomenergiebehörde das Recht auf die Erforschung, Herstellung und Verwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken. Iran ist Mitgliedstaat und kann dementsprechend ein ziviles Nuklearprogramm unter Aufsicht verfolgen. Iran muss aber endlich die vom UN-Sicherheitsrat geforderten nachprüfbaren Garantien liefern, dass

das Programm nicht militärisch genutzt wird.

Wenn der Iran das Angebot Obamas ausschlägt und weiter gegen den Nichtverbreitungsvertrag verstößt, muss die Internationale Gemeinschaft zu noch schärferen Sanktionen bereit sein.

Nordkorea

Nordkoreas Diktator Kim Jong Il unterstrich mit seinem unterirdischen Nukleartest nahe der Stadt Kilju – dem zweiten binnen drei Jahren – dass er seine Ambitionen, als Atommacht anerkannt zu werden, nicht begraben hat. In den folgenden Wochen erneuerte das Regime die Provokationen und schoss mehrmals Kurzstreckenraketen von seiner Ostküste ab.

Obamas Reaktion klang entsprechend scharf. „Nordkorea fordert die internationale Gemeinschaft rücksichtslos heraus“, zürnte der Präsident. „Diese bedrohlichen Aktivitäten verlangen nach einer Antwort.“

Die folgte prompt. Der UNO-Sicherheitsrat trat bereits am Montagabend zu einer Sondersitzung zusammen und verurteilte einstimmig die Bomben-Provokation. Eine Resolution mit Sanktionen gegen Nordkorea sollte folgen. Selbst Nordkoreas wichtigster Verbündeter, China, bekräftigte seinen Protest.

Dennoch wirken die Reaktionen auf Pjöngjangs erneuten Test, der für Experten nicht völlig unerwartet kam, beinahe ähnlich routiniert wie Amerikas jährliches Sommer-Anfangs-Ritual. Überraschung herrscht unter Washingtons Außenpolitik-Beobachtern eher darüber, dass Obama so schnell an ein explosives Bush-Erbe erinnert wird. Seit seinem Amtsantritt standen eher die Debatten zum Umgang mit Irans atomaren Ambitionen im Vordergrund.

Die Nuklear-Demonstration zeigt, „wie wenige Optionen“ Obama in dieser Frage habe, schreibt Robert Kagan, Nordkorea-Experte vom Carnegie Endowment for International Peace, in der „Washington Post“. Tatsächlich wirken die Herausforderungen aus Pjöngjang besonders knifflig. Wie überzeugt man ein instabiles und beinahe komplett abgeschottetes Regime, sein offensichtlich funktions-tüchtiges Nukleararsenal aufzugeben?

Vor allem, da Kim Jong Il und sein Clan sich von Feinden umzingelt fühlen und Atomwaffen wohl als einzige Möglichkeit ansehen, die Familiendynastie an der Macht zu halten?

Unklar ist bislang auch, welche Botschaft Nordkorea mit dem Bomben-Gruß senden wollte. Denkbar ist ein innenpolitischer Kampf um die Nachfolge des als schwer krank geltenden 67 Jahre alten Kim Jong Il. Dieser hat drei Söhne, sein jüngster Kim Jong Un (Mitte 20) könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Macht übernehmen. Zwar ist formell ein Erbe bislang nicht ausgerufen, aber des kranken Kim Jong IIs Nachfolge nimmt doch konkrete Züge an. Sein jüngster Sohn Kim Jong Un ist als Stellvertreter seines Vaters an die Spitze des Nationalen Verteidigungsausschusses aufgerückt. Bereits im April 2009 hatte er einen Posten in diesem Gremium erhalten, das die 1,2 Millionen Soldaten der Streitkräfte kontrolliert.

Durch den Test könnte der Diktator versuchen, sich die Sympathien des Militärs zu sichern, um die Nachfolge-Frage leichter regeln zu können – oder einfach nur Stärke demonstrieren wollen.

Andere Stimmen vermuten eher eine Botschaft an Washington als an das heimische Publikum. Auch Nordkorea ist nicht verborgen geblieben, dass Obama durch viele andere Krisen abgelenkt ist. Die Detonation könnte ein zynischer Versuch des Regimes sein, wieder auf die US-Agenda zu gelangen – und Zugeständnisse wie die Wiederaufnahme von Nahrungsmittelhilfen zu erreichen, die nach einem nordkoreanischen Raketentest im April dieses Jahres suspendiert worden waren.

Doch der Bombentest könnte auch Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Nordkorea wäre mit Zusicherungen, dass die USA keinen aktiven Regime-Wechsel in Nordkorea anpeilen, schon gedient. Noch angenehmer wäre für das Regime, wenn die USA es offiziell als Nuklearstaat anerkennen würden. Manche Landeskenner raunen gar, Kim Jong Il wolle mit einem Staatsbesuch in Washington und einem Friedensvertrag in die Geschichte eingehen (der Koreakrieg der fünfziger Jahre ist offiziell nicht

beendet, es existiert nur ein Waffenstillstandsabkommen).

Vermutlich ist all das mit Obama nicht zu machen. Washington verhandelt seit langem mit Nordkorea, die Resultate sind wenig ermutigend. Präsident Bill Clinton hatte dem Land 1994 Energie- und Wirtschaftshilfe im Gegenzug für einen Nuklearstopp angeboten. Doch die Übereinkunft scheiterte. Dennoch sandte der Demokrat kurz vor Ende seiner Amtszeit noch Außenministerin Madeleine Albright nach Pjöngjang.

Die Bush-Regierung hielt von solchen Annäherungen wenig, sie propagierte auf Anweisung von Vizepräsident Dick Cheney einen harten Kurs. Aber während das Weiße Haus durch den Irak-Krieg abgelenkt war, trieb Nordkorea die Entwicklung der Bombe entscheidend voran. Wegen Bushs Irak-Fixierung ist Nordkorea der Nuklear-Rebell, „der davon kam“.

In Bushs zweiter Amtszeit drängte US-Außenministerin Condoleezza Rice zwar auf eine Kehrtwende und setzte wieder Verhandlungen durch. Nordkorea sprengte einen Kühlturm seiner mutmaßlichen Nuklearanlage in Yongbyon, im Gegenzug strich Washington das Land unter anderem offiziell von seiner Liste mit Terrorstaaten.

Doch auch dieser Versuch der Annäherung währte nicht lang, der Ton wurde wieder rau und blieb es auch seit Obamas Amtsantritt. Washington und Pjöngjang stritten sich zuletzt um einen nordkoreanischen Raketentest, die Verhaftung zweier US-Journalisten oder die Ausweisung von UNO-Inspektoren. Die Unterredungen der Sechser-Gruppe – bestehend aus Nord- und Südkorea, China, Japan, USA und Russland – liegen auf Eis.

Daher scheint Rätselraten in Obamas Team über den künftigen Kurs zu herrschen. Eine militärische Lösung ist so gut wie ausgeschlossen. Südkoreas Hauptstadt Seoul liegt nur etwa 50 Kilometer von Nordkoreas Grenze entfernt, leicht erreichbar für einen nordkoreanischen Vergeltungsakt. US-Militärschläge sind nur denkbar, wenn der Schutz der Verbündeten in der Region gesichert werden müsste.

Außerdem ist die größte Sorge vieler Militärexperten in Washington nicht eine nordkoreanische Nuklearbombe – sondern die Furcht, Pjöngjang könnte sein Nuklearwissen weitergeben. Geheimdienste gehen davon aus, dass die Nordkoreaner selbst Tipps aus Russland und vermutlich Pakistan erhielten. Umgekehrt könnten sie bereits Syrien beim Bau einer Nuklearanlage geholfen haben, welche Israel wohl 2007 in einer Geheimaktion zerstörte. Oft wurde auch vermutet, Pjöngjang helfe nun Teheran bei der Nuklearentwicklung, obwohl Ahmadinedschad dies entschieden zurückwies.

Im Weißen Haus werden Krisenszenarien durchgespielt: Was könnte mit Nordkoreas Nuklearressourcen geschehen, sollte Kim Jong IIs Regime kollabieren? Und ist es nicht eine große Versuchung, diese an Terrorgruppen weiter zu reichen, für viele Milliarden Dollar?

Ließe sich das überhaupt verhindern? Harvard-Professor Graham Allison, einer der führenden Experten für Massenvernichtungswaffen, hat daran Zweifel. „Wie schwer ist es“, fragt er, „ein bisschen Plutonium an Osama Bin Laden weiter zu geben?“

Die Tiraden aus Pjöngjang wurden Ende Mai immer schriller: Nordkoreas Militärs drohten den Südkoreanern mit Krieg, falls sie nordkoreanische Frachter auf hoher See durchsuchen sollten, sprechen von „unverzeihlicher Verletzung unserer Souveränität“ und warnten als Konsequenz vor einem „unverzüglichen, gewaltigen Militärschlag“ als Antwort. Pjöngjang fühle sich nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen gebunden, das seit dem Ende des Koreakrieges 1953 gelte.

Der unterirdische Atomtest am 25.05.2009, das Abfeuern von fünf Kurzstreckenraketen in Richtung Japan und die Vermutung, dass der stillgelegte Reaktor Yongbyon zur Herstellung von waffenfähigem Plutonium reaktiviert worden sein könnte, hatte Südkorea handeln lassen: Das Land erklärte, sich an der „Initiative gegen die Weiterverbreitung“ von Massenvernichtungswaffen beteiligen zu wollen. Damit sind Patrouillen von Kriegsschiffen der USA und anderer Länder auf den Weltmeeren gemeint,

die Nordkorea und andere „Schurkenstaaten“ daran hindern sollen, Atom- und Raketentechnik zu verkaufen.

Bislang hatte sich Südkorea ebenso wie China und Russland geweigert, an diesen – nach internationalem Recht heftig umstrittenen – Seepatrouillen teilzunehmen, um Nordkorea nicht allzu sehr zu reizen. Doch nach dem zweiten Atomtest forderten in Südkorea und Japan immer mehr Stimmen scharfe Sanktionen gegen Nordkorea. Das offizielle China sah aber zu den Sechsergesprächen über eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel keine Alternative.

Gleichwohl herrschte nicht nur in China, sondern in ganz Ostasien Ratlosigkeit darüber, was jetzt getan werden müsste, um die Situation zu entspannen. Experten in Peking sind sich einig, dass Nordkorea mit dem zweiten Atomtest die amerikanische Regierung zu direkten und schnellen Verhandlungen auf Augenhöhe über einen Friedensvertrag zwingen will, der das Überleben des Kim-Clans und seiner Militärs garantieren soll. Deshalb rechnet Peking mit weiteren Raketenstarts und möglichen Zusammenstößen auf See.

Aber auch innenpolitische Motive stecken wohl hinter Pjöngjangs Aktionen. Das Regime sei so schwach und die Lebensbedingungen so schlecht, dass die Militärs eine Bedrohung von Außen schaffen müssen, um eine Rückkehr in die Kriegswirtschaft zu rechtfertigen.

Nordkorea hat mit seinem zweiten Atombombentest die Furcht vor der Verbreitung von Atomwaffen neu entfacht. Dabei geht es auch um den Verkauf von Trägersystemen. Nordkorea verfügt über geeignete Raketen. Für die schwache Wirtschaft des kommunistisch regierten Landes ist der Waffenexport eine wichtige Einnahmequelle.

Nordkorea und China – so eng verbunden wie Lippen und Zähne. Mit diesem Blick charakterisierten chinesische Politiker und Militärs jahrzehntelang ihr Verhältnis zum Nachbarn. Doch das Bild der schönen Freundschaft trügt: Als die Generäle in Nordkorea alle Warnungen in den Wind schlugen und zum zweiten Mal seit 2006 eine Atombombe testeten,

zeigte Peking seinen Ärger deutlich: Der Atomtest sei eine Missachtung der internationalen Gemeinschaft und des eigenen Ziels, alle Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel abzuschießen.

Auch aus chinesischer Sicht hat das Atomprogramm und die Raketenstarts der Nordkoreaner nur ein Ziel: Stark und unangreifbar zu erscheinen, damit sie die Amerikaner zwingen können, ernsthaft über einen Friedensvertrag und ein Ende der Wirtschaftsanktionen zu verhandeln. Doch Amerika und Nordkorea – das hier verhandelt und dort verborgen die Bombe produziert – kommen sich derzeit nicht näher.

Sanktionen haben Pjöngjang bislang wenig beeindruckt. Das Regime lässt sein Volk lieber hungern, als sich an UN-Testverbote zu halten. Pjöngjang schert sich nicht um Verbote, vielmehr unterläuft Nordkorea die Maßnahmen des Sicherheitsrates, auch weil nicht alle Mitglieder der UN die Sanktionen konsequent umsetzen.

Im Juli 2006 verbot der Sicherheitsrat den Handel von Raketenteilen mit Nordkorea und den Transfer von Raketentechnologie; vorher hatte es Raketen abgefeuert. Nach einem Atombombentest Nordkoreas im selben Jahr verhängte der Sicherheitsrat ein umfangreiches Sanktionsregime: ein Waffenembargo, Konten sollten eingefroren und Luxusgüter durften nicht mehr in das abgeschottete Land exportiert werden. Im April 2009 verschärfte der Rat die Sanktionen, nachdem Nordkorea wieder eine Rakete gestartet hatte.

Als Reaktion auf den Atomwaffentest vom 25.05.2009 schließlich erhöht der UN-Sicherheitsrat erneut den Druck auf Nordkorea und verschärfte seine bisherigen Strafmaßnahmen. Das höchste UN-Gremium fasste mit Unterstützung Chinas und mit allen 15 Mitgliedern einstimmig die Resolution 1874. Nordkorea wurde aufgefordert, sofort sein Atomprogramm zu stoppen. Das Waffeembargo gegen Pjöngjang wurde enger gefasst und durch verstärkte Kontrollen von Fracht nach Nordkorea auf verbotene Waffenlieferungen gestützt. Die Auflagen für Finanzgeschäfte wurden erhöht, besondere finanzielle Barrie-

ren sollen vor allem das Geld aus den lukrativen Waffengeschäften blockieren. Die Resolution kann notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden.

Nordkoreas Machthaber hatten die verschärften UN-Sanktionen als „widerwärtig“ bezeichnet. Das Land werde seine Atomwaffen niemals verschrotten. Drohend vermeldete es, das aus Urananreicherung gewonnene Plutonium künftig für den Bau weiterer Bomben verwenden zu wollen. Das ist ein Geständnis! Hatte Nordkorea doch stets abgestritten, ein Anreicherungsprogramm zu betreiben.

So weit die Drohungen. Wie wirksam die neuen Strafen sind, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Frühere UN-Sanktionen gegen Nordkorea standen in der Regel nur aus dem Papier und waren voller Schlupflöcher. Die chinesische Regierung hat Nordkorea in letzter Zeit immer wieder aufgefordert, an den Verhandlungstisch der Sechser-Gespräche zurückzukehren. Inzwischen zeigt sich aber auch der engste Verbündete Nordkoreas entnervt und stellt scharf fest, das Nuklearprogramm Nordkoreas „verletzt wesentliche Resolutionen des Weltsicherheitsrats, beeinträchtigt die Mechanismen zu Nichtverbreitung von Nuklearwaffen und untergräbt außerdem Frieden und Stabilität in Nordostasien“. Zugleich fordert Peking die internationale Gemeinschaft auf, die Sicherheitsbedenken und Entwicklungsinteressen Nordkoreas zu respektieren.

Die internationale Gemeinschaft scheint geschlossener Front gegen Nordkorea zu machen, als bisher. Denn man ahnt, dass Pjöngjang gar nicht daran denkt, seinen Status als jüngste Nuklearmacht wieder aufzugeben. Nordkorea will sein Arsenal behalten und höchstens noch darüber verhandeln, für welchen Preis es darauf verzichtet, seine Technologie an andere Staaten oder an Terroristen weiterzuverkaufen. Ganz folgerichtig hat das Land sich aus den Sechsergesprächen zur nuklearen Abrüstung der koreanischen Halbinsel offiziell abgemeldet.

Andere

Nordkorea hat weltweit die Furcht vor der weiteren Verbreitung von

Atomwaffen neu entfacht. Dabei geht es auch um den Verkauf von Trägersystemen. Nordkorea verfügt über geeignete Raketen. Für die schwache Wirtschaft des kommunistisch regierten Landes ist der Waffenexport eine wichtige Einnahmequelle. Abnehmer der Raketentechnologie aus Nordkorea waren bisher Pakistan, Libyen, Iran, Syrien und Ägypten.

Es wächst die Befürchtung, dass Nordkoreas Vorgehen und die iranischen sowie syrischen Atomprogramme für Staaten der jeweiligen Region als Vorwand für eigene Atomtests dienen könnten. So mehren sich in Südkorea und Japan die Stimmen, die eine nukleare Abschreckung fordern. Auch im Nahen Osten könnte ein Rüstungswettlauf ausgelöst werden. Bislang ist nur Israel im Besitz der Bombe. Doch diese könnten auch Saudi-Arabien, Ägypten und die Golfstaaten anstreben, um die potenzielle Gefahr aus den Nachbarländern auszugleichen.

Weil sich Nordkorea bislang nicht sehr wählerisch bei der Auswahl seiner Kunden gezeigt hat, könnte atomwaffenfähiges Material in die Hände von Extremisten gelangen. Dann könnten Organisationen wie El Kaida „schmutzige Atombomben“ bauen: eine konventionelle Bombe, mit der radioaktives Material in die Luft gesprengt wird.

Auch vor diesem Hintergrund haben die fünf Vetomächte im Weltsicherheitsrat Mitte Mai nochmals ihre Unterstützung für den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen bekräftigt. Nach Abschluss einer Abrüstungskonferenz in New York versprochen die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China, „sich fortdauernd und unmissverständlich für die nukleare Abrüstung einzusetzen“. Dem Abkommen gehören außer Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea alle Mitgliedsländer der Vereinten Nationen an.

Gleichzeitig machte Russland den Erfolg bei den anstehenden Abrüstungsverhandlungen mit den USA von einem Verzicht Washingtons auf die geplante US-Raketenabwehr in Europa abhängig. „Wenn die Amerikaner weiter auf ihrem Recht einer Raketenabwehr beharren, wird sich die Abrüstung bei strategischen Waffen

verzögern oder gar ganz ins Stocken geraten.“

Mir diesem Ballast im Gepäck reiste US-Präsident Obama Anfang Juli zum Antrittsbesuch nach Moskau. Der Besuch sollte dem Neustart der Beziehungen dienen. Doch bei dem zweitägigen Besuch blieb wenig Zeit für Nettigkeiten. Russlands demonstrativ enge Beziehungen zum iranischen Präsidenten und die Nachsicht gegenüber dem raketenwütigen Nachbarn Nordkorea machen das Riesenreich für die USA zu einem unbequemen, aber dennoch unverzichtbaren Verhandlungspartner.

Eher symbolischen Charakter dürfte der demonstrative Gleichschritt der einstigen verfeindeten Supermächte auf dem Weg zu einem neuen Abkommen zur Abrüstung von Atomwaffen haben.

Wenn er denn gelingen sollte. Obama verfolgt zwar weniger entschieden als sein Amtsvorgänger Bush die Pläne für eine US-Raketenabwehr in Mitteleuropa, aber zum Ärger Moskaus hat er davon bislang wegen angeblicher Gefahr durch Raketen des Irans nicht Abstand genommen. Präsident Medwedew erklärt sich bereit, russische Pläne zur Stationierung eigener Kurzstreckenraketen im Gebiet Kaliningrad aufzugeben, – vorausgesetzt die USA tun das auch. Der russischen Forderung nach einem Verzicht der USA auf die Raketenabwehr, die Medwedew „schädlich, irritierend und sinnlos“ nennt, als Vorbedingung für einen neuen Abrüstungsvertrag erteilte Washington postwendend eine Absage. Nach russischem Verständnis gefährdet die Stationierung das militärische Gleichgewicht in Europa zu Ungunsten Moskaus. Für Obama haben die internationalen Bemühungen um eine Beendigung der Nuklearpläne des Irans oberste Priorität. Russland liefert dem Iran die notwendige Technologie und nuklearen Brennstoff, auch wenn diese nur zivilen Zwecken dienen sollen.

Nach schwierigen ersten Gesprächen einigte sich US-Präsident Obama mit Kremlchef Medwedew nur auf einen Rahmen zur atomaren Abrüstung und einem Nachfolgevertrag für das START-1-Abrüstungsabkommen von 1991. Zahlen wurden nicht bekannt gegeben. Wahrscheinlich waren

sie nicht Teil der Rahmenvereinbarung, da die Berechnungsgrundlagen für Sprengköpfe und Raketen sowie die Überprüfbarkeit der Abrüstungsschritte strittig blieben. Der Streitpunkt US-Raketenabwehr in Mitteleuropa blieb bestehen. Die USA lehnten eine Verknüpfung mit den Abrüstungsverhandlungen ab.

In Zeiten des weltweit wieder erwachenden Interesses an der Kernenergie dürften nach Meinung der IAEA die Risiken der Technologie nicht aus dem Blick verloren werden. Zum Auftakt einer zweitägigen internationalen Konferenz über Atomkraft sagte der Chef der IAEA, El Baradei, in Peking, die Sicherheit der Atomkraftwerke sei heute zwar viel besser als vor 10 Jahren, „aber wir haben weiter Schwachstellen“. „In einigen Ländern sehen wir eine besorgniserregende Kombination aus alten Reaktoren, Betreibern, die schlecht geführt werden, und unterfinanzierten und schwachen Aufsichtsbehörden.“ Diese Probleme müssten angegangen werden.

In diesem Sinne will Präsident Obama im März 2010 auf einem internationalen Atom-Gipfel in Washington neue Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von nuklearen Waffen vorantreiben. Der Nuklear-Terrorismus sei „die unmittelbarste und extremste Bedrohung der globalen Sicherheit“. Ziele seien der Schutz nuklearen Materials und der Kampf gegen Entwicklung und Handel mit Atomwaffen in Staaten wie dem Iran und Nordkorea.

Einen Teilerfolg im komplexen Feld der nuklearen Abrüstung wurde aus Genf gemeldet: Nach Jahren des Stillstands haben sich die 65 Mitglieder der UN-Abrüstungskonferenz im Mai d.J. auf ein Arbeitsprogramm für einen Vertrag zur Atomwaffenkontrolle verständigt. Damit wurde die Instanz nach mehr als zehn Jahren Blockade reaktiviert. Zuletzt feilschten die Länder in Genf über den Vertrag zum Stopp von Atomtests. Seit dem Verbot von Atomwaffentests in 1966 waren weitere Verhandlungen nicht mehr von der Stelle gekommen. Wichtiger Bestandteil des auszuhandelnden Vertrages sollte das weltweite Produktionsverbot von spaltbarem Material – hoch angereichertes Plu-

onium und Uran – sein, das für den Bau von Atomwaffen benötigt wird.

Ein Produktionsstopp dürfte ein atomares Wettrüsten schwieriger machen; auch müssten Staaten wie Iran, die potenziell den Besitz von Atomwaffen anstreben, ihre Ambitionen herunterfahren. Ein Vertrag über das spaltbare Material (FMCT) würde eine große Lücke im internationalen System der Nichtverbreitung von Atomwaffen schließen.

Auch Deutschland und weitere EU-Staaten unterstützten das Streben, die Produktion von Atomwaffenmaterial zu verbieten. Zumal die Amerikaner selbst ein großes Hindernis aus dem Weg räumten. Obama gestand zu, dass ein Vertrag „überprüfbar“ sein müsse. Die USA würden internationale Kontrollen in ihren Atomanlagen dulden. Diese Kehrtwende der Amerikaner befriedigte auch Russland. Moskau wollte sich gegen die Verhandlungen nicht weiter querstellen. Selbst der Iran gab sich offen für Verhandlungen.

Die Haltung Chinas scheint derzeit die große Unbekannte. Peking könnte sich zu ernsthaften Verhandlungen durchringen, wenn die USA auf einem anderen Gebiet nachgeben: Einem Stationierungsverbot von Waffen im Weltraum. Die Argumentation: „Es ist einfacher, einen waffenstarrenden Weltraum zu verhindern, als später mühsam über einen Abbau der Systeme zu verhandeln“. Unter Obama mehren sich die Zeichen, dass die USA zumindest „Gesprächen“ über „Star Wars“ in Genf zustimmen. □

Wort zum Priesterjahr:

Mit dem Wort zum Priesterjahr möchten wir der Anregung des Heiligen Vaters folgen, der das Priesterjahr auch deshalb ausgerufen hat, damit die gesamte Kirche sich dem Nachwuchsmangel widmet, um ihn zu überwinden! Lesen Sie dazu auch den Beitrag „Neue Zahlen zur Weltkirche“ in diesem Heft.

Zweites Vatikanisches Konzil: Erneuerung nach Innen – Öffnung zur Welt

VON MANFRED HEINZ¹

Anlass zur Erinnerung

Am Ende ihrer diesjährigen Frühjahrsvollversammlung im März d. J. verabschiedete die Katholische Deutsche Bischofskonferenz einstimmig eine Erklärung zum gegenwärtigen Weg der katholischen Kirche².

Auslöser waren die zahlreichen Irritationen innerhalb und außerhalb der Kirche, die die Aufhebung der Exkommunikation ausgelöst hatte, mit der vier Bischöfe der Priesterbruderschaft St. Pius X. seit 20 Jahren belegt waren.

Der Gründer der Piusbruderschaft, der französische Erzbischof Marcel Lefebvre (1905-1991), lehnte die wesentlichen Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils ab. Es ging ihm um weit mehr als nach wie vor die Heilige Messe im alten tridentinischen Ritus feiern zu können. Im Vordergrund des bis heute andauernden Konfliktes steht das Selbstverständnis und die Erfüllung des Verkündigungsauftrag der Katholischen Kirche unter den Bedingungen einer modernen Gesellschaft.

In ihrer Lagebeschreibung betonen die deutschen katholischen Bischöfe: „Die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils gehören unaufgebbbar zur katholischen Tradition, nicht zuletzt die Texte über die Religionsfreiheit und die Beziehungen zu den nichtchristlichen Religionen, über den Ökumenismus und die Kirche in der Welt von heute sowie die Aussagen über die Kollegialität der Bischöfe in ihrem Verhältnis zur päpstlichen Autorität.“ [. . .] „Die theologischen und pastoralen Maßnahmen vor allem des Zweiten Vatikanischen Konzils sind die selbstverständliche Grundlage unseres Bemühens, die Kirche in Deutschland geistlich zu erneuern und der Antwort des Glaubens auf die religiösen Fragen

unserer Zeit in Wort und Tat neue Kraft zu verleihen.“³

Mehr als vierzig Jahre nach dem Ende des Konzils erscheint eine solche Bekräftigung vielleicht verwunderlich. Aber wie so oft nach früheren Konzilien beginnt eine Rezeptionsgeschichte, d. h. es wird um die Interpretation der Beschlüsse und Festlegungen eines Konzils gerungen. Bis heute ist diese für das Zweite Vatikanische Konzil nicht abgeschlossen. Kontrovers gedeutet wird beispielsweise die Ursache für die Krise der Glaubensweitergabe und der nachlassenden Kirchlichkeit in den westlichen Gesellschaften. Traditionalistische Gruppierungen wie die der Pius-Bruderschaft sehen hier als Ursache ein Zuviel an Öffnung zur Welt, andere Katholiken hingegen geht die Öffnung zur Moderne noch nicht weit genug.

Zur Geschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils

Das Erste Vatikanische Konzil (08.12.1869 bis 20.10.1870) war wegen des deutsch-französischen Krieges vorzeitig abgebrochen und seine Weiterführung auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Es hatte zwar das päpstliche Unfehlbarkeits-Dogma mit dem Konzilsdekret „Pastor Aeternus“ (180.7.1870) noch verabschiedet, nicht aber die dazugehörige Kirchenkonstitution.

In den Folgejahren gab es Erneuerungsbewegungen in der Kirche, aber die Umstände waren nicht so, dass das unvollendete Konzil zum Abschluss gebracht werden konnte.

Nach dem Tod von Papst Pius XII. (1876-1958) ging als dessen Nachfolger der Patriarch von Venedig, Angelo Giuseppe Kardinal Roncalli (1881-1963), als Papst Johannes XXIII. aus dem Konklave hervor (28.10.1958). Er galt wegen seines vorgeschrittenen Alters als Übergangspapst. Doch es sollte anders kommen. Am 25.1.1959

kündigte er ganz unerwartet drei große Projekte an:

- die Abhaltung einer römischen Synode,
- die Reform des Kodex des Kanonischen Rechts und
- die Einberufung eines neuen ökumenischen Konzils.

„Überblick man die zahlreichen Stellungnahmen Johannes XXIII., mit denen er zum Konzil einlädt und zugleich das Konzil beschreibt, so lassen sich folgende Eckpunkte festmachen:

- Das Konzil, das Johannes XXIII. ansagt, wird von ihm zunächst als geistliches Ereignis gekennzeichnet, als Begegnung mit Christus im Heiligen Geist und eine daraus resultierende Erneuerung der Kirche und des christlichen Lebens.
- Johannes XXIII. ruft zu einem „pastoralen Konzil“ auf, das zu einem entsprechenden aggiornamento der Kirche führt.
- Der Papst beruft ein Konzil ein, das der Einheit der Christen dienen soll: ein „Gastmahl der Brüderlichkeit“.
- Papst Johannes XXIII. lädt zu einem Konzil, das die „Zeichen der Zeit“ liest und kirchliche Welt-Verantwortung wahrnimmt.
- Das Konzil soll aus dem freien und verantwortlichen Arbeiten der Bischöfe entspringen.“⁴

Die römische Kurie zeigte sich wenig begeistert. Die im Vorlauf des Konzils von ihr vorbereiteten Entwürfe sollten während der Beratungen sämtlich umgestaltet werden. Wichtig wurde die seelsorgliche Ausprägung ohne

1 Dipl.-Theol. Manfred Heinz ist Mitarbeiter des Katholischen Militärbischofsamtes und Mitglied im Sachausschuss Sicherheit und Frieden

2 Erklärung der deutschen Bischöfe zum gegenwärtigen Weg der katholischen Kirche, Hamburg, 5. März 2009

3 Ebenda

4 Hünermann, Peter, Der Text: Werden-Gestalt-Bedeutung. Eine hermeneutische Reflexion: Die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils: Theologische Zusammenschau und Perspektiven = Herders Theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil, Band 5, hrsg. von Peter Hünermann und Bernd Jochen Hilberath, Freiburg 2006, S. 21

Absicht von Verurteilungen und Dogmatisierungen.

In der Eröffnungsansprache des Konzils „Gaudet mater ecclesia“ vom 11.10.1962 findet Johannes XXIII. deutliche programmatische Worte:

„In der täglichen Ausübung unseres Hirtenamtes verletzt es uns, wenn wir manchmal Vorhaltungen von Leuten anhören müssen, die zwar voll Eifer, aber nicht gerade mit einem sehr großen Sinn für Differenzierungen und Takt begabt sind. In der jüngsten Vergangenheit bis zur Gegenwart nehmen sie nur Missstände und Fehlentwicklungen zur Kenntnis. Sie sagen, dass unsere Zeit sich im Vergleich zur Vergangenheit nur zum Schlechteren hin entwickle. Sie tun so, als ob sie nichts aus der Geschichte gelernt hätten, die doch eine Lehrmeisterin des Lebens ist, und als ob bei den vorausgegangenen Ökumenischen Konzilien Sinn und Geist des Christentums, gelebter Glaube und eine gerechte Anwendung der Freiheit der Religion sich in allem hätten durchsetzen können. Wir müssen diesen Unglückspropheten widersprechen, die immer nur Unheil voraussagen, als ob der Untergang der Welt unmittelbar bevorstünde.“⁵

Ein Begriff, den Papst Johannes XXIII. gerne im Zusammenhang mit dem Konzil gebrauchte, war: „Aggiornamento“. Unzulänglich übersetzt als „Heutig werden“. Gemeint war nicht eine Anpassung der Kirche an die Welt, sondern das Schlagen einer Brücke in die Moderne. Die Kirche machte sich auf den Weg zu einer zeitgemäßen Verkündigung der frohen Botschaft.

Aus dem bisher gesagten wird deutlich, was vom Konzil für die Verkündigung der Lehre erwartet werden soll: Das 21. Ökumenische Konzil, das sich einen effizienten und bedeutsamen Reichtum an Erfahrungen im Bereich des Rechts, der Liturgie, der Pastoral und der Administration zu Nutze machen kann, will die Glaubenslehre rein und unvermindert, ohne Abschwächung und Entstellung weitergeben,

wie sie im Verlaufe von zwanzig Jahrhunderten nicht ohne Schwierigkeiten und Kontroversen zum gemeinsamen Erbe der Menschen wurde; ein Erbe, das nicht von allen wohlwollend angenommen wurde, aber ein Reichtum, der immer allen Menschen guten Willens erreichbar war. Unsere Aufgabe ist es nicht nur, diesen kostbaren Schatz zu bewahren, als wir uns nur um Altertümer kümmern würden. Sondern wir wollen uns mit Eifer und Furcht der Aufgabe widmen, die unsere Zeit fordert. So setzen wir den Weg fort, den die Kirche im Verlaufe von zwanzig Jahrhunderten gegangen ist.“⁶

Nach der ersten Sitzungsperiode des Konzils stirbt Papst Johannes XXIII. (03.06.1963). Sein Nachfolger, Papst Paul VI. (1897-1978), erklärt bereits einen Tag nach seiner Wahl, die Fortsetzung des Konzils.

In seinen insgesamt vier Sitzungsperioden:

1. Session 11.10. bis 08.12.1962, 2. Session 29.9. bis 04.12.1963, 3. Session 14.09. bis 21.11.1964 und 4. Session von 14.09. bis 8.12.1965 verabschiedet das Konzil 16 Dokumente:

- die dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen Gentium“,
- die dogmatische Konstitution über die göttliche Offenbarung „Dei Verbum“,
- die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“,
- die Konstitution über die heilige Liturgie „Sacrosanctum Concilium“,
- das Dekret über die sozialen Kommunikationsmittel „Inter mirifica“,
- das Dekret über den Ökumenismus „Unitatis redintegratio“,
- das Dekret über das Laienapostolat „Apostolicam actuositatem“,
- das Dekret über Dienst und Leben der Priester „Presbyterorum ordinis“,
- das Dekret über die Ausbildung der Priester „Optatum totius“,
- das Dekret über die zeitgemäße Erneuerung des Ordenlebens „Perfectae caritatis“,

- das Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe „Christus Dominus“,
- das Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche „Ad gentes“,
- das Dekret über die katholischen Ostkirchen „Orientalium ecclesiarum“,
- die Erklärung über die Religionsfreiheit „Dignitatis humanae“,
- die Erklärung über das Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra aetate“,
- die Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum educationis“

Zur Auslegung der Konzilstexte

Das Konzil klassifiziert seine Beschlüsse mit verschiedenen Begriffen:

„Konstitution“ – „Dekret“ – „Erklärung“. Alle diese Dokumente zusammengekommen bilden ein corpus konstitutioneller Texte, also eine Gruppe von Verfassungstexten mit denen die Kirche ihre wesentliche Ordnung in dieser Zeit beschreibt, wobei den Konstitutionen ein besonderes Gewicht zukommt. Sie behandeln die zentralsten und allgemeinsten Sachkomplexe. Die Dekrete und Erklärungen behandeln einzelne besondere Sachkomplexe, die ebenfalls von wesentlicher verfassungsmäßiger Bedeutung sind.⁷

Das Zweite Vatikanische Konzil gebraucht einen neuen sprachlichen Stil der Darlegung. „Die sprachliche Gestalt der Konzilstexte unterscheidet sich von vorausgehenden Konzilien. Das Konzil fasst seine Ausführungen nirgendwo in Canones zusammen. Canones sind definitorische Sätze. Sie können Zusammenhänge und Verfahrensweisen, um die es in diesen Texten geht, gar nicht zum Ausdruck bringen. Von ihrer sprachlichen Gestalt her eignen sich Canones lediglich zu scharfen Abgrenzungen.“⁸

Bei den konstitutionellen Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils „geht es nie um die Vorwegnahme juristischer, administrativer kirchenpoli-

5 Johannes XXIII., Ansprache anlässlich der feierlichen Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils am 11. Oktober 1962, wird zitiert aus: Herders Theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil, Band 5, hrsg. von Peter Hünermann und Bernd Jochen Hilbert, Freiburg 2006, S. 482-490, hier S. 484

6 Ebenda, S. 486

7 Hünermann, Peter: Die Bedeutung der Pastoralkonstitution Gaudium et spes für die Pastoral heute, Materialdienst 2/2006 für Seelsorge und Laienapostolat, hrsg. vom Seelsorgeamt Augsburg, S. 27

8 Ebenda, S. 28

tischer Einzelentscheidungen. Es werden lediglich Grundlinien vorgegeben und Prinzipien aufgestellt, die für die Aktivität der unterschiedlichen Organe öffentlicher Körperschaften Rahmenorientierungen vorgeben. Ein konstitutioneller Text muss darauf zielen, kreative und dem Ganzen dienliche Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten der unterschiedlichen verantwortlichen Organe zu eröffnen.“⁹

Die wichtigsten Konzilsbeschlüsse im Überblick:¹⁰

Kirchenverständnis: Die Konstitution „Lumen Gentium“ (1964) legt das neue Selbstverständnis der römisch-katholischen Kirche dar. Sie definiert Kirche als die Gemeinschaft der Gläubigen, als „Volk Gottes“ auf dem Weg durch die Zeit. In dieser ständig zu reformierenden Kirche hat das „gemeinsame Priestertum“ Vorrang vor den kirchlichen Ständen und Ämtern.

Liturgie: Als eine Folge der Konstitution „Sacrosanctum Concilium“ (1963) ersetzt die Landessprache faktisch das Lateinische als vorherrschende Sprache im Gottesdienst. Die Gläubigen werden als Gemeinde aktiv in das liturgische Geschehen einbezogen; die alleinige Zentrierung auf den Priester tritt zurück. [...] Die Konzilsväter betonen den Wert der Bibelverkündigung und der Kirchenmusik im Gottesdienst. Zahlreiche Traditionen und Riten wie etwa die Kanzelpredigt oder die „Stilen Messen“ werden abgeschafft.

Religionsfreiheit: Die Erklärung „Dignitatis humanae“ (1965) über die Religionsfreiheit zählt zu den umstrittensten Konzilsdokumenten. Sie verweist auf die unverbrüchliche Menschenwürde jedes Einzelnen und spricht nicht nur den etwa durch den Kommunismus unterdrückten Katholiken, sondern allen Menschen das Recht zu, ihre Religion frei nach dem eigenen Gewissen zu wählen – auch wenn diese der katholischen Lehre widerspricht. Gleichwohl betont das Konzil die Überzeugung, dass die „einzig wahre Religion“ verwirklicht sei „in der

katholischen, apostolischen Kirche“, die von Christus auch den Auftrag zur Mission erhalten habe.

Ökumene: Die Konzilsväter vollziehen eine grundlegende theologische Öffnung gegenüber Orthodoxen und Protestanten. Das Dekret „Unitatis redintegratio“ (1964) gilt als Meilenstein der ökumenischen Dialogbereitschaft der römischen Kurie. In der gemeinsamen Erklärung vom vorletzten Tag des Konzils heben Papst Paul VI. und der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Athanagoras, die 1054 von ihren Vorgängern sanktionierte gegenseitige Exkommunikation auf.

Judentum und andere nichtchristliche Religionen: Die Erklärung „Nostra aetate“ (28.10.1965) klärt das Verhältnis der römischen Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Mit einer klaren Absage an den traditionellen Antijudaismus beginnt eine umfassende Aussöhnung der Kirche mit dem Judentum. Das Dokument betont das Verbindende mit den anderen Religionen, ohne den eigenen Wahrheitsanspruch zu schmälern. Die katholische Kirche, so heißt es, lehne nichts von dem ab, was in den Religionen „wahr und heilig“ sei. Christen, Juden und Muslime werden ermuntert, gegenseitige Missverständnisse im Dialog auszuräumen.

Kirche und Welt: Die Konstitution „Gaudium et spes“ (1965) versucht eine umfassende Positionsbestimmung der „Kirche in der Welt von heute“, deren Erarbeitung für heftige Diskussionen unter den Konzilsvätern sorgte. Wichtige Themen waren das Verhältnis von Rüstung, Angriffskrieg und Selbstverteidigung, eine (letztlich leise) Verurteilung des kommunistischen Atheismus sowie die Verbindung von wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Fortschritt mit gelebter Solidarität.

Bibel und Offenbarung: Die Konstitution „Dei Verbum“ (1965) über die göttliche Offenbarung bahnt mit der Zulassung der historisch-kritischen Auslegung einem neuen wissenschaftlichen Umgang mit der Bibel den Weg. Das Dokument versucht, ein ausgewogenes Verhältnis von Heiliger Schrift, kirchlicher Tradition und kirchlichem

Lehramt zu schaffen. Offenbarung wird als Selbstmitteilung Gottes in Worten und Taten verstanden.

Bischofsamt: Das Konzil wertet nicht nur die Stellung der Laien gegenüber den Priestern und Bischöfen auf. Im Dekret „Christus Dominus“ (1965) über das bischöfliche Hirtenamt in der Kirche stärkt es auch die Lehr- und Leitungsfunktion des Bischofs in seiner Diözese gegenüber der römischen Kirchenzentrale und dem aufkommenden Instrument der nationalen Bischofskonferenzen. Die Betonung der bischöflichen Kollegialität schafft ein Gegengewicht zur Definition des päpstlichen Primats beim Ersten Vatikanum.

Geistliche Berufe und Laienapostolat: In mehreren Dekreten entwirft das Konzil Richtlinien für eine zeitgemäße Form christlichen Lebens und Dienstes in geistlichen Berufen für Priester, Ordensleute und Laien. Die Bedeutung der Berufung von Laien wird betont, die Priesterausbildung neu geordnet. Die Missionstätigkeit der Kirche erhält im Dekret „Ad gentes“ eine neue theologische Grundlage.

Medien: Das Konzilsdokument „Inter mirifica“ (1963) ermuntert Katholiken, sich Medienkompetenz anzueignen, diese weiterzugeben und so christlichen Positionen auch über die Medien gesellschaftliches Gehör zu verschaffen.

Bleibende Orientierung

In der eingangs zitierten Erklärung regen die deutschen Bischöfe eine weitere Befassung mit den Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils an: „Wir hoffen, dass die vergangenen Wochen ein neues Interesse an der Dynamik und den Orientierungen des Zweiten Vatikanischen Konzils geweckt haben. Diese Chance wollen wir nutzen.“¹¹

So bilden die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils bis heute einen Schatz, den es zu heben gilt. Eine ausführliche Besprechung der einzelnen Konzilstexte soll deshalb in späteren Beiträgen erfolgen. □

¹¹ Erklärung der deutschen Bischöfe zum gegenwärtigen Weg der katholischen Kirche, Hamburg 5. März 2009

⁹ Ebenda, S. 28

¹⁰ Kurzzusammenfassung der wichtigsten Konzilsbeschlüsse bei KNA, Dokumentation, Nr. 13340, vom 3.12.2005

Caritas in veritate

VON BERTRAM BASTIAN

Die dritte Enzyklika von Papst Benedikt XVI. ist zugleich die dritte Entwicklungszyklika der Katholischen Kirche. Die erste von Papst Paul VI. mit dem Titel „*Populorum progressio*“ wurde 1967 veröffentlicht, zwanzig Jahre später unterschrieb Papst Johannes Paul II. die „*Sollicitudo rei socialis*“. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind von Benedikt XVI. berücksichtigt worden, was zu einer Verzögerung von zwei Jahren führte. Eine Zusammenfassung und Würdigung der Enzyklika durch die Deutsche Bischofskonferenz und ihren Vorsitzenden, Erzbischof Robert Zollitsch, soll die Leser informieren. Die Enzyklika kann auch über das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz als Broschüre bestellt werden (www.dbk.de).

Die Enzyklika „*Caritas in veritate*“ von Papst Benedikt XVI. hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz als entscheidenden Beitrag zur aktuellen Globalisierungs- und Gerechtigkeitsdebatte bezeichnet. „Nicht zuletzt der Zeitpunkt der Veröffentlichung – einen Tag vor Beginn des G8-Gipfels in L'Aquila – macht die Dringlichkeit des Anliegens deutlich. Der Papst ruft nicht nur die Verantwortlichen der wichtigsten Industrienationen der Welt auf, den aktuellen Herausforderungen mutig zu begegnen und dabei die notwendigen ethischen Grundlagen nicht zu vergessen, sondern ermutigt alle Menschen guten Willens, sich als Gestalter, nicht als Opfer derzeitiger Entwicklungen zu sehen. Umdenken ist bei allen gefordert!“, so Erzbischof Zollitsch.

Die seit mehr als zwei Jahren mit Spannung erwartete Sozialenzyklika ist nach *Deus caritas est* und *Spe salvi* die insgesamt dritte Enzyklika von Papst Benedikt XVI. und wurde von ihm am 29. Juni 2009 unterzeichnet, dem Hochfest der Apostel Petrus und Paulus. Sie war bereits für das Jahr 2007 – zum 40. Jahrestag der Enzyklika Papst Paul VI. *Populorum progressio* – angekündigt und erscheint nun zwei Jahre später. Mit der vorliegenden Enzyklika trägt der Papst der krisenhaften Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten und in der Realwirtschaft Rechnung wie er auch dem im Zweiten Vatikanischen Konzil erteilten bleibenden Auftrag gerecht wird, nach den jeweiligen „Zeichen der Zeit“ zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten.

Die Enzyklika „*Caritas in veritate*“ steht ganz in der Tradition der Soziallehre der katholischen Kirche. Den entscheidenden Anknüpfungspunkt für die aktuelle Frage nach

den Herausforderungen, die die fortschreitende Globalisierung für die Kirche bedeutet, stellt die erste Entwicklungszyklika *Populorum progressio* aus dem Jahr 1967 dar. In ihr wurde erstmalig die soziale Frage als eine weltweite behandelt und die Fragen der Entwicklung der Völker beleuchtet. Da bereits 20 Jahre später Papst Johannes Paul II. eine weitere Entwicklungszyklika *Sollicitudo rei socialis* veröffentlichte, bekräftigt Papst Benedikt nun mit seiner neuen, der dritten Entwicklungszyklika, dass „die Enzyklika *Populorum progressio* (es) verdient, als die *Rerum novarum* unserer Zeit angesehen zu werden“.

Der Titel der Enzyklika, der immer aus den ersten Worten des lateinischen Textes besteht, nimmt ein Wort aus dem Brief des Apostels Paulus an die Gemeinde in Ephesus auf, in dem von der „Wahrheit in der Liebe“ (Eph 4,15) die Rede ist. Umgekehrt macht der Papst deutlich, dass auch die Liebe „ihrerseits im Licht der Wahrheit verstanden, bestätigt und praktiziert werden [muss].“ Benedikt richtet sein spezielles Augenmerk darauf, dass in der im gesellschaftlichen Leben verwirklichten Liebe die Wahrheit sich als glaubwürdig erweist. „Nur in der Wahrheit erstrahlt die Liebe und kann glaubwürdig gelebt werden“, ohne diesen Zusammenhang droht die Liebe in „Sentimentalität“ oder „Fideismus“ abzugleiten.

Die Enzyklika umfasst sechs große Kapitel. Die vorangestellte Einleitung legt das theologische und sozial-ethische Fundament für das Folgende: Die „Liebe“ wird als der Hauptweg der Soziallehre der Kirche definiert,

was durch den engen Zusammenhang, den der Papst zwischen Liebe und Gerechtigkeit herstellt – womit er ein Motiv aus *Deus caritas est* aufgreift –, sowie durch den Verweis auf das Gemeinwohl als entscheidendes Kriterium, näher erläutert wird. Ausdrücklich erwähnt wird dabei der institutionelle bzw. politische Weg der Nächstenliebe. Der Bezug auf die Liebe impliziert mithin durchaus auch strukturethische Aspekte. Dem so von der Liebe inspirierten Handeln des Menschen kommt höchste Bedeutung zu: Es „trägt ... zum Aufbau jener universellen Stadt Gottes bei, auf die sich die Geschichte der Menschheitsfamilie zu bewegt.“ Engagement für das Gemeinwohl der gesamten Menschheitsfamilie macht die „Stadt des Menschen [...] zu einer vorausdeutenden Antizipation der grenzenlosen Stadt Gottes“.

Im 1. Kapitel nimmt Benedikt eine Relecture von *Populorum progressio* vor: zur integralen menschlichen Entwicklung jedes und aller Menschen trägt die Kirche umfassend, also durch die Bezeugung, das Feiern und Bewirken der Liebe bei.

Im 2. Kapitel skizziert der Papst sehr differenziert „die Entwicklung des Menschen in unserer Zeit“. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise spricht er nicht nur von den wirtschaftlichen Aspekten, sondern behandelt unter anderem Fragen der weltweiten Armut, der Finanzmarktkrise, des Umweltschutzes und der Migration. Bei der Suche nach Lösungen bedarf es „einer tiefgreifenden kulturellen Erneuerung und der Wiederentdeckung von Grundwerten“.

Das 3. Kapitel greift dieses Anliegen unter den Stichworten von „Brüderlichkeit, wirtschaftlicher Entwicklung und Zivilgesellschaft“ auf. Die

¹ *Rerum novarum* war die erste Sozialenzyklika und wurde von Papst Leo XIII. 1891 veröffentlicht

Gesamtgesellschaft und nicht nur der Staat wird in die Verantwortung genommen, speziell, wenn es um den Markt und das Bemühen um Gerechtigkeit geht. Die in der letzten Sozialenzyklika Johannes Pauls II. klare, prinzipiell positive Stellungnahme zum Markt erfährt hier noch einmal eine deutliche Verstärkung, wenn gleich auch hervorgehoben wird, dass es Ziele gibt, die die Möglichkeiten des Marktes übersteigen. Auch in der positiven Würdigung der unternehmerischen Initiative schließt Benedikt an seinen Vorgänger an.

Das 4. Kapitel handelt sodann von der „Entwicklung der Völker, von Rechten und Pflichten, und von der Umwelt“. Die Wirtschaft wird verpflichtet auf eine „menschenfreundliche Ethik“, als deren eine zentrale Dimension auch die „verantwortungsvolle Steuerung über die Natur“ genannt wird. Der Umgang mit der natürlichen Umwelt „stellt für uns eine Verantwortung gegenüber den Armen, den künftigen Generationen und der ganzen Menschheit dar“. Damit wird unmissverständlich deutlich: Der globale Frieden hat auch eine ökologische Dimension! Hier kommt der Kirche eine besondere Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung zu, wobei es insbesondere darum geht, „den Menschen gegen seine Selbstzerstörung [zu]schützen“.

Das 5. Kapitel widmet sich der Zusammenarbeit der Menschheitsfamilie: Es geht um „Integration im Zeichen der Solidarität und nicht der Verdrängung“. Die klassischen Sozialprinzipien Solidarität und Subsidiarität werden in ihrer wechselseitigen Verwiesenheit für eine nachhaltige Entwicklung der Menschheitsfamilie entfaltet. Dabei wird für den spezifischen Beitrag des Christentums zum Aufbau der sozialen Gemeinschaft besonderer Raum gefordert. Zugleich erkennt die Enzyklika an, dass andere Kulturen und Religionen, die Brüderlichkeit und Frieden lehren, ebenfalls einen Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung des Menschen leisten können.

Auf der Basis der Erkenntnis, dass die „Entwicklung des Menschen verkommt, wenn er sich anmaßt, sein eigener und einziger Hervorbringer zu sein“, entfaltet das letzte Kapitel

höchst komplexe Gedanken zur Bedeutung der Technik für die Entwicklung der Völker. Dabei wird deutlich: Technik, als Ausdruck menschlicher Freiheit und Autonomie durchaus positiv gewertet, bedarf immer eines dementsprechenden verantworteten Umgangs und Einsatzes.

Der Schluss der Enzyklika lenkt den Blick wieder auf den grundlegenden Gedanken einer wahren, integralen, christlichen und damit zugleich humanen Entwicklung des einzelnen und aller Menschen. Solche Entwicklung braucht Christen, die sich bei allem Engagement für Gerechtigkeit und Gemeinwohl weltweit bewusst bleiben, dass echte Entwicklung letztlich nicht Menschenwerk, sondern Geschenk Gottes ist.

Würdigung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch

Die Sozialenzyklika Caritas in veritate ist ein großartiges Werk, das allen Menschen guten Willens zentrale Voraussetzungen einer menschengerechten und -würdigen Entwicklung – und damit auch der Globalisierung – vor Augen hält. Es beeindruckt, wie es Papst Benedikt XVI. gelingt, die Dynamik und Kraft der Liebe, die er bereits in den Mittelpunkt seiner Antrittsenzyklika „Deus Caritas est“ stellte, nun mit Blick auf die unterschiedlichen Aspekte, Forderungen und Erscheinungsweisen im sozialen Bereich zu entfalten. Dabei legt er eine höchst eindrucksvolle, in der gegenwärtigen Krise hochaktuelle und vielschichtige soziale Verkündigung vor, die dem klaren Grundgedanken folgt: Es geht um die ganzheitliche Entwicklung des Menschen, die nur im Kontext der Gemeinschaft, für die es Verantwortung zu übernehmen gilt, ganz zur Entfaltung kommt und die dem Potenzial einer wahrhaften, wahrheits- und vernunftgeleiteten Liebe entstammt: „Caritas in Veritate“.

Die stringente Ausrichtung auf den Menschen und seine humane Entwicklung als Fokus des gesellschaftlichen und besonders auch des wirtschaftlichen Lebens unterscheidet die Enzyklika wohlthuend von Ausarbeitungen, die eine partikuläre Orientierung an wirtschafts-ethischen Einzelfragen oder einseitig an der

Welt der Wirtschaft aufweisen und die der Zentralität des Menschen nicht in vollem Umfang gerecht werden. Einer Zentralität, die einerseits der Vernunft zugänglich ist und zugleich dem Glauben entspricht, dass der Mensch Abbild Gottes ist und eine entsprechende Beachtung verlangt. Auf diesem Hintergrund erörtert der Papst praktisch das gesamte Spektrum drängender Problemstellungen unter den Bedingungen einer Krise der globalisierten Weltwirtschaft und -gesellschaft, die die Aktualität der Thematik verdeutlichen. Niemals kommt dabei die Perspektive des einzelnen Menschen und seiner Moral und Verantwortung zu kurz, übrigens auch nicht in Bezug auf sein persönliches und familiäres Leben. Ebenso wenig die nur scheinbar wirtschaftsfernen, in Wirklichkeit sehr ökonomierelevanten Aspekte eines Machbarkeitswahns im kulturellen Leben, im wissenschaftlichen Fortschritt und insbesondere im Lebensschutz.

Die Enzyklika ist ein bedeutender Schritt in der Fortschreibung der Katholischen Soziallehre und stellt mit ihrer Sicht einer ganzheitlichen Entwicklung einen wichtigen Beitrag zu den Fragen der Globalisierung mit ihren Vorteilen und ihren Gefahren dar. Nicht Handlungsanweisungen politischer oder ökonomischer Art sind das Anliegen des Papstes, nicht Lösungskonzepte der gegenwärtigen Krise die Aufgabe der Soziallehre der Kirche. Vielmehr geht es darum, den Blick erneut auf die zentrale, aber in Vergessenheit geratene Dimension von Entwicklung zu lenken: auf eine ganzheitliche Entwicklung, orientiert an den Prinzipien von Gerechtigkeit und Gemeinwohl, die Ausdruck der Liebe in Wahrheit sind. Nicht zuletzt der Zeitpunkt der Veröffentlichung – einen Tag vor Beginn des G8-Gipfels in L'Aquila – macht die Dringlichkeit des Anliegens deutlich. Der Papst ruft nicht nur die Verantwortlichen der wichtigsten Industrienationen der Welt auf, den aktuellen Herausforderungen mutig zu begegnen und dabei die notwendigen ethischen Grundlagen nicht zu vergessen, sondern ermutigt alle Menschen guten Willens, sich als Gestalter, nicht als Opfer derzeitiger Entwicklungen zu sehen. Umdenken ist bei allen gefordert!

Die Enzyklika enthält sich pauschaler Urteile über das Wirtschaftsleben und unterzieht es stattdessen einer differenzierten Betrachtung, die z. B. dem Wirtschaftswettbewerb, der Finanzwelt und ihren Kreditinstrumenten, der Unternehmensentwicklung und den Herausforderungen an Unternehmer wie auch an Beschäftigte gewidmet ist. Keine vorschnellen Verurteilungen auszusprechen, bedeutet nicht, sich klarer Urteile zu enthalten, auch nicht hinsichtlich z.B. der langfristig wichtigen Forderungen des Energieverbrauchs, des Natur-

schutzes und anderer Dimensionen eines nachhaltigen Lebensstils, das gleichwohl auf eine Absolutsetzung ökologischer Ziele verzichtet.

Wir deutschen Bischöfe begrüßen dankbar die erste Sozialenzyklika unseres Papstes. Sie analysiert nicht nur in einer präzisen Art und Weise die Zeichen der Zeit, sondern nennt notwendige Kriterien, die zu beachten sind, um weltweit nachhaltig Gerechtigkeit zu befördern. Mit ihren in besonderer Weise theologisch rückgebundenen und entfalteten ethischen Grundsätzen weist sie nicht nur der

Kirche, sondern auch der Menschheit insgesamt einen Weg in eine Zukunft, die vom Gemeinwohl geprägt sein kann. Der Papst gibt viele Anregungen, denen wir deutsche Bischöfe ein Gehör bei den Akteuren in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wünschen, und die wir innerhalb und außerhalb der Kirche bekanntmachen und zur Geltung bringen werden. Wir freuen uns darauf, dass die Enzyklika die öffentliche Meinungsbildung bereichert, und danken dem Heiligen Vater für seine Reflexionen und Weisungen. □

Gesellschaft nah und fern

Vatikan: Neue Zahlen zur Weltkirche

Auf 1,147 Milliarden ist die Zahl der Katholiken weltweit zum Ende des Jahres 2007 angestiegen; im Vergleich zu 2006 ein Plus um 16 Millionen. Um den pastoralen Erfordernissen zu entsprechen, errichtete der Papst im vorigen Jahr elf neue Bistümer und einen Metropolitansitz. Zahlen aus dem „Annuario Pontificio“ 2009. Das Jahrbuch wurde im März Papst Benedikt XVI. überreicht.

Seit Jahren entwickelt sich die Katholikenzahl parallel zur Weltbevölkerung. Der Anteil der Katholiken an der Weltbevölkerung ist somit konstant bei 17,3 Prozent geblieben. Schwankungen bewegen sich im Zehntelbereich. Etwas höher als die Zahl der Katholiken liegt die der Muslime – geschätzt bei 1,2 Milliarden.

Hinter der Stabilität im Großen verbergen sich jedoch regionale Größenverlagerungen. Weiterhin sind Europa sowie Nord- und Südamerika die Hochburgen des Christentums. Hier leben 70 Prozent aller Katholiken. Aber zum globalen 1,4-prozentigen Wachstum der Kirche im Jahr 2007 haben vor allem Ozeanien mit 4,7 und Afrika mit 3,3 Prozent beigetragen; auch Asien lag mit 1,7 Prozent über dem Schnitt. Demgegenüber stieg die Zahl der Katholiken in Europa gerade einmal um 0,8 Prozent. Und in den beiden Amerikas sank die Kurve um 0,1 Prozent in den Minusbereich.

Bei den Priesterzahlen gibt es nach zwei Jahrzehnten des Rückgangs einen „gemäßigten Wachstumstrend“, wie der Vatikan formuliert: Im Jahr 2000 gab es 405.179 Priester, für 2007 zählt das Päpstliche Jahrbuch

408.024. Dabei ist die Zahl der Kleriker im katholischen Ballungsraum Europa in dieser Zeit um 6,8 Prozent gesunken. Einen Boom bei den Berufungen verzeichnen hingegen die Kirchen in Afrika und Asien mit Steigerungsraten um 27,6 bzw. 21,2 Prozent. Andere Daten verstärken den Eindruck eines drohenden pastoralen Kollaps in der traditionell christlichen Alten Welt. Die Gesamtzahl der Priesteramtskandidaten ist bis 2007 leicht auf 115.919 gestiegen. Der Zuwachs kommt aus Afrika und Asien. In Europa hingegen weist die Kurve kontinuierlich nach unten – inzwischen besonders stark etwa auch in Polen, Spanien oder Italien. Auf zehn amtierende Kleriker kommen etwa in Afrika sieben Priesteramtsstudenten; in Europa ist es lediglich ein einziger.

Akzeptiert erscheint der Beruf des Ständigen Diakons. Ende 2007 arbeiteten 35.942 Männer in diesem vom Zweiten Vatikanischen Konzil nach urkirchlichem Leitbild wiederbelebten Amt, das auch Verheirateten offensteht. Allein in einem Jahr wurde ein Zuwachs von 4,1 Prozent verzeichnet – eine „beträchtliche Dynamik“, wie der Vatikan vermerkt. Auffallend:

Auf den Kontinenten mit dem größten Priestermangel – Europa und Amerika – wirken 98 Prozent aller Ständigen Diakone.

Zahlen zur Katholischen Kirche in Deutschland

Geistliche und pastorale Dienste: Die Zahl der Priester der deutschen Bistümer ist laut der jüngsten Statistik der Deutschen Bischofskonferenz 2008 um 203 auf 13.230 gesunken. Zugleich stieg die Zahl der Laien im pastoralen Dienst um 61 auf 7.524, davon 4.446 Gemeindereferent(inn)en und 3.078 Pastoralreferent(inn)en. 92 Priester wurden 2008 geweiht, 284 Priester starben, 340 traten in den Ruhestand und 17 gaben ihren Dienst auf. Die Zahl der Ordenspriester, die im vorigen Jahr für ein Bistum tätig waren, ging um 12 auf 2.207 zurück. Dagegen stieg die Zahl der Ständigen Diakone um 1,2 Prozent auf 2.923. Von den 2.277 Diakonen im aktiven Dienst waren 863 hauptberuflich tätig, 1.414 übten ihr Amt neben einem Zivilberuf aus. In den 27 deutschen Bistümern gab es im vergangenen Jahr 12.044 Pfarreien und sonstige Seelsorgestellen, 221 weniger als 2007.

Kirchensteuer über 5-Milliarden-Marke: Die katholische Kirche in Deutschland verzeichnet für 2008 ein Rekordhoch bei den Kirchensteuer-Einnahmen. Die 27 Bistümer erzielten 5,066 Milliarden Euro und damit im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von rund 8,8 Prozent. Für 2009 zeichnet

sich aber bereits ein spürbarer Rückgang als Folge der Rezession ab.

Zum dritten Mal hintereinander stieg im vergangenen Jahr das Kirchensteuer-Aufkommen: 2007 wurden 4,657 und davor 4,252 Milliarden Euro eingenommen. Für das laufende Jahr erwartet der Vorsitzende der

Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, ein Minus von fünf bis zehn Prozent. Die Kirchen wollen aufgrund der demografischen Entwicklung und des langfristig erwarteten Mitglieder- und Einnahmerückgangs am Sparkurs festhalten. (KNA-ID)

Kirche und Islam, eine Frage der Wechselseitigkeit

Kardinal Tauran setzt auf noch ungehobenen Schatz der „Goldenen Regel“

„Die Beziehung zwischen Kirche und Islam ist eine Frage der Wechselseitigkeit. Es geht um gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Akzeptanz“, erklärte vor kurzem Kardinal Jean-Louis Tauran, Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, nach einem Bericht des L'Osservatore Romano.

Christen sollten die Möglichkeit haben, in Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung ihre eigenen Kultstätten zu bekommen – genauso wie die Gläubigen des Islam das Recht hätten, in mehrheitlich christlichen Ländern in ihren Moscheen zu beten, so der Kurienkardinal, der viele Jahre hindurch als vatikanischer Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten, also sozusagen als „Außenminister“ Johannes Pauls II., in der internationalen Diplomatie tätig war.

Bei einem Vortrag in der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom erläuterte er das „Prinzip der Gegenseitigkeit“ und machte darauf aufmerksam, „dass es konkret in einem Staat, nämlich in Saudi-Arabien, an Kultstätten für Christen fehlt“. Die

Ausführungen von Kardinal Tauran wurden am 27. Mai im Osservatore Romano einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Kirche müsse genau den richtigen Sinn von Wechselseitigkeit im Bereich des interreligiösen Dialogs ergründen, erklärte der Kurienkardinal, der sich diesbezüglich „klare Richtlinien“ wünsche, „mit deren Hilfe sowohl Anwendungsbereiche festgelegt als auch Grenzen recht präzise abgesteckt werden können, die in den Ländern mit islamischer Tradition in bestimmten Bereichen als unüberwindbar gelten“. Man müsse Wege finden, die verhinderten, dass Katholiken auf unfaire Art und Weise unter solchen Schwierigkeiten leiden müssten.

Anlässlich des zweitägigen Kongresses zum Thema „Religionsfreiheit und Menschenrechte“ sprach der 65-jährige Kardinal auch über die drei Merkmale, die das Lehramt von Papst Benedikt XVI. in Bezug auf den interreligiösen Dialog bestimmen: „Kontinuität mit den Vorgaben seiner Vorgänger; eine größere Beto-

nung der Notwendigkeit zum Prinzip der Gegenseitigkeit insbesondere im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Kirche und Islam; der Zusammenhang zwischen dem Thema Gegenseitigkeit und dem gegenseitigen Verständnis, darunter auch Fragen wie das Problem der Religionsfreiheit“.

Das Papst Benedikt XVI. den Grundsatz der Gegenseitigkeit eingeführt habe, „ist zweifellos ein Fortschritt“, bekräftigte Kardinal Tauran. Er fügte allerdings hinzu: „Heutzutage verfügen wir weder über eine umfassende Beschreibung dieses Konzepts, noch über konkrete Hinweise für seine Anwendung im Bereich der Grundfreiheiten und insbesondere der Religionsfreiheit.“ Wenn man von Gegenseitigkeit spreche, gehe man selten auf die Bedeutung und den Inhalt der „Goldenen Regel“ ein: „Was du nicht willst, das man dir tut, das füge auch keinem anderen zu“, schloss Kardinal Tauran.

Von Marine Soreau.
Aus dem Französischen übersetzt
von Angela Reddemann

Vatikan: Jüngste UN-Resolution kann religiöse Vorurteile fördern

Sanktionen von „Religiöser Diffamierung“ in islamischen Staaten sind oftmals menschenverachtend

„Der Heilige Stuhl ist mit der jüngsten UNO-Resolution zum Thema Religiöse Diffamierung nicht einverstanden“, da die augenscheinlich so begrüßenswerte Initiative tragi-

sche Konsequenzen nach sich ziehen könne. Das betonte Erzbischof Silvano Tomasi, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf, am 26. März vor einer

regulären Arbeitssitzung des UNO-Menschenrechtsrates.

Die von Pakistan und anderen islamischen Staaten angestoßene Resolution verurteilt religiöse Beleidigung

als Menschenrechtsverletzung. Sie war am Donnerstag, dem 26. März, mit 23 gegen 11 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen worden.

Wenn Staaten darüber befänden, wann Religionen diffamiert würden und wann nicht, werde letztlich die Religionsfreiheit angetastet. Erzbischof Tomasi wies deshalb darauf hin, dass die Resolution zur Rechtfertigung von Anti-Blasphemie-Gesetzen herangezogen werden könnte. „Wir wissen gut, wie diese Gesetze in manchen Staaten benutzt werden, um religiöse Minderheiten anzugreifen – auch gewaltsam. Notwendig ist ein gesundes Gleichgewicht zwischen persönlicher Freiheit und Respekt vor anderen. Als Grundlage dafür reichen die Freiheitsprinzipien, die in den internationalen Abkommen festgeschrieben sind“, erklärte der Erzbischof in einem Interview mit Radio Vatikan am Freitag, dem 27. März.

„Im weltweiten Maßstab sind Christen die am meisten diskriminierte religiöse Gruppe. Schätzungen zufolge werden mehr als 200 Millionen christliche Gläubige unterschiedlicher Konfessionen durch gesetzliche oder kulturelle Einschränkungen beeinträchtigt. Über diese Zahlen und Fakten wird nicht viel gesprochen. Die Verfolgung und Tötung von Christen ist heute aber eine Wirklichkeit, die in den vergangenen Monaten in verschiedenen politischen und sozialen Kontexten geschehen ist.“

Auch wenn das Recht auf Religionsfreiheit seit Jahrzehnten als grundlegendes Menschenrecht international anerkannt ist, wird es in der Praxis besonders in Pakistan heute auf vielfache Weise verletzt. Dies offenbarte das pastorale Hilfswerk Kirche in Not in seiner ausführlichen Studie Religionsfreiheit weltweit – Bericht 2008. Im Länderbericht über Pakistan wurde

der Grad der Freiheit in religiösen Dingen als eher gering und bedroht eingestuft. Formen und Ursachen der Unterdrückung von Religionsgemeinschaften werden anhand vieler Einzelfälle als Konsequenz des dort herrschenden „Blasphemiegesetzes“ dokumentiert, das Übertretungen des Korans mit der Todesstrafe und Inhaftierung bestraft.

Aufgrund des Blasphemiegesetzes kommt es zu Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung von Personen aufgrund des religiösen Bekenntnisses und zu einer wachsenden Islamisierung mit fundamentalistischen Zügen.

Für Erzbischof Tomasi sind diese Entwicklungen ein Anlass, um eine gesunde Balance zwischen religiöser Toleranz und einem gesunden Warnsystem zu finden, das auch die Christen vor wachsender Verfolgung durch religiöse Intoleranz zu schützen vermag. (BB/ZENIT)

Verzeihen heißt vergessen

Die Bereitschaft zum Verzeihen gehört zum Wesen der christlichen Liebe. In konkreten Taten wird sie sichtbar. Daran erinnern die folgenden Gedanken, die einer Betrachtung der Schönstatt-Bewegung zur Initiative Nazaret-Gebet 2009 der Berufungspastoral der Erzdiözese Wien entnommen sind.

Da trat Petrus zu ihm und fragte: „Herr, wie oft muss ich meinem Bruder vergeben, wenn er sich gegen mich versündigt? Siebenmal?“ Jesus sagte zu ihm: „Nicht siebenmal, sondern siebenundsiebzigmal.“ (Mt 18,21f)

Beispiel:

Im Konzentrationslager Dachau hatte ein SS-Mann Pater Kentenich angebrüllt. Am nächsten Tag trafen sie sich wieder. „Warum haben Sie denn gestern so furchtbar gebrüllt?“, fragte Pater Kentenich ganz ruhig. Darauf erzählte ihm der gefürchtete SS-Mann seine Lebensgeschichte und sprach von

der Not seiner Seele. Es war in Pater Kentenich kein Ärger, keine Bitterkeit mehr übrig vom Tag vorher. Er konnte sich dem anderen so zuwenden, dass es dem anderen gut tat und er sich dem Häftling anvertraute. Wie war das möglich?

Pater Kentenich konnte verzeihen und um Verzeihung bitten. Im Abendgebet in „Himmelwärts“ (einer Sammlung von Gebeten, die er in Dachau verfasste) schrieb er:

„Was wir fehlten, reut uns sehr,
tauchen in das Liebesmeer
unser schuldig Herz hinein,
um es ganz dir neu zu weih'n.“

Wer jeden Tag erlebt, dass Gott ihm verzeiht, der verzeiht auch anderen. Wer die Großmut Gottes erlebt, ist anderen gegenüber großmütig. Wer das barmherzige Lächeln des Vaters im Himmel spürt, wird gütig gegen andere. (ZENIT)

Innere Führung und Auslandseinsätze: Was wird aus dem Markenzeichen der Bundeswehr?

VON BERTRAM BASTIAN

Unter diesem Titel hat die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) eine Studie von Berthold Meyer¹ im zweiten Quartal 2009 veröffentlicht. Auf insgesamt 48 Seiten handelt der Autor nach einer Bestandsaufnahme des inneren Gefüges der Bundeswehr die Entstehung der Inneren Führung von der Himmeroder Denkschrift² bis hin zur neuen Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 Innere Führung ab. Nach einer Untersuchung der Unterrichtsmaterialien für die Politische Bildung, berichtet der Verfasser wie der Deutsche Bundestag mit dem Thema Innere Führung in der Bundeswehr umgeht und gibt abschließend Empfehlungen.

Bestandsaufnahme

Der Autor zitiert Eingangs aus dem Bericht des Wehrbeauftragten (März 2009) und stellt die Unzufriedenheit der Ärzte und Piloten in den Mittelpunkt, indem er die „Kündigungswelle“ schildert. Zusammen mit den Stellungnahmen des Deutschen Bundeswehrverbandes schlussfolgert er daraus, dass ein Gegensatz zwischen der Realität und der geforderten und in der ZDv 10/1 beschriebenen Inneren Führung bestünde. Deshalb geht die Studie der Frage nach, wie die innere Führung (mit der politischen Bildung) dazu beitragen kann, das berufliche Selbstverständnis der Soldaten zu stärken.

Entwicklung der Inneren Führung

Berthold Meyer fängt mit den Bemerkungen in der Himmeroder Denkschrift an und beschreibt die geschichtliche Entwicklung des Inneren Gefüges (wie es zuerst hieß) bis zur Inneren Führung. Er verschweigt nicht die Schwierigkeit, die die Väter der Inneren Führung damit hatten, dieses Gedankengut in die „neue“ Bundeswehr einzubringen. Die Entwicklung der Bundeswehr unter den sozialdemokratischen Verteidigungs-

ministern wird ebenso beschrieben wie die Wiedervereinigung und die Transformation der Bundeswehr. Insgesamt unterscheidet er vier große Abschnitte der Entwicklung der Inneren Führung:

- Entstehung, Implementierung der Inneren Führung
- Ab 1972 mehr Demokratie wagen
- Wiedervereinigung
- Ab 2008 Einsatzarmee

Im ersten Abschnitt schildert der Autor die Bemühungen, die Innere Führung zu verankern. Diese neue Idee war nicht unumstritten, der Minister selbst hat neben dem zuständigen Fachreferat den Beirat für Fragen der Inneren Führung, der ihm zur Seite steht. In dem zweiten Abschnitt wird erläutert, wie die Politik „mehr Demokratie wagen“ auch in die Bundeswehr transportierte. Ein Einschnitt in die Militärgeschichte und damit auch in die Bundeswehr war der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und die erfolgte Wiedervereinigung. Interessant hier die Rolle der Armee, die als erste Sekundärsozialisation den jungen Männern, die in der DDR aufwuchsen, Demokratie vorlebte. Den Abschluss der Entwicklung der Inneren Führung ist die Hinwendung der Armee zur Einsatzarmee. Dabei behandelt der Autor die Zentrale Dienstvorschrift 10/1 mit Erscheinungsdatum 2008. Hierbei wendet er sich mit Schwerpunkt der politischen Bildung zu, die einen Auslandseinsatz unter anderem auch vorbereiten soll. Er geht auch auf die Problematik der Vereinbarkeit von Dienst und Familie ein und die neueste Einsatzrealität mit der Problematik der posttraumatischen Belastungsstörungen.

Unterrichtsmaterial zur Vorbereitung auf Einsatzbelastungen

Im dritten Teil der Studie behandelt Berthold Meyer 15 Fallbeispiele aus dem Arbeitspapier des Zentrums für Innere Führung von 2000 „Entscheiden und Verantworten. Konfliktsituationen im Auslandseinsatz“. Er bescheinigt den Autoren der Fallbeispiele, dass sie die Probleme nicht bagatellisieren, sondern ernsthaft bemüht sind, in konkreten Situationen Entscheidungshilfen an die Hand zu geben, um den Soldaten nicht unvorbereitet in Konfliktsituationen gelangen zu lassen. Ein Abschnitt über Stressbewältigung vor dem Einsatz und ein Teil Stressbewältigung im Einsatz vervollständigen die Betrachtung des Autors, bevor er mit dem Thema „Umgang mit Verwundung und Tod im Einsatz“ dieses dritte Kapitel abschließt. Bei der Thematik „Umgang mit der Angst“ zitiert er wiederum das Arbeitspapier des Zentrums für Innere Führung, wobei er nicht versäumt darauf hinzuweisen, dass die Vorfälle in Coesfeld unter anderem auch auf solche „Vorbereitungen“ zurückzuführen seien. Dass Extremsituationen wie das Bergen von Leichen aus Massengräbern nicht vorgeübt werden können, ist dem Autor bewusst und so verwundert es nicht, dass er zu dem Schluss kommt, dass die Arbeitshilfen verbesserungswürdig sind.

Der Bundestag zu Bundeswehr und Innere Führung: Mehr Nachsicht als Aufsicht

Aus dieser Überschrift kann man schon erkennen, dass das Parlament der Inneren Führung zwar wohlwollend gegenübersteht, aber die Möglichkeiten der Mitgestaltung oder

1 Prof. Dr. Berthold Meyer ist Leiter des Akademieprogramms der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Wissenschaftlicher Mitarbeiter, lehrt Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg und ist Gastprofessor an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

2 Im Kloster Himmerod in der Eifel tagte im Oktober 1950 eine Expertengruppe, die für den damaligen Kanzler Adenauer eine Denkschrift über eine neue bewaffnete Macht der jungen Bundesrepublik ausarbeitete.

Kontrolle dieses wichtigen Teilgebietes nicht wahrnimmt. An zwei Beispielen macht Berthold Meyer dieses fest, einmal an der Debatte zur Weiterentwicklung der Inneren Führung und an der Debatte zur Behandlung der posttraumatischen Belastungsstörungen. Die Geschichte des Unterausschusses mit dem sperrigen Auftrag der „Weiterentwicklung der Inneren Führung, politischen Bildung und sozialen Verantwortung für Angehörige der Bundeswehr vor dem Hintergrund des Aufgaben- und Strukturwandels im Einsatz“ ist nicht als Erfolgsgeschichte zu bewerten, schließlich war der Beratungszeitraum sehr lange und stand in keinem Verhältnis zu dem Abschlußbericht, wie der Autor vermerkt. Bei der Debatte über die Behandlung der posttraumatischen Be-

lastungsstörungen weist der Autor aufgrund der Vorlagen der Fraktionen und den Drucksachen des Bundestages nach, wie parteitaktische Überlegungen die Hauptrolle spielten, indem man Vorlagen zurückwies, mit anderem Wortlaut selbst einbrachte etc. Er bemängelt zu Recht, dass die Abgeordneten zwar in den Debatten hinter der Bundeswehr stehen würden, aber nichts ernsthaft hinterfragen würden, sondern auf den Bericht des Wehrbeauftragten warten würden.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

In diesem Abschnitt führt Berthold Meyer einen Katalog von zehn Punkten an, der von der Wiedereinsetzung des Unterausschusses des Verteidigungsausschusses zur Weiterent-

wicklung der Inneren Führung (Punkt 1) über die Erhöhung der Planstellen für Psychologen (Punkt 7) bis hin zur Förderung interkultureller Kompetenz (Punkt 10) geht.

Stellungnahme der Redaktion:

Die Studie ist lesenswert, bringt aber keine wirklichen Überraschungen. Was besonders auffällt, ist die Tatsache, dass Militärseelsorge überhaupt nicht vorkommt, die Papiere über Fernbeziehung werden nicht erwähnt obwohl der Autor das Problem anspricht. Diese Tatsache, dass nicht alle relevanten Quellen genutzt wurden und die Zentralen Dienstvorschriften als einziger Beleg für die Fürsorge des Dienstherrn genommen wurden, wertet die Studie ab. □

Die Mitarbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in der Deutschen Kommission Justitia et Pax

KLAUS ACHMANN UND HELMUT JERMER

Zur Geschichte von Justitia et Pax

Papst Paul VI. veröffentlichte 1967 die Enzyklika „Populorum Progressio“ („Die Entwicklung der Völker“), in der er unter anderem den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Frieden, den Friedensauftrag der Kirche und die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen Nord und Süd beschrieb. Als Konsequenz aus diesen Überlegungen wurde noch im gleichen Jahr in Rom der Päpstliche Rat „Justitia et Pax“ („Gerechtigkeit und Frieden“) gegründet.

Weltweit bildeten sich Justitia et Pax-Kommissionen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde noch im Jahr der Veröffentlichung der Enzyklika ein „Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden“ einberufen, dessen Name 1982 in „Deutsche Kommission Justitia et Pax“ geändert wurde. Die für die damalige DDR zuständige Berliner Bischofskonferenz gründete 1978 ebenfalls eine solche Kommission. 1991 wurden die beiden Kommissionen zusammengeführt.

Auftrag und Selbstverständnis der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Die Kommission hat die Aufgabe, die kirchliche Arbeit in den Problemfeldern Entwicklung, Menschenrechte und Frieden anzuregen und sachkundig zu begleiten.

In Justitia et Pax sind katholische Einrichtungen und Organisationen vertreten, die sich mit der internationalen Verantwortung der katholischen Kirche in Deutschland befassen. Dabei stehen Fragen von Frieden und Gerechtigkeit im Vordergrund. Im innerstaatlichen Dialog zur Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik Deutschlands erarbeitet Justitia et Pax kirchliche Beiträge.

Justitia et Pax arbeitet an Konzepten für einen „gerechten Frieden“ und für die Überwindung von Krieg und Unversöhnlichkeiten. Sie bringt den friedensethischen und friedenspolitischen Beitrag der Kirche in den politischen Diskurs ein.

Für die GKS von Bedeutung ist das Ziel von Justitia et Pax, den Di-

alog zwischen den kirchlichen Organisationen zu organisieren und zu fördern, die sich in unterschiedlichen Diensten für den Frieden einsetzen, insbesondere also zwischen Soldaten und Kriegsdienstverweigern, bzw. pax christi. Dieser Dialog hat in der Vergangenheit zu zwei großen Konferenzen geführt, in denen die GKS und pax christi mit einigem Erfolg versuchten, ihre unterschiedlichen Vorstellungen zur Rolle militärischer Gewalt in weltweiten Friedenseinsätzen zu erläutern und zu verstehen. Diese Konferenzen haben in der katholischen Kirche Deutschlands erhebliche Aufmerksamkeit gefunden.

Träger und Mitglieder

Justitia et Pax wird gemeinsam von der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) getragen. Die DBK beruft die Mitglieder der Kommission auf Vorschlag der Gemeinsamen Konferenz von Bischofskonferenz und ZdK für fünf Jahre.

Der Kommission gehören neben dem Trierer Bischof Ackermann als Vorsitzenden mehrere Bischöfe sowie Vertreter des ZdK, der DBK, des Katholischen Büros (zuständig für die Kontakte der katholischen Kirche zur Bundesregierung, zu Parteien und Verbänden), der Hilfswerke (Adveniat, Misereor, Missio, Renovabis) und katholischer Organisationen (wie GKS, pax christi) an, außerdem noch Experten für internationale Politik.

Rolle und Aufgabe der GKS in der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Die GKS ist sowohl in der Kommission (bisher General Lather, jetzt Generalmajor Peter Schelzig) als auch in zwei ständigen Arbeitsgruppen (AGs) des Sachbereichs „Frieden“ mit Sachverständigen vertreten, nämlich in der AG „Dienste für den Frieden“ (OTL a.D. Helmut Jermer) und in der AG „Gerechter Friede“ (bisher O a.D. Dr. Klaus Achmann, zukünftig Oberst Dipl.-Ing. Josef Schmidhofer, der neue Leiter des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“).

Ständige Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“

Bereits nach der Konstituierung von Justitia et Pax Anfang Dezember 1982 wurde der Ständige Ausschuss „Dienste für den Frieden“ am 28. März 1983 bestätigt. Im Oktober 1988 wurde der Ausschuss als Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ weitergeführt. Im Dezember 1994 schlug die AG der Kommission eine Fortsetzung der Arbeit, nunmehr unter der Bezeichnung „Ständige Arbeitsgruppe Dienste für den Frieden“ vor, dem die Kommission im März 1995 zustimmte. Vorsitzender ist seitdem der Militärgeneralvikar und Amtschef des KMBA in Berlin, Geschäftsführer ist der Leiter des Referats „Frieden“ von Justitia et Pax in Berlin.

Justitia et Pax begleitet die Weiterentwicklung der verschiedenen „Dienste für den Frieden“ durch kontinuierlichen Dialog. Dabei ist es der Kommission ein besonderes Anliegen, das Gespräch und den Austausch zwischen Soldaten und zivilen Friedensdiensten zu fördern. Auf einer Sitzung im Oktober 1988 wurde dieser allgemein gehaltene Auftrag konkretisiert: Die AG soll

sich aus der Perspektive der Kirche mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Themenfelder Wehrdienst (WD) / Kriegsdienstverweigerung (KDV) / Ziviler Ersatzdienst / Kontroverse WD und KDV / Sozialer Dienst für Frieden und Versöhnung beschäftigen.

Justitia et Pax hat im Jahre 2003 die AG Dienste für den Frieden beauftragt, ein Grundsatzpapier vorzulegen, in dem einerseits die theologischen und sozialetischen Grundlagen des kirchlichen Verständnisses vom Dienst am Frieden betrachtet und andererseits die systematischen Problemstellungen angezeigt werden, mit denen sich die einzelnen Dienste konfrontiert sehen.

Dieses Dokument wurde 2004 unter dem Titel: „Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden – Dienste für den Frieden“ veröffentlicht und im Oktober 2008 aktualisiert; es bietet einen Orientierungsrahmen für die kirchlichen Bemühungen im Bereich der Friedensdienste.

Mitglieder der Ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“

- Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
- Aktion Kaserne (BDKJ), Düsseldorf
- Erzbischöfliches Ordinariat, Berlin
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), Hamburg
- Universität der Bundeswehr (UniBw), Hamburg
- Kath. Bundesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligendienste, Düsseldorf
- Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Berlin
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH), Köln
- Erzbischöfliches Ordinariat, Berlin
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bonn
- Katholische Zivildienstseelsorge pax christi, Berlin
- Ökumenischer Dienst Shalom-diakonat, Diemelstadt
- Katholisches Militärbischofsamt (KMBA), Berlin

Mitglieder der Ständigen Arbeitsgruppe „Gerechter Friede“

- Die Ständige Arbeitsgruppe „Gerechter Friede“ wird von Prof. Dr. Thomas Hoppe von der Universität der Bundeswehr Hamburg geleitet.

Neben der GKS sind in der AG u.a. folgende Institutionen vertreten:

- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg
- Caritas International, Freiburg
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt
- Missionswissenschaftliche Institut Missio, Aachen
- Kirchenamt der EKD, Hannover
- pax christi, Berlin
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, Düsseldorf
- Watch Indonesia!, Berlin
- Institut für Politische Wissenschaft Friedens- und Konfliktforschung, Heidelberg.

Für die jetzt zu Ende gehende Arbeitsperiode hatte die Kommission der AG das Thema „Religion und Gewalt“ als Arbeitsschwerpunkt vorgegeben. Dabei sollte der Frage nach den Mustern religiöser Begründung bzw. Delegitimation von Gewalt nachgegangen werden, die sowohl im interreligiösen Gespräch als auch im konkreten kirchlichen Friedenshandeln immer drängender wird. Als Ergebnis der Überlegungen in der AG ist eine Fachkonferenz mit christlichen und muslimischen Wissenschaftlern geplant.

Die AG befasste sich aber auch in mehreren Sitzungen mit dem von der GKS auf Vorschlag von Major a.D. Klaus Liebetanz eingebrachten Projekt einer „Zentralen kirchlichen Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“. Dabei stellte sich schnell Übereinstimmung darin heraus, dass in solchen Fällen die Frühwarnung, vor allem aber frühzeitiges Handeln dringend geboten ist. Schwierig war es, Lösungen für organisatorische Fragen zu finden und die zu beteiligenden kirchlichen und anderen Stellen zu definieren, aber auch und vor allem den Schutz der Informanten sicher zu stellen.

Als Ergebnis wurde ein Modellprojekt mit einer Laufzeit von zunächst fünf Jahren ins Leben gerufen, das unter der Bezeichnung „act to protect“ verbesserte Handlungsmöglichkeiten zur Verhinderung schwerer systematischer Menschenrechtsverletzungen untersuchen und praktisch erproben soll. Dabei sollen wichtige kirchliche Werke und Einrichtungen einbezogen und bisherige Erfahrungen berücksichtigt werden. Es wird jetzt darauf ankommen, dass sich nicht nur die Arbeitsebene von Justitia et Pax mit diesem Thema befasst, sondern dass auch der Vorsitzende von Justitia et Pax, Bischof Ackermann, das Projekt unterstützt und beaufsichtigt.

Ein weiteres für die GKS bedeutendes Thema war die Behandlung eines Arbeitspapiers mit dem Titel „Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung als friedensethische und –politische Herausforderung“ (s. AUFTRAG Nr. 270, Juni 2008, S. 29 ff.). Darin ging es um die außerordentlich wichtige Frage, ob die Position der katholischen Friedenslehre zur nuklearen Abschreckung weiterhin durchgehalten werden kann. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil galt, dass die nukleare Abschreckung wegen der damit verbundenen Kosten und Risiken nur auf begrenzte Zeit toleriert, nicht aber als dauerhaftes Prinzip der Friedenserhaltung moralisch akzeptiert werden kann. Jetzt stellte sich die Frage, ob diese Position nach den Kriterien der Fähigkeit zur Kriegsverhütung und der Abrüstungsverträglichkeit weiterhin aufrechterhalten werden kann. Trotz ernsthafter Bedenken angesichts der fortschreitenden Proliferation von Nuklearwaffen und gegen manche Bestrebungen in der Arbeitsgruppe gelang es, eine grundsätzliche Ablehnung der Politik der nuklearen Abschreckung zu verhindern. Allerdings war in dem Arbeitspapier kritisch anzumerken, dass das tolerierende „Noch“ der 1980er Jahre, das stets mit Abrüstungsappellen verbunden war, von der Politik allzu oft als Akzeptanz der Abschreckungspolitik missdeutet wurde und angesichts der aktuellen Entwicklung immer mehr an Geltung einbüßt. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax leistet mit diesem Dokument einen wichtigen Bei-

trag zur aktuellen Diskussion über die nukleare Abrüstung.

Bedeutung der Mitarbeit bei Justitia et Pax

Die GKS hat durch ihre Mitarbeit in der Kommission und in den Arbeitsgruppen die Möglichkeit, ihr Fachwissen und ihre Anliegen in den innerkirchlichen Dialog einzubringen und dort die Meinungsbildung mit zu gestalten. Da Justitia et Pax ausdrücklich auf den politischen und gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess Einfluss nehmen will, hat die GKS hier wie in keinem anderen Bereich die Chance, ihre Positionen zur Geltung zu bringen.

Es ist daher wichtig, dass die Arbeit der Kommission nicht nur in den Sachausschüssen der GKS, sondern auch in den Leitungsgremien der GKS zur Kenntnis genommen und vor allem auch inhaltlich begleitet wird. Die GKS kann mit ihren Stellungnahmen, aber auch mit thematischen Vorstellungen auf die Arbeit der Kommission, besonders aber der Ständigen Arbeitsgruppen, Einfluss nehmen.

Für die weitere Arbeit haben die beiden bisherigen GKS-Mitglieder in den Arbeitsgruppen, Dr. Klaus Achmann und Helmut Jermer, vorgeschlagen in der GKS die Reform der Vereinten Nationen, insbesondere des UN-Sicherheitsrates, zu behandeln. Auf der Grundlage der Reformvorschläge des ehemaligen Generalsekretärs Kofi Annan in seinem Bericht „In Larger Freedom“ aus dem Jahr 2005 und der Konzeption „Responsibility to Protect“ (R2P) sollte die GKS eine eigenständige Position erarbeiten, die in die Arbeitsgruppen von Justitia et Pax eingebracht werden kann. Dabei muss es darum gehen, konkrete Vorschläge zur Politikgestaltung zu entwickeln, die darauf zielen, auf nationaler und internationaler Ebene Instrumente zu entwickeln und Kräfte und Mittel bereit zu stellen, um schwere und systematische Gefährdungen und Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenwürde in der Zukunft zu verhindern oder notfalls schnell zu beenden. □

Wer und was ist ein Laie?

In unserer Alltagssprache bezeichnen wir als Laien einen Nicht-Fachmann, also einen, der von einer Sache nichts versteht, oder einen Dilettanten, bestenfalls einen Amateur, der zwar gewisse Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, aber eine Sache nicht von Grund auf kennt.

Anders in der Kirche!

Hier ist das Wort Laie eine Würdebezeichnung. Denn Laie ist, wer durch die Taufe Jesus Christus und der Kirche eingegliedert ist. Die Laien unterscheiden sich von den Klerikern nicht dadurch, dass sie weniger Christen oder Christen zweiter Klasse sind, sondern dadurch, dass sie keine amtliche Sendung in der Kirche haben, von den Ordensleuten dadurch, dass sie in der Welt leben und wirken. Ihnen ist der „Weltcharakter“ in besonderer Weise eigen. Diese Weltverantwortung der Laien bringt eine wesentliche Dimension der Kirche zum Ausdruck. Die Kirche ist ja wesentlich Kirche in der Welt und für die Welt. Der Dienst der Kirche darf also nicht nur oder auch nur primär in der Gemeinde gesehen werden.

*(Auszug aus dem Katholischen Erwachsenen Katechismus:
Das Glaubensbekenntnis der Kirche)*

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

VON BERTRAM BASTIAN

Wie in der letzten Ausgabe des AUFTRAG angekündigt, will die Redaktion der Leserschaft das Zentralkomitee der deutschen Katholiken kurz vorstellen, um dieses Gremium bekannter zu machen. Ebenso werden in den nächsten Ausgaben die Verbände und Organisationen vorgestellt werden, mit denen die GKS zusammenarbeitet. Für detailliertere Informationen über das ZdK steht das Generalsekretariat in Bonn zur Verfügung (www.zdk.de).

Stimme des deutschen Laienkatholizismus

Das Zentralkomitee ist ein repräsentativer Zusammenschluss der in der Katholischen Kirche aktiven Laien. Es verbindet die Diözesanräte, katholische Verbände und Organisationen sowie Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft unter einem gemeinsamen Dach. Repräsentativer Zusammenschluss bedeutet, dass nicht alle katholischen Laien im ZdK sich wieder finden. Das Zentralkomitee soll den deutschen Laien eine politische Stimme geben und das gesellschaftliche Leben mitgestalten. Dazu hat das Komitee eine Organisationsform, die im Statut und in der Geschäftsordnung festgelegt sind.

Organisation des ZdK

Wichtigstes Gremium des ZdK ist die Vollversammlung, welche zweimal im Jahr tagt (Frühjahrs- und Herbstvollversammlung). Die Versammlung besteht aus ca. 230 Mitgliedern. Je Diözesanrat werden drei Delegierte in die Vollversammlung gewählt, zusätzlich drei Vertreter aus dem Bereich des Katholischen Militärbischofs der Bundeswehr. Diese sind zurzeit: Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt als Vorsitzender des Katholikerrates, General Karl-Heinz Lather und Oberstleutnant Thomas Assmuth. Zu diesen Vertretern der Diözesen kommen noch 52 Persönlichkeiten aus den katholischen Verbänden, sowie 37 Persönlichkeiten aus Aktionen, Sachverbänden, Berufsverbänden und 8 Personen aus Geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen. Aus den Bereichen des öffentlichen und des kirchlichen Lebens kommen bis zu 45 Personen hinzu.

Das ZdK gliedert sich in das Präsidium und den Hauptausschuss, die beide durch Wahl bestimmt werden. Eingerichtet werden ein Generalse-

ekretariat und Sachbereiche. Darunter können Arbeits- und Gesprächskreise eingerichtet werden. Zurzeit sind zehn Sachbereiche für gesellschaftliche, politische und kirchliche Themen eingerichtet. Für die Dialoge mit dem Judentum und dem Islam wurden zwei Gesprächskreise berufen.

Aufgaben des Zentralkomitees

Das ZdK hat nach seinem Statut folgende Aufgaben:

- beobachtet die Entwicklungen im gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Leben und vertritt die Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit
- gibt Anregungen für das apostolische Wirken der Kirche und der Katholiken in der Gesellschaft und stimmt die Arbeit der Kräfte aufeinander ab, die in ihm zusammengeschlossen sind;
- wirkt an den kirchlichen Entscheidungen auf überdiözesaner Ebene mit und berät die Deutsche Bischofskonferenz in Fragen des

gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Lebens;

- hat gemeinsame Initiativen und Veranstaltungen der deutschen Katholiken, wie die Deutschen Katholikentage vorzubereiten und durchzuführen;
- nimmt die Anliegen und Aufgaben der deutschen Katholiken im Ausland und auf internationaler Ebene wahr;
- trägt für die Durchführung und Erfüllung der entsprechenden Maßnahmen Sorge.

Dies sind bloße Zahlen und Fakten, hinter denen Menschen stehen, die sich ehrenamtlich in der Katholischen Kirche engagieren. Die Verbände selbst können durch ihre Vertreter in der Vollversammlung ihre Interessen einbringen. Durch die Schaffung des ZdK 1952 sollte dem Katholizismus in Deutschland auf hoher Ebene Stimme und Gesicht gegeben werden. Die Wahrnehmung der Partikularinteressen bleibt den angeschlossenen Verbänden unbenommen. □

Richtigstellung

Liebe Leserinnen und Leser, als verantwortlicher Redakteur unserer Verbandszeitschrift habe ich bei der Ausgabe 274 / Juni 2009 die übliche Sorgfaltspflicht bei der Recherche eines Artikels, der von außerhalb kam, nicht walten lassen, was dazu führte, dass ich ihnen eine Falschmeldung auf Seite 75 präsentierte.

Weder der Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, MdB Markus Grübel, noch der Geschäftsführer der KAS, Rainer Krotz, wurden vom Heiligen Vater empfangen. Trotz negativer Internetrecherche meinerseits habe ich diese „Ente“ übernommen. Ich entschuldige mich hiermit bei Ihnen, liebe Leserschaft, und bei den beteiligten Personen und versichere Ihnen, dass ich aus dem Vorfall gelernt habe.

Bertram Bastian, verantwortlicher Redakteur AUFTRAG

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands: ZdK muss Chance für Neuanfang nutzen

Die KAD hat mit einer Erklärung auf die Ereignisse während und nach der Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Stellung bezogen. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist Mitglied in der KAD und stellt zurzeit einen der drei Beisitzer des Präsidiums.

Erklärung der KAD im Wortlaut

„Mit Bestürzung und Unverständnis“ hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 8. Mai in Berlin darauf reagiert, dass in der Deutschen Bischofskonferenz die Vorabzusage einer Bestätigung des einzigen Kandidaten für die Neuwahl des Präsidenten des ZdK, Herrn Heinz-Wilhelm Brockmann, nicht die dafür geforderte Zweidrittelmehrheit gefunden hat. Für die Zukunft fordert das ZdK: „Jetzt brauchen wir intensive Gespräche, um das Vertrauensverhältnis mit allen Bischöfen wieder herzustellen und einen Weg aus der Krise zu finden“.

Der Vorstand der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands (KAD) sieht darüber hinaus auch dringenden Handlungsbedarf für Konsequenzen innerhalb des ZdK. So sieht er die Notwendigkeit, für die verschobenen Neuwahlen aller Gremien des ZdK vor allem Kandidaten ins Ge-

spräch zu bringen, die durch Mitarbeit in den Verbänden und in der Laienarbeit der katholischen Kirche in Deutschland legitimiert sind und über eigenes Können und Wollen hinaus auch für die stehen, die in breitem Umfang die Wirklichkeit unserer Kirche in Deutschland ausmachen.

In seiner Sitzung vom 27. Mai fordert der Vorstand der KAD darüber hinaus die Festlegung auf ein Arbeitsprogramm, dessen Schwerpunkt auf gesellschaftspolitische Themen konzentriert sein soll, bei denen der „Weltauftrag des Christen“ in besonderer Weise gefordert ist. Solche Schwerpunkte seien z.B. die Frage einer religiösen Sozialisation in den Familien angesichts einer immer stärkeren Ausweitung der Betreuung und Erziehung von Kindern außerhalb der Familien oder auch die Verwirklichung von Solidarität und Gerechtigkeit in einer globalisierten Wirtschaft.

Für die Arbeitsweise im ZdK sieht die KAD die Notwendigkeit, allen Mitgliedern des ZdK frühzeitig und ausreichend Gelegenheit zur Mitarbeit an den Themenschwerpunkten und Texten dazu zu geben. Das war in den früher schon einmal bestehenden Kommissionen eher der Fall als in jetzt vielfach ad-hoc gebildeten Arbeitsgruppen. Es muss zukünftig mehr gewährleistet werden, dass die Vielzahl praktischer Erfahrungen und inhaltlicher Sichtweisen nicht ausgeklammert und die Beratungen von vorneherein auf bestimmte Ergebnisse hin eng geführt werden.

Generell hält es die KAD in der aktuellen Situation des ZdK für zielführender, Personen und Inhalte, die auf breitem Konsens einen Neuanfang garantieren, in den Mittelpunkt der zukünftigen Arbeit zu stellen, als jetzt eine rückwärts gerichtete Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. (BB/KAD)

Entschiedenenes Nein des ZdK zur Judenmission

Harsche Kritik an der Erklärung des Gesprächskreises „Juden und Christen“

Unter dem Titel „Nein zur Judenmission – Ja zum Dialog zwischen Juden und Christen“ hat der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein entschiedenes Plädoyer zur Fortführung des christlich-jüdischen Dialogs formuliert. Das Gremium reagiert damit auf die Irritationen, die durch die Neufassung der Karfreitagsfürbitte für den alten Messritus, sowie die von manchen christlichen Gruppen praktizierte Judenmission ausgelöst wurden. Die Erklärung – sie kann von der Internetseite des ZdK www.zdk.de heruntergeladen werden – trifft u.a. bei der Deutschen Bischofskonferenz auf strikte Ablehnung. Es ist zu wünschen, dass die ausgelöste Kontroverse nicht ausschließlich dogmatisch geführt, sondern mit sachlichen Begründungen plausibel geklärt werden kann.

In dem am 9. März verabschiedeten Text betont der Gesprächskreis, der vom Augsburger Pastoraltheologen Hanspeter Heinz geleitet wird, unter Berufung auf die Lehre des Zweiten

Vatikanischen Konzils, „dass der Bund Gottes mit dem jüdischen Volk einen Heilsweg zu Gott darstellt – auch ohne Anerkennung Jesu Christi und ohne das Sakrament der Taufe“. Die Stel-

lungnahme führt sowohl die aus jüdischer als die aus christlicher Sicht geltenden Argumente gegen eine christliche Judenmission auf und setzt sich mit Gegenpositionen auseinander.

Neben den historischen Gründen, die gegen eine solche Mission sprechen („schreckliches und leidvolles Unrecht“ in der Geschichte), nennt er vor allem theologische Gründe. „Weil Gottes Bund Israel bereits das Heil erschlossen hat, braucht die Kirche nicht um das Heil Israels besorgt zu sein, die Juden nicht zum christlichen Glauben zu bekehren und sie nicht um ihres Heiles willen zur Taufe zu veranlassen“, heißt es im Schlussplädoyer. Der Gesprächskreis ist nach eigenen Angaben „seit Jahrzehnten weltweit das einzige Gremium, in dem Juden und Katholiken in kontinuierlichem Austausch stehen und zu grundlegenden und aktuellen theologischen Themen gemeinsam Stellung nehmen“. Er betont zudem die besondere Verpflichtung, „das Gedächtnis an die Schoa für die ganze Kirche wachzuhalten“.

DBK: „Allzu plakative Erklärung“

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die Erklärung „Nein zur Judenmission – Ja zum Dialog“ des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken zurückgewiesen. Dem Text komme „keine lehramtliche Autorität zu“, erklärte der Vorsitzende der Ökumenekommission der Bischofskonferenz, der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller. Dabei bemühte er sich zugleich, bei den Juden keine neuen Sorgen vor einer aktiven Missionstätigkeit der Katholiken zu wecken.

Zum „allzu plakativen Titel“ des ZdK-Textes betont Müller: „Die Alternative, die hier suggeriert wird, vereinfacht die theologisch komplexe Einheit vom Alten und Neuen Bund sowie auch die Verschiedenheit der jüdischen und der christlichen Glaubensgemeinschaft im Hinblick auf das Bekenntnis zu Jesus dem Christus über das mögliche Maß hinaus.“ Überhaupt sei „vom Standpunkt der katholischen Theologie (...) ein schlüssiges Gesamtkonzept im vorliegenden Text nur schwer auszumachen“, so der frühere Dogmatik-Professor in seiner auf der Homepage der Bischofskonferenz veröffentlichten Erklärung. Zwar sei es „zu begrüßen, wenn in einem theologischen Arbeitskreis das positive Verhältnis von Christen und Juden mit Bezug auf

die Quellen der Offenbarung und des Bekenntnisses vertieft, Wunden geheilt und eine tiefere Versöhnung gesucht werden“.

Doch dürfe der Dialog nicht um den Preis geschehen, dass wesentliche christliche Glaubensaussagen „entweder relativiert oder ungenau wiedergegeben“ würden, unterstreicht Müller. Jesus habe unzweifelhaft Juden und Heiden in die Kirche berufen. Allerdings gehe es nicht darum, Gläubige anderer Religionen durch Überredung abzuwerben oder gar mit Drohung zu nötigen. „Glaube und Freiheit bedingen einander.“

Debatte über „Judenmission“ eröffnet

Der Einspruch kam nicht unerwartet: Er rechne mit „erheblichem Widerspruch“ zu der „steilen These“ des Papiers, meinte der Vorsitzende des ZdK-Gesprächskreises „Juden und Christen“, der Augsburger Pastoraltheologe Hanspeter Heinz, bereits bei der Vorstellung seiner Absage an jede Form der Judenmission. Wichtig sei ihm vor allem, dass „eine Debatte entsteht“, dann „haben wir gewonnen“, fügte er hinzu. Die Debatte ist mit dem Votum von Bischof Gerhard Ludwig Müller eröffnet.

Das Thema gehört zu den heikelsten theologischen Fragen überhaupt, betrifft es doch einerseits den Kern des christlichen Selbstverständnisses und andererseits das fragile Verhältnis von Christen und Juden und ihre „im Gott der Schöpfung und des Bundes wurzelnde geistliche Verwandtschaft“, wie es Müller unter Verweis auf die Erklärung „Nostra aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils formuliert. So ist bei allem Bemühen um dogmatische Klarheit immer auch diplomatisches Fingerspitzengefühl gefragt. Dies zumal, da bei den jüdischen Gesprächspartnern seit dem Streit um die Karfreitagsfürbitte im vergangenen Jahr Misstrauen gegenüber den Absichten der Katholiken herrscht – auch wenn das Thema Judenmission vor allem im Blick auf evangelikale Denominationen US-amerikanischer Provenienz und in Süddeutschland auf einige freikirchliche Gruppen virulent ist.

In der Stellungnahme, die Müller als Vorsitzender der Ökumeneko-

mmission der Deutschen Bischofskonferenz abgab, ist denn auch bei aller Kritik an dem Ansatz des ZdK-Papiers das Bemühen spürbar, keine neuen Hindernisse im Verhältnis zu den Juden aufzubauen. „Für das Verhältnis der jüdischen und der christlichen Glaubensgemeinschaft zueinander ergibt sich ein gemeinsamer glaubenshermeneutischer Bezugsrahmen, der im eminenten Sinn theologisch ist und sich qualitativ von Vergleichen aus historischer und literarwissenschaftlicher Sicht abhebt“, kanzelt der Bischof den aus seiner Sicht theologisch unzureichenden Ansatz des Gesprächskreises ab. „Die Juden, die nicht zum Glauben an Christus kommen, sind (...) nicht vom Heil ausgeschlossen, wenn sie aus der Gnade des Bundesschlusses und den Weisungen Gottes leben“, so der Regensburger Bischof – im christlichen Sinn sei dabei allerdings „das Heil, das Gott Juden und Heiden durch Christus geschenkt hat“, gemeint. Mit dem Glauben an Christus unvereinbar ist für Müller jede Form von Polemik oder Abwertung der „Juden“ (aber auch der „Heiden“), „die aufgrund ihres Wahrheitsgewissens nicht an Jesus als den Christus glauben“.

Auch bei den Protestanten geht die Diskussion zur Frage der Judenmission weiter. Nachdem die Evangelische Kirche im Rheinland im Februar eine Absage an die Judenmission „ohne Wenn und Aber“ formuliert hatte, kamen Gegenreden vom Lutherischen Konvent im Rheinland sowie Anfang April von der Konferenz Bekennender Kirchen in den evangelischen Kirchen Deutschlands. Sie forderten die rheinische Kirchenleitung auf, ihren Beschluss zu revidieren.

„Gott ist kein Bigamist“

Mit der Erklärung des Gesprächskreises „Juden und Christen“ zum Thema Judenmission geht der Philosoph Robert Spaemann in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.04.2009) hart ins Gericht:

„Die Kirche braucht angeblich die Juden nicht mehr. Sie ist zur Heidenkirche geworden und soll nun nichts anderes mehr sein wollen. Verschwinden muss nicht nur „Judenmission“, was immer das heißen mag, die Christen müssen auch aufhören, den Ju-

den im Gebet das Beste zu erbitten, was jeder Christ seinem Nächsten erbitten kann: die Erkenntnis Jesu als seines Erlösers.

(...) Man muss sich klarmachen, dass die Annahme der meisten dieser Thesen einen Bruch mit dem Selbstverständnis der Kirche seit den Tagen der Apostel bedeuten würde. Ich für meinen Teil könnte dieser Kirche nicht mehr angehören. Denn seit dem sogenannten Apostelkonzil versteht sich die Kirche als Kirche aus Juden und Heiden, seit Jesus, wie Paulus

schreibt, durch sein Kreuz den Zaun zwischen Juden und Heiden niedergerissen hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass mit dem Verschwinden des Judentums als eigener Gruppe in der Kirche unter dem Druck von Byzanz und dem Islam die christliche Kirche phänotypisch zur Heidenkirche geworden ist. (...) Das Bundesvolk wird im Alten Testament auch als Braut dargestellt und Gott als eifersüchtiger Bräutigam. Die Braut soll nicht fremdgehen. Aber auch Gott ist kein

Bigamist, dem es genügt, wenn die beiden Familien „im Gespräch sind“. Die Broschüre will „Dialog ohne Mission“. Jeder soll seinen Glauben vor dem anderen bezeugen, ohne den anderen überzeugen zu wollen. Petrus dagegen fordert die Christen auf, nicht einen blinden Glauben zu bezeugen, sondern „jedermann Rechenschaft zu geben über den Grund unserer Hoffnung“. Ein Grund (eine „raison“) ist etwas nur, wenn es wirklich begründet.“

(PS nach KNA-ID)

„Mensch, wo bist Du?“

Eindrücke vom 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag

VON KLAUS LIEBETANZ

Das große protestantische Laintreffen hatte mit rund 100.000 Dauergästen und ca. 300.000 Besuchern bei den 2.500 Einzelveranstaltungen vom 20. bis 24. Mai in Bremen stattgefunden. Der fünftägige Kirchentag war nicht nur ein Glaubensfest, sondern auch eine riesige Informationsveranstaltung über Gott und die Welt. Die politische Prominenz der Republik mit Bundespräsident Horst Köhler an der Spitze und Bundeskanzlerin Angela Merkel waren ebenso wie sehr viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages Gäste der Veranstaltung. Aus dem Ausland kamen u.a. Weltbankpräsident Robert Zoellick, Friedensnobelpreisträger Matti Ahtisaari und Jim Wallis, ein wichtiger geistlicher Berater von Barack Obama. Der nachfolgende Beitrag will einen kleinen Einblick in das Kirchentagsgeschehen geben.

Die Zukunft der USA und die Zukunft der Welt – Gerechtigkeit als Grundlage der Politik

Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand Jim Wallis, einer der geistlichen Berater von Barack Obama aus Washington, D.C., wo er eine religiös-politische Zeitschrift herausgibt und zurzeit mit seinem Buch „Wer, wenn nicht wir?“ Bestsellerautor in den Vereinigten Staaten ist. Jim Wallis kommt aus einem streng gläubigen evangelikalen Elternhaus. In seiner Studienzeit trennte er sich von den rigiden und engen Glaubensvorstellungen seiner Eltern und schloss sich der Antivietnam-Bewegung an. Wegen seiner Tätigkeit als politischer Aktivist saß er 22 mal im Gefängnis. Zuletzt war er ein starker Kritiker der Politik von George W. Bush. Mit Barack Obama arbeitet er seit zehn Jahren zusammen und zählt zu seinen engsten geistlichen Beratern. Bei der Veranstaltung in Bremen schilderte

er sehr anschaulich, wie sich in den letzten 20 Jahren der Glaube und die Perspektiven der jungen Evangelikalen geändert haben. Stand zunächst die Ablehnung der Abtreibung und der Homosexualität im Vordergrund, so setzen sich heute die jungen Evangelikalen und einige ältere, wie Jim Carter, für Frieden und Gerechtigkeit ein. Im biblischen Mittelpunkt steht jetzt die Erstpredigt Jesu in Nazareth, wie sie bei Lukas 4, 16-30 aufgezeichnet ist. Jesus zitiert dabei Jesaja 61,1ff.:

„Der Geist des Herrn ruht auf mir: Er hat mich gesandt, damit ich den Armen eine gute Nachricht bringe; damit ich den Gefangenen die Entlassung verkünde und den Blinden das Augenlicht; damit ich die Zerschlagenen in Freiheit setze und ein Gnadenjahr des Herrn ausrufe.“

Des Weiteren findet die Rede Jesu über das Weltgericht, welche bei Matthäus 25, 31-46 aufgeschrie-

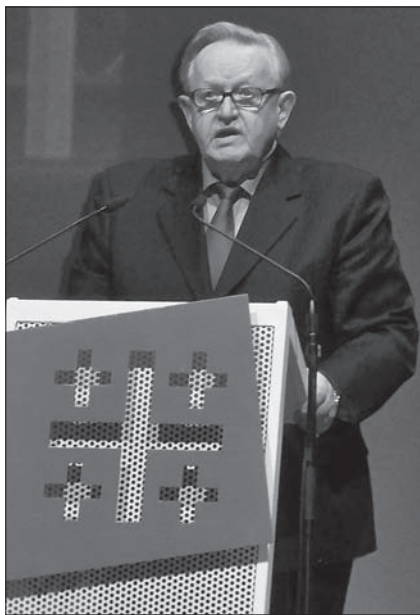
ben ist, eine zentrale Bedeutung. Dort heißt es u.a.:

„Dann wird der König denen auf der rechten Seite sagen: Kommt her, die ihr von meinem Vater gesegnet seid, nehmt das Reich in Besitz, das seit der Erschaffung der Welt für euch bestimmt ist. Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ... Dann werden ihm die Gerechten antworten: Herr, wann haben wir dich hungrig gesehen und dir zu essen gegeben? Darauf wird der König ihnen antworten: „Amen, ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Jim Wallis sieht die Finanzkrise in den USA und in der Welt als eine Chance zur Veränderung. Das Wirtschafts- und Sozialsystem in Amerika ist aus den Fugen geraten. Sogar der Tod durch Armut ist in den USA eine soziale Realität geworden. Viele su-

chen eine spirituelle Verankerung. In der amerikanischen Gesellschaft gibt es eine große Sehnsucht nach Spiritualität und Gerechtigkeit.

Barack Obama hält Wallis für einen „pragmatischen Idealisten“, für den Klimawandel, die gesundheitliche Absicherung aller Amerikaner, Frieden und Abrüstung eine hohe Priorität haben. Obamas Ziele in den nächsten zehn Jahren sind die Halbierung der Armut in den Vereinigten Staaten und die Verwirklichung der Millennium Development Goals (Verbesserung der Bildung, des Gesundheitswesens und Halbierung der Armut in den Ländern der 3. Welt). Er sieht im Staatshaushalt eine moralische Angelegenheit.



Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari bei seinem Vortrag

Nach Auffassung von Wallis sollte ein politischer Aktivist bei seiner Advocacy-Arbeit von Kontemplation begleitet sein. Abgeordnete sollten nur eingeschaltet werden, wenn die Antragsteller voll hinter ihrem Anliegen stehen.

Der Verfasser des Beitrags hatte bei der Veranstaltung auch die Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch mit Jim Wallis. „Wird Barack Obama die Kraft haben, auch Druck auf die israelische Regierung auszuüben, wenn Netanjahu eine Zwei-Staaten-Lösung ablehnt?“ Wallis: „Sie sprechen mit diesem Thema die härteste Nuss an, die der Präsident zu knacken haben

wird. Im Außenministerium und im Senat gibt es starke Befürworter von Israel. Obama ist allerdings fest entschlossen eine Zwei-Staaten-Lösung zu realisieren. Eine Gruppe um Alt-Präsident Jimmy Carter arbeitet zu diesem Thema mit Experten einen Strategieplan aus, um dieses Ziel zu erreichen.“

Oscar Romero – Tod und Prophetie

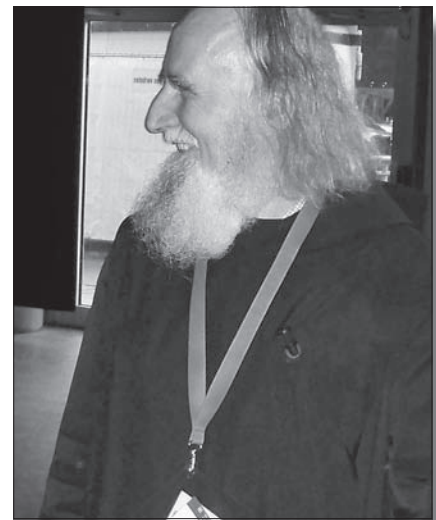
In einem ökumenischen Gottesdienst wurde in der katholischen Bonifatiuskirche mit Musik, Gesang und prophetischen Texten des Befreiungstheologen Oscar Romero gedacht. Wer war Oscar Romero? Er wurde 1977 zum Erzbischof von San Salvador berufen. Er galt zunächst als konservativ und sollte als traditionalistischer Repräsentant der Kirche ein gutes Einvernehmen mit dem Staat garantieren. Die große Brutalität des Militärs, welches die Privilegien der rechtsgerichteten Oligarchie sichern sollte, und die unbeschreibliche Not und Armut der Landbevölkerung bewirkte einen Sinneswandel beim Erzbischof. Seine besonderen Schlüsselerlebnisse waren ein von Militärs und Sicherheitskräften verübtes Massaker an Demonstranten auf der Plaza Libertad, welche gegen den Betrug bei der Präsidentschaftswahl protestieren wollten und die Ermordung des Jesuitenpaters Rutilio Grande und zweier seiner Begleiter. Als Oscar Romero 1980 der Ehrendokortitel der Universität Leuven in Belgien verliehen wurde, sagte er in seiner Ansprache:

„Es gibt viele Menschen und Christen in El Salvador, die bereit sind, ihr Leben zu geben, damit die Armen Leben haben. Darin folgen sie Christus und machen ihren Glauben an ihn sichtbar. Sie sind eingefügt in die Welt – wie er, sie werden verfolgt und bedroht – wie er, sie geben ihr Leben – wie er, und so geben sie Zeugnis von dem „Wort des Lebens.“

In seiner letzten Sonntagspredigt vom 23. März 1980 wandte er sich noch einmal direkt an die Angehörigen der Armee, der Nationalgarde und der Polizei: „Im Namen Gottes und im Namen dieses leidenden Volkes, dessen Wehklagen täglich eindringlicher zum Himmel steigen, ersuche ich Sie im Namen Gottes: Machen Sie der Repression ein Ende.“

Der Erzbischof wurde ein Tag später, am 24. März 1980 während der Messfeier am Altar von Todesschwadronen, die im Auftrag des Geheimdienstes handelten, erschossen. Am 24. März 1994 begann der Seligsprechungsprozess für Oscar Romero.

Zwischenzeitlich sind Zweifel an den Motiven seiner Ermordung aufgekomen, so dass das Verfahren länger dauern wird als zunächst geplant. Der Präfekt der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse, Kurienkardinal José Saraiva Martins, erklärte, dass als Motiv der Ermordung der „Hass gegen den Glauben (odium fidei) ausschlaggebend sein müsse und nicht allein politische und soziale Gründe. Für eine Erhebung in



*Benediktinerpater Dr. Amseln
Grün auf dem Evangelischen Kirchentag*

den Märtyrerstand müsse jeder Aspekt der Umstände des Martyriums geklärt werden. Englische Protestanten, die von derlei Spitzfindigkeit nicht geplagt wurden, haben bereits eine Statue an der Fassade von Westminster Abbey aufgestellt, wie übrigens auch die von Dietrich Bonhoeffer. Evangelische und katholische Christen sind sich einig, dass Oscar Romero ein herausragender Glaubenszeuge ist. Romero hat selbst davon gesprochen, dass ihn die Armen bekehrt, ihm die Augen geöffnet und ihn gelehrt haben, was das Evangelium heute von uns verlangt: an der Seite der Armen für das Leben und für die Befreiung zu kämpfen. Dies kam auch in der folgenden Fürbitte des Wortgottesdienstes zum Ausdruck:

„Wir denken an das Heer der Frauen und Mädchen, die unsichtbar bleiben hinter dem Glanz sportlicher Großveranstaltungen und hinter unseren Freizeitaktivitäten, die Kleidung, Sportschuhe und Bälle produzieren für den wohlhabenderen Teil der Menschheit. Gott segne ihren schweren Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen, die Gesundheit und Menschenwürde unversehrt lassen.“

Bibelarbeit mit der Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann

Bischöfin Käßmann verstand es, mit rhetorischem Geschick der altbekannten Erzählung vom Barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37) mit kleinen Geschichten aus dem Alltag und Bezügen zur gegenwärtigen Politik Aktualität zu verleihen. Mit ihrer erfrischenden Art erreichte Sie 90 Minuten lang die Aufmerksamkeit der ca. 4.000 Zuhörer im AWD Dome. Bei der anschließenden Veranstaltung mit dem Nobelpreisträger Martti Ahtisaari blieben nur noch ca. Tausend Teilnehmer. Bischöfin Käßmann forderte eine Theologie des Hinschauens. Bei der Nächstenliebe darf der bedürftige Mitmensch nicht ein bloßes Objekt unserer religiösen Betätigung sein. Die Bedürftigen und Armen sind als Personen zu respektieren. Liebe sei das schwächste Glied der Kette, aber nur sie vermag den Teufelskreis von Aktion und Reaktion zu durchbrechen. Ferner zitierte sie das Alte Testament mit Anspielung auf die heutige Asylbewerbersituation: „Sorgt euch um die Fremden, denn auch ihr seid einst Fremdlinge gewesen.“ Des Weiteren stellte sie den Dreiklang Gottesliebe – Selbstliebe – Nächstenliebe heraus. Ferner verriet sie, dass der Bremer Senat während der Zeit des Kirchentages die Innenstadt von störenden Nichtsesshaften räumen lassen wollte. Damit war die Kirchentagsleitung nicht einverstanden. Sie richtete im neu umgestalteten Europahafen, einem modernen Wohn- und Geschäftsviertel, ein Café eigens für Obdachlose ein.

Politik und Freiheit – Ein Vortrag von Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari

Ahtisaari wurde 1938 in Karelien geboren. Er arbeitete zunächst als Diplomat und wurde später finnischer

Staatspräsident. Im Rahmen der Vereinten Nationen hat er dann später erfolgreich den Frieden in Namibia, auf dem Balkan und in Indonesien in Aceh vermittelt. Nach seiner Meinung bestehen die wichtigsten Fähigkeiten eines Vermittlers in seinem Charakter (Autorität), Ehrlichkeit und gesundem Menschenverstand. Er hatte bei seinen Vermittlungsmissionen einen relativ großen Mitarbeiterstab, der ihm die notwendigen Fakten aufbereitete, da bei jedem Konflikt als erstes die Wahrheit leidet. Zwei Drittel der Mitarbeiter waren Frauen, die nach seiner Meinung doppelt so tüchtig waren wie ihre männlichen Kollegen.

Ausführlich ging er auf die Schlusssakte von Helsinki von 1975 ein, die auch in Osteuropa die Freiheitsrechte der Völker (Menschenrechte) offiziell bekannt machte. Dieser Helsinki-Prozess mit der Anerkennung der bestehenden Grenzen und der freien Berichterstattung trug 14 Jahre später wesentlich zum Fall der Mauer in Berlin bei.

Zum israelisch-palästinensischen Konflikt äußerte er sich wie folgt: Die Amerikaner hätten erkannt, dass dieser Konflikt für beide Seiten positiv gelöst werden muss, um das Verhältnis der Amerikaner und der westlichen Welt zur arabischen Welt wesentlich zu verbessern. Er halte den von Barack Obama ausgewählten Sonderberater für den Nahen Osten, Senator Mitchel, als Vermittler in besonderer Weise geeignet.

Zum möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union äußerte er sich wie folgt: Wenn die Türkei die Bedingungen für die Aufnahme erfüllt, muss sie aufgenommen werden, weil sonst die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel stehen würde. Ferner äußerte er, dass die Türkei bei den Verhandlungen zwischen der Hamas und Ägypten eine hilfreiche Rolle gespielt hätte. Dies gelte auch für die weiteren Verhandlungen im Nahen Osten, weil die Türkei als mehrheitlich muslimischer Staat über ein größeres Vertrauen im Nahen Osten verfügt. Ferner biete die Türkei eine alternative Gas- und Ölleitung zu Russland, so dass die EU nicht so stark von Russland abhängig ist.

Auf die Frage, wie die Welt aus seiner Sicht in 20 Jahren aussehen

wird, gab er folgende Antwort: Europa, die EU, wird eine stärkere Rolle in der Welt spielen. Es wird neue und bessere Beziehungen zur arabischen Welt geben. Zwischenstaatliche, militärische Konflikte werden weiter abnehmen. Es bleiben innerstaatliche Probleme. Die atlantischen Beziehungen werden weiter ausgebaut. Mit China müssen konstruktive Verhältnisse aufgebaut werden. Für Europa wird es darauf ankommen, seine Einwanderer (Asylanten) besser zu integrieren. Ferner meinte Ahtisaari, dass die Jugend in den europäischen „Wohlfahrtsstaaten“ dazu erzogen werden muss, ein konstruktives Leben zu führen. Deutschland sollte aufgrund seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung ein ständiges Mitglied im Sicherheitsrat werden.

Im Jahr 2000 hat Martti Ahtisaari eine NGO mit Namen „Crisis Management Initiative“ (CMI) gegründet, die zurzeit zwanzig Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von 3 Mio Euro hat. Sie bilden Mediatoren aus und führen selbst Vermittlermissionen weltweit aus (www.cmi.fi).

HabSeligkeiten – der achtfache Pfad zum Glück

Der Benediktinerpater Dr. Amseln Grün war einer der religiösen Publikumsmagneten auf dem 32. Evangelischen Kirchentag. Die Halle 4 war mit ca. 3.000 Personen schon eineinhalb Stunden vor Beginn wegen Überfüllung geschlossen. Amseln Grün ist ein „religiöser Guru“, der sein Publikum mit der Auslegung der Bergpredigt fesselte. In der großen Halle hätte man eine Stecknadel zu Boden fallen hören. Keiner möchte ein Wort verabsäumen. Grün spricht frei. Er formuliert so, als ob ihm seine wohlgesetzten Worte gerade zurzeit einfielen. Es ist eine Mischung aus Neuem Testament und Tiefenpsychologie.

Amseln Grün hat zahlreiche religiöse Bestseller verfasst. Im Kloster Münsterschwarzach führt er Seminare für Geistliche beider Konfessionen durch, die ein Burned Out – Syndrom haben. Bei der o.a. Veranstaltung wurde er kongenial durch den bekannten Liedermacher und Bandleader Clemens Bittlinger unterstützt, der zwischen Grüns Kurzvorträgen mit-

reißende Musik machte, die von Jung und alt mitgesungen wurde.

Schlussbemerkungen

Nach Abschluss des Kirchentages gab es Stimmen, die meinten, dass der Kirchentag zu zahm geworden sei und seinen Biss verloren hätte. Dem entgegnete die Kirchentagspräsidentin Karin von Welck, die auch parteilose Kultursenatorin von Hamburg ist: „Wer sagt, der Kirchentag sei zu zahm geworden, der erkennt, dass die komplexen Probleme unserer Zeit nicht durch plakative Antworten gelöst werden können. Wer zuhört, nachdenkt und seine Erkenntnisse unaufgeregt, aber beharrlich umsetzt, erreiche

mehr als jemand, der lautstark nach schnellen Veränderungen rufe.

Auffallend an diesem Kirchentag war eine immer größere Annäherung zwischen den christlichen Kirchen. Wie bei den vergangenen Kirchen- und Katholikentagen zeigte sich, dass evangelische Christen katholischer und Katholiken protestantischer wurden, ein Phänomen, dass der Autor schon bei seinen zahlreichen Besuchen in der dritten Welt als Ergebnisprüfer für humanitäre Projekte beobachten konnte. Bei vielen Veranstaltungen spielte die Frage, was bedeutet die christliche Lehre in einer bestimmten Situation heute? – oder mit anderen Worten – wie würde sich

Christus heute verhalten? Eine immer größere Rolle. Dogmatische Fragen treten dabei in den Hintergrund. Spannend wird sicher die Frage, wie beim nächsten ökumenischen Kirchentag 2010 in München die gemeinsame Feier des Abendmahls geregelt wird. Die Aufforderung des offensichtlich „reformierten“ Kirchentagssprechers beim großen Abschlussgottesdienst auf der Bürgerweide in Bremen: „Stärkt euch mit dem Brot und dem Saft!“ scheint nicht gerade zielführend zu sein. Katholiken und Lutheraner würden eher sagen: „Stärkt euch mit dem Leib und dem Blut unseres Herrn Jesus Christus für die kommenden Aufgaben!“ □

In Memoriam:

Pfarrer Konrad Sigl ist tot

Konrad Sigl, Pfarrer von Ammersricht, ein gebürtiger Vohburger, ist tot. Völlig unerwartet starb der 67-Jährige in der Nacht zum Donnerstag, den 23.07.09 an einem Herzinfarkt. Er hatte ohne vorherige Krankheiten am Vortag über leichte Übelkeit geklagt und sich zu Bett begeben. Dort wurde er am Donnerstagmorgen tot aufgefunden.

Sigl wurde mitten im 2. Weltkrieg am 27. Januar 1942 in Vohburg als jüngstes von vier Kindern geboren. Nach der Erstkommunion wurde er Ministrant unter Pfarrer Georg Huber. Zu dieser Zeit reifte in dem Buben der Entschluss, Gott mehr zu dienen. Auf Vermittlung von Huber kam er nach Regensburg ins Internat und nach der Schule ins Priesterseminar. Am 29. Juni 1968 wurde er im hohen Dom zum Priester geweiht. Am 7. Juli 1968 feierte er mit Stadtpfarrer Georg Deininger in Vohburg Primiz. Er war der vorletzte Vohburger Primiziant. Als erste Stelle wies ihm sein Bischof eine Kaplanstelle in Tirschenreuth in der nördlichen Oberpfalz zu. Die Oberpfalz sollte ihn nicht mehr loslassen. Vier Jahre später wechselte er 1972 zur Bundeswehr und wurde zunächst Militärseelsor-

ger in Hemau, später Militärdekan bei der 4. Panzergrenadierdivision in Regensburg, danach folgte eine Verwendung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck.



1985 bekam er die Seelsorgestelle seines Namenspatrons anvertraut: St. Konrad in Ammersricht bei Amberg, wo er letztes Jahr auch sein 40-jähriges Priesterjubiläum feierte. Zusammen mit einem Künstler entwarf er dort die Fenster für seine Pfarrkirche und wird auch so den Gläubigen noch lange in Erinnerung bleiben. Dort wirkte er als Priester im Weinberg Gottes bis zu seinem Tod. Der engagierte und kritische Pfarrer blieb seiner Vohburger Heimat stets treu und kam immer wieder auf Urlaub in seine Vaterstadt. Gelegentlich übernahm er dann auch eine Vertretung oder wirkte in Konzelebration mit. Eigenem Wunsch zufolge wird er auch in Vohburg im Priestergrab beerdigt.

In St. Peter fand am Dienstag, 28. Juli, der Sterberosenkranz, anschließend das Requiem und die Beisetzung statt.

(Text und Foto: Bauer)

Zeitgeschichte – 50 Jahre Bundeswehr



Helmut Schmidt, der fünfte Bundeskanzler und die Bundeswehr

Teil I: Die Vor-Kanzler-Jahre 1918 bis 1972

VON DIETER KILIAN

Als Helmut Heinrich Waldemar Schmidt am 23. Dezember 1918 in Hamburg-Barmbek als Sohn des Studienrats und Diplomhandelslehrers Gustav L. Schmidt (1888-1981) und seiner Ehefrau Ludovika (1890-1967; geb. Koch) geboren wurde, war der Erste Weltkrieg gerade zu Ende, und sein Vater zwar verwundet, aber lebend heimgekehrt. Gustav Schmidt hatte sich 1911/12 als „Einjährig-Freiwilliger“ wahrscheinlich beim Infanterie-Regiment (IR) „Hamburg“ (2. Hanseatisches) Nr. 76¹ unter Oberst Friedrich Wilhelm Freiherr von Lüttwitz (1861-1946; später Generalmajor) in Hamburg zu den Fahnen gemeldet und brauchte deshalb nur ein Jahr anstatt der sonst üblichen zwei bzw. drei Jahre zu dienen. Allerdings musste er sich auf eigene Kosten ausrüsten und versorgen. Dies aber konnte nur jemand, der – bei entsprechendem Bildungsstand, d.h. mindestens Mittlere Reife – entweder aus einer wohlhabenden Familie kam oder in seinem Beruf genügend verdiente. Helmut Schmidt kokettiert bisweilen mit der „Arbeitervergangenheit“ seiner Familie, tatsächlich aber trifft dies bei ihm nicht zu. Sein Elternhaus gehörte auch vom Bildungsniveau her – anders als z.B. beim Vorgänger Willy Brandt – eindeutig zum Bürgertum.

Zwischen Gustav Schmidts freiwilliger Dienstzeit und dem Kriegsbeginn lagen fast drei Jahre, genü-

gend Zeit, um die geforderten zwei Wehrübungen abzuleisten, die als Voraussetzung für die Beförderung zum „Offizier des Beurlaubtenstandes“ (d.h. Leutnant der Reserve oder der Landwehr) erforderlich waren. Doch vermutlich aus beruflichen Gründen konnte er diese nicht ableisten, und so erhielt Gustav Schmidt keinen Reserveoffiziersdienstgrad. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde er als Sechszwanzigjähriger im August 1914 als Offiziersaspirant zum IR 76 zunächst unter Oberst Rüdiger Graf von der Goltz (1865-1946)² eingezogen. Das Regiment bildete mit dem IR „Bremen“ (1. Hanseatisches) Nr. 75 die 33. Infanteriebrigade³ in Altona unter Generalmajor Ferdinand von Lewinski (1869-1936). Diese war der 17. Division⁴ in Schwerin unterstellt und gehörte zum IX. Armeekorps in Altona unter dem General der Infanterie Ferdinand von Quast (1850-1934; Eichenlaub zum Pour le Mérite). Nach dem Vormarsch durch Belgien und Frankreich kämpfte Schmidts Regiment den ganzen Krieg über nur im Westen – u.a. 1914 in der Marne-schlacht, 1915 in Arras und 1916/17 in Flandern, wo fast das ganze Regiment vernichtet wurde. Gustav Schmidt, inzwischen Vize-Feldwebel⁵, wurde vermutlich bereits 1914

oder 1915 verwundet. Es war für ihn eine Fügung des Schicksals, denn von den über 3.000 Soldaten seines IR 76, die 1914 in den Krieg gezogen waren, überlebten nur 647 Mann. Nach einem Lazarettaufenthalt wurde er „garnisonsverwendungsfähig Heimat“ (g.v.H.) geschrieben und war danach bis zum Kriegsende in Schleswig stationiert.⁶

Als Hitler an die Macht kam, war Sohn Helmut vierzehn. Da ihm das Wasser im Blut lag – auch sein späterer Schwiegervater Glaser hatte im Ersten Weltkrieg in der Kaiserlichen Marine gedient – wollte er der Marine-Hitler-Jugend beitreten. Doch die Eltern, die die Nazis kategorisch ablehnten, verboten dies, sehr zum Missfallen des Sohnes, weil „fast alle aus meiner Klasse drin waren“. Aber 1934 wurde er zwangsweise mit seinem Schülerruderverein eingegliedert, flog aber zwei Jahre später wegen allzu flotter Sprünge wieder hinaus. 1937, direkt nach dem Abitur, meldete er sich vorzeitig zur Wehrmacht, um die zweijährige Wehrpflicht, der zusätzlich sechs Monate beim Reichsarbeitsdienst (RAD) vorgeschaltet waren, abzuleisten, da er danach Architektur studieren wollte. Vom 1. März bis zum 30. September 1937 leistete Schmidt seinen Arbeitsdienst in Reitbrook bei Hamburg in der Elbmarsch, wo der RAD den Deich an der südlichen und ostwärtigen Grenze ausbaute, damit diese Fläche nach Aufspülung landwirtschaftlich genutzt werden konnte.

1 Schmidt, Helmut Brief vom 10.02.2009 an den Verfasser. Der Einjährig-Freiwillige trug eine blaue Uniformjacke, roten Kragen und weiße Schulterklappen mit einer roten 76 als Regimentsnummer sowie gelben Vorstößen an den Aufschlägen. An der Mütze und am Lederhelm war anstatt der preußischen Kokarde das Hanseatenkreuz.

2 1914 Oberstleutnant von Stein-Liebenstein; 1914-1917 Oberstleutnant von Burstein.

3 Ab 1915 war das IR 76 der 221. Infanteriebrigade unterstellt.

4 Ab 1915 der 111. Infanteriedivision unterstellt.

5 Vize-Feldwebel war der unterste Unteroffiziersdienstgrad mit Portepée. Er trug die Uniform der Sergeanten, führte aber zusätzlich den Offiziersdegen mit Portepée am Mannschaftskoppel.

6 Vermutlich beim Ersatzbataillon des Infanterieregiments 84. In der Stadt an der Schlei lagen während des Krieges nur Ersatztruppenteile.

Der 19-jährige Schmidt trat im Herbst 1937 seinen Militärdienst in der Flak-Kaserne in Hamburg-Osdorf (heute: Graf-Baudissin-Kaserne) an, wurde aber nur einen Tag später nach Bremen in die neue Flak-Kaserne in Grohn-Vegesack zur 7. (leichten) Batterie der I. Abteilung des Flak-Regiments 7 unter Batteriechef Paul Ullrich versetzt⁷ und erhielt die hochroten Kragenspiegel. Mit der Umgliederung im Januar 1938 wurde aus Schmidts Batterie die 4. (leichte) Batterie der I. (mot.gl.) Abteilung Flak-Regiment 27, die nach wie vor von Hauptmann Ullrich geführt wurde. Die Batterie gliederte sich in drei Züge zu je drei 3,7 cm Geschütze. Abteilungskommandeur war Major Hermann Hiller (1898-1963). Im September 1938 wurde der Kanonier Schmidt zum Geschützführer befördert. Versuche seines Batteriechefs Ullrich, ihn für die Laufbahn des Berufsoffiziers zu begeistern, schlugen zwar fehl, aber im Sommer 1939 wurde er Unteroffizier und ROA (Reserve-Offiziersanwärter). Im Herbst 1938 wurde die Flak erneut umgegliedert: und dem General der Flieger Ludwig Wolff (1886-1950), dem Befehlshaber im neuen Luftgau XI in Hannover (ab 1939 in Hamburg) unterstellt. Die bisherige I./FlakRgt 27 wurde in I./26 umbenannt. Oberst Hans-Jürgen von Witzendorff (1893-1961; später Generalleutnant) übernahm als Regimentskommandeur⁸. Im August 1939 übte das Regiment im Weserbergland, musste das Manöver aber wegen der drohenden Kriegsgefahr vorzeitig abbrechen. Als sich seine Wehrpflicht dem Ende näherte, erhielt Schmidts Regiment am 24. August 1939 den Mobilisierungsbefehl. Der Zweite Weltkrieg brach aus, und damit war auch die Lebensplanung Makulatur geworden, keine leichte Jugend für Schmidt wie für Millionen junger Männer auf beiden Seiten. Auch sein jüngerer

Bruder Wolfgang (* 1921) wurde Soldat. Bei Mobilisierung 1939 wurden aus der I./ FlakRgt 26 drei Reserve-Flak-Abteilungen gebildet: die gemischte FlakAbt 261 sowie die beiden schweren Abteilungen 262 und 263. Schmidt gehörte zur Abteilung 262, die Hauptmann Ullrich, sein alter Chef, übernahm. Karl Carstens, der spätere Bundespräsident, diente als Soldat im selben Verband, aber in einer der schweren Batterien.

Schmidts Truppe blieb im Raum Bremen stationiert, um die Stadt gegen Bomberangriffe zu verteidigen. Kurz nach Kriegsbeginn wurde Schmidt zum Wachtmeister der Reserve (= Feldwebel) und Anfang



Bild 2: Helmut Schmidt 1940 als Leutnant der Luftwaffe.

1940 zum Leutnant bei der Flakartillerie der Luftwaffe befördert. Zu seinen Freunden zählte in jener Zeit der weit ältere Leutnant Lüers, scherzhaft von seinen Kameraden „dienstältester Leutnant der Wehrmacht“ genannt, weil er wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD nicht befördert wurde. 1940 war Schmidt zum Luftschutz des oberschlesischen Industriegebietes abkommandiert.⁹ Offenbar von seinem Batteriechef angefordert, wurde Schmidt 1941 zur Inspektion der Flakartillerie (L.In4) in die Fasanenstraße nach Berlin in das Reichsluftfahrtministerium¹⁰ versetzt; Inspekteur war Generaloberst Günther Rüdell (1883-1950)¹¹. Von

dort reiste Schmidt zum ersten Mal im Rahmen einer Kurier-Dienstreise nach Paris. Offen schildert er, wie er sich bei diesem Aufenthalt in Uniform unwohl fühlte, da er – im Gegensatz zu vielen Soldaten, die in den bisherigen Feldzügen ausgezeichnet worden waren – noch keinerlei Tapferkeitsauszeichnungen trug. Aufgewachsen in einer Zeit, in der der Heldenmythos hoch im Kurs stand war diese Haltung nur allzu natürlich. Er wollte ein Held werden und sich Orden verdienen, auch wenn ein Hanseat diese eigentlich ablehnt. „Für die Gespaltenheit meines damaligen Bewusstseins ist es bezeichnend, dass ich den katastrophalen Ausgang des Krieges zwar deutlich vor Augen hatte, mich aber schämte, anders als die Mehrheit aller Soldaten auf den Straßen Berlins auf meiner Uniform keinerlei Tapferkeitsorden tragen zu können, weil ich ja an keinem Feldzug teilgenommen hatte. So kam es, dass ich mich darum bewarb, zur kämpfenden Truppe versetzt zu werden.“¹² Die Bewerbung zeigt, dass Schmidt ein begeisterter und engagierter Soldat war. Wie seine Eltern lehnte er Hitlers Regime zwar ab, wollte aber seine Pflicht tun. „Damals habe ich die nationalsozialistische Führung Deutschlands für verrückt gehalten und habe sie als ein Übel betrachtet. Aber dass sie aus Verbrechern bestand, das habe ich noch während des Hitlerschen Weltkrieges nicht begriffen.“¹³

Sein Wunsch nach Versetzung an die Front wurde erfüllt. Aus Teilen seines alten Verbandes, der „gemischten motorisierten“ Abteilung I./FlakRgt 26, war die II./FlakRgt 43 (gem. mot.) aufgestellt und 1941 mit fünf Batterien unter Oberstleutnant Erwin Giebner (später Oberst) zur Heeresgruppe Nord nach Russland verlegt worden. Im Spätsommer 1941 wurde Schmidt dort Batterieoffizier. Das Regiment gehörte zur 2. Flakdivision unter Generalleutnant Oskar Bertram (1890-1965), die wiederum

Wunsch von diesem Posten entbunden wurde, folgte ihm – zunächst nur kommissarisch und ab Mai 1942 offiziell – General von Axthelm.

12 Schmidt, Helmut u.a., Kindheit und Jugend unter Hitler. S. 211.

13 Schmidt, Helmut Rede am 20. Juli 2008 in Berlin

7 Am 5. April 1937 waren die 3. (schwere) und die 7. Batterie der I./FlakRgt 7 aus Wolfenbüttel nach Grohn verlegt worden. Am 01.01.1938 wurde aus diesen beiden Stammabteilungen die I. (gemischte) Abteilung des FlakRgt 27 gebildet. (Thiel, Reinhold, Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg, S. 20)

8 Ab Februar 1941 Oberstleutnant Hans Frielinghaus.

9 Der Truppenteil dieses Einsatzes war nicht zu ermitteln.

10 Die Luftwaffe unterstand bis Februar 1944 dem Reichsluftfahrtministerium; erst dann wurde ein eigenes Oberkommando der Luftwaffe gebildet.

11 Als Rüdell am 01.07.1941 auf eigenen

dem II. Flak-Korps unter dem „Kofluft“ (Kommandeur der Luftwaffe), Generaloberst Otto Deßloch (1889-1977; Eichenlaub), unterstand.

Schmidts Abteilung hatte den Auftrag, die 1. Panzerdivision¹⁴ unter Generalleutnant Walter Krüger (1892-1973; Eichenlaub) zu unterstützen. Sie war fast ausschließlich im Bodenkampf – d.h. zumeist in der Panzerabwehr – eingesetzt. Oft galt bei drückender Übermacht russischer T-34 Panzer die Flak als Retter in der Not: „Flak vor!“ Nach schweren Kämpfen zwischen Dünaburg und Riga folgten zwei Wochen der Ruhe, aber am 8. August 1941 wurde der Angriff fortgesetzt. Am 6. September 1941 ging der Vorbefehl für den „Angriff gegen die Festung Leningrad“ ein, und am 11. September standen erste Teile auf der „Höhe 167“ südlich von Leningrad, deren Silhouette zum Greifen nahe war. Doch als sich drei Wochen später der Angriff auf die Großstadt am östlichen Zipfel des Finnischen Meerbusens festgefahren hatte, wurde die Division und mit ihr Schmidts Abteilung herausgelöst und der Heeresgruppe Mitte unterstellt. Vom 21. bis zum 26. September verlegte sie in den neuen Einsatzraum ostwärts Witebsk.

Im Rahmen der Panzergruppe 3 griff die 1. Panzerdivision am Morgen des 2. Oktobers am Nordflügel der Heeresgruppe Mitte auf Moskau an. Dabei durchbrach sie die russische Dnjepr-Stellung und stieß über Szytschewka auf Subzow und Staritz an der oberen Wolga vor. Bei Kalinin erzwang die Division in schweren Kämpfen einen Brückenkopf über die Wolga. Ab dem 15. November wurde sie herausgelöst und nordwestlich Klins verlegt und für den Stoß auf Moskau bereitgehalten. Am 16. Oktober setzte lang andauernder Herbstregen ein. Die ohnehin schlechten Straßen wurden nahezu unpassierbar. Am 30. November verwandelte Frost mit bis zu minus 38 Grad Celsius den Schlamm in eine knochenharte Eiswüste. Winterbekleidung war nicht vorhanden.

¹⁴ Die Flak-Truppen der Luftwaffe unterstanden einsatzmäßig dem Heer, truppendienstlich und versorgungsmäßig der Luftflotte. Die 1. PzDiv verfügte zusätzlich über die eigene leichte Heeres-Flak-Abteilung 83.

Schmidt erlebte den unbarmherzigen russischen Winter an vorderster Front, wiederholt abgeschnitten und eingekesselt. Am 25. November erhielt die Division den Angriffsbefehl auf Moskau, doch ab dem 1. Dezember kämpfte sie sich nur mühsam vor. Außerhalb der Ortschaften gab es keinerlei Un-

zeichen der Luftwaffe¹⁵ – versetzt. Es war eine lebensrettende Verfügung, denn sein Regiment wurde danach in den Raum Stalingrad verlegt. Später lehnte Schmidt es strikt ab, mit Kritikern, die diese Extremsituation nicht erlebt hatten, darüber zu diskutieren.

Zunächst besuchte er einen Lehrgang an der Flak-Artillerieschule II in der „Göring-Kaserne“ auf dem Venusberg in Bonn. In dieser Zeit musste er in einer Klinik ein Rheumaleiden auskurieren, das er sich im Osten zugezogen hatte. Im Frühjahr wurde er zum Oberleutnant befördert. Schmidt und seine Verlobte Hannelore („Loki“) Glaser (* 1919) planten zu heiraten. Vorher galt es jedoch eine Hürde zu überwinden: Schmidt brauchte eine Heirats-erlaubnis seines Kommandeurs, und dieser bestand auf einem formellen Antrittsbesuch der Braut, verzichtete aber auf Schmidts „Ariernachweis“¹⁶. Und so reiste Hannelore Glaser in den Oster-

ferien nach Bonn. Das Brautpaar stellte sich bei Oberstleutnant Kurt Georg Heinrich Andersen (1898-2003; Ritterkreuz; später Generalmajor)¹⁷ und dessen Frau vor, bekam die Heirats-erlaubnis und vermählte sich am 27. Juni 1942 – Schmidt in Uniform



Bild 3: Helmut Schmidt als Oberleutnant der Luftwaffe (Flak) am Hochzeitstag, dem 27. Juni 1942, mit großer Ordensschnalle.

terkunft, und einzugraben war wegen des Frostes unmöglich. Der Schnee war knietief, die Truppe erschöpft. Maschinenwaffen und Kraftfahrzeuge froren selbst bei laufendem Motor ein. Schmidt kämpfte in diesen Dezemberwochen 1941 – wie von Weizsäcker – vor Moskau.

Am 5. Dezember stellte die Panzergruppe 3 den Angriff ein und begann mit dem Rückzug ihrer Truppen in den Raum Klin. Dort stand sie ab Mitte Dezember in heftigen Abwehrkämpfen gegen frisch herangeführte russische Kräfte. Den Heiligen Abend und den Jahreswechsel 1941/42 verbrachte Schmidt im Raum Krugloje nordostwärts von Latashino. Am 18. Januar 1942 wurde er – ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, der Medaille „Winterschlacht im Osten 1941/42“ und dem Kampfab-

¹⁵ Vermutlich das Panzerkampfabzeichen der Luftwaffe, jedoch nicht eindeutig erkennbar, da auf dem Uniformbild von 1942 die Schwingen nicht zu erkennen sind.

¹⁶ Hier hätte es „Probleme“ gegeben, denn einer von Schmidts Großvätern war jüdischen Glaubens.

¹⁷ Andersen war zu dieser Zeit Kommandeur der Flak-ArtSchule (FAS) II in Stolpmünde, von der Teile in Bonn stationiert waren. Von 1956 bis 1961 war er als Generalmajor Inspekteur des BGS in Bonn. Schmidt stand später mit ihm in Kontakt, denn er war über dessen Werdegang nach dem Krieg informiert (Brief an den Verfasser vom 13.03.2009).

mit großer Ordensschnalle (*Bild 3*). Über sechzig Jahre später verbesserte Frau Schmidt einen Journalisten, als dieser den Dienstgrad ihres Mannes mit „Leutnant“ bezeichnete. „Mein Mann war Oberleutnant!“ korrigierte sie ihn bestimmt.¹⁸ Im Frühjahr 1942 wurde Schmidt zum zweiten Mal ins Reichsluftfahrtministerium versetzt, wo er wieder Vorschriften für die leichte Flak¹⁹ ausarbeitete und auf dem Flak-Schießplatz Rerik auf der Halbinsel Wustrow kurzzeitig junge Soldaten ausbildete: „*Helmut war Fachmann für kleinkalibrige Flak. Er hatte eine Anweisung für diese Waffe geschrieben und sollte auf dem Schießplatz Rerik mit jungen Soldaten an den Geschützen üben.*“²⁰

Als Schmidts Dienststelle nach Bernau nordöstlich von Berlin ausgelagert wurde, bezog das Ehepaar Schmidt eine kleine Wohnung im benachbarten Gut Schmetzdorf. Der General der Flakartillerie Walther von Axthelm (1893-1972; Ritterkreuz), sowie der Generalleutnant der Luftwaffe Heino von Rantzau (1894-1946; Ritterkreuz) als Kommandierender General der Flak-Ausbildung waren in Bernau stationiert. Hannelore Schmidt erwähnt in ihren Erinnerungen beide als wohlwollende Vorgesetzte. Der aus ... Österreich stammende Oberstleutnant i.G. Kurt Helmut Fischer (1906-1982), später Brigadegeneral der Luftwaffe²¹, war als Leiter der Ausbildungsabteilung Schmidts nächsthöherer Vorgesetzter. Sein nächster (= direkter) Vorgesetzter war der nur ein Jahr ältere Major i.G. Friedrich Georgi (1917-1998)²², der Schwiegersohn von General Friedrich Olbricht (1888-1944; Ritterkreuz), dem Kopf der Verschwörung vom 20. Juli 1944. Schmidt bezeichnete Ge-

orgi als „einen wunderbaren Kerl, der nach dem Krieg Buchverleger wurde“.²³

„*Das anfangs eher distanzier- te Verhalten des aktiven Offizier- korps gegenüber dem Kriegsoffizier Schmidt und seiner Frau veränderte sich schnell. Deutlich erinnere ich mich an einen Abend im Kasino ... als am späten Abend noch ein Kreis von zehn ... Personen in der Halle stand, um sich zu verabschieden, sagte General Axthelm zu mir, die ich damals schon einen kleinen Kugelbauch hatte: ‚Frauen in Ihrem Zustand haben doch oft besondere Wünsche. Was möchte Sie denn jetzt gern?‘ Ich platze heraus: ‚Radieschen!‘ ... Nach kurzer Zeit wurde uns ein Teller mit knackigen Radieschen ... serviert. ... Ich habe in dieser Zeit gelernt, mich in einem Offizierskreis sicher zu benehmen und mich auch wohl zu fühlen, obwohl ich anfangs innerlich immer noch etwas zusammenzuckte bei der Anrede ‚Gnädige Frau‘. So hat mir das Zusammenleben mit Soldaten vieler Dienstgrade in Bernau später sehr geholfen, als Helmut Verteidigungsminister war.*“²⁴ Aus diesen Sätzen von Loki Schmidt wird auch ihre innere Verbundenheit mit dem „Soldaten Schmidt“ deutlich. Am 26. Juni 1944 wurde ihr erstes Kind Helmut Walter („Moritz“) in Bernau geboren. Loki Schmidt wurde im „Generalswagen mit roten Ledersitzen“, dem Dienstwagen des Generals von Axthelm, in die Klinik gebracht – ein seltenes Beispiel von Familienbetreuung im Zweiten Weltkrieg²⁵. Oberleutnant Schmidt hielt – wie vormals als Schüler – auch dort trotz des hohen Risikos mit seiner Meinung über das Regime nicht hinter dem Berge. Ende Juli 1944 wurde er zu einem der ersten Prozesse des Volksgerichtshofes nach dem misslungenen Attentat auf Hitler befohlen – zwecks Einschüchterung vermutet Schmidt, war er doch wiederholt mit kritischen Kasino-Sprü-

chen aufgefallen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Georgi, Schmidts nächster Vorgesetzter, als Mitwisser des Attentats auf Hitler mittlerweile in Haft saß. Daraus hätte die Gestapo mühelos eine auch für Schmidt gefährliche Verbindung konstruieren können. Nach der Verhandlung habe er sich „innerlich befähigt gefühlt, den Gerichtspräsidenten Roland Freisler bedenkenlos zu töten, wenn es denn möglich gewesen wäre“. Dies war aber nicht der Fall, denn er musste seine Waffe vor dem Saal abgeben. Schmidt erläuterte seine Gedanken dazu in einem „Spiegel“-Interview: „*Was mich beschäftigte, war die Schizophrenie des Ganzen: Man wusste, dass man einem absurden Regime dient – verbrecherisch war es für mich immer noch nicht, obwohl mir der Freisler klarmachte, dass da zum Teil Verbrecher am Werk waren ..., aber gleichzeitig wollte man gegenüber dem Land seine Pflicht als Soldat erfüllen.*“

Nach Rückkehr bat er General von Rantzau, ihn von einer weiteren Teilnahme zu entbinden, da er die Verhandlung als bedrückend empfunden hatte. „Na, Schmidchen, was haben die Braunen nun wieder angerichtet!“²⁶ war dessen Reaktion, und er gab der Bitte nach. Es führte zu einer Zäsur in Schmidts Denken: „... erst da habe ich angefangen, den verbrecherischen Charakter des „Dritten Reiches“ zu begreifen. Jedoch habe ich danach gleichwohl als kämpfender Soldat weiterhin meine Befehle und Pflichten befolgt – so wie Millionen anderer Soldaten auch.“²⁷

Kurze Zeit später geriet der junge Offizier selbst in das Visier der Staatssicherheit: Abfällige Bemerkungen über Hermann Göring im Kameradenkreis in Rerik führten zu einer Anzeige eines Denunzianten wegen Wehrkraftzersetzung, doch er hatte Glück. Seine Vorgesetzten gaben vor, sich nicht zu erinnern. Schmidt urteilt wie folgt: „Sie schuldeten mir gar nichts; ich war weder adelig ... noch gehörte ich zu einer der vielen Cliquen von Berufsoffizieren

18 Filmbericht über das Leben von Loki Schmidt; im WDR am 26.05.2004.

19 Für neue Maschinen-Flak-Waffen (2 cm, 3,7 cm und 5 cm).

20 Schmidt, Loki, Hannelore Schmidt erzählt aus ihrem Leben, S. 71.

21 Fischer trat 1955 in die Bundeswehr ein, wurde 1963 Brigadegeneral. 1966, d.h. bevor Schmidt BMVg wurde, wurde er pensioniert.

22 Georgi hatte am 20. Juli 1944 sowohl seinen Schwiegervater als auch Oberst i. G. Graf Stauffenberg in Berlin getroffen und wurde einige Tage später verhaftet.

23 Interview auf dem TV-Sender Phoenix am 23.12.1999. Georgi war lange Jahre Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Berlin.

24 Schmidt Hannelore, Gezwungen, früh erwachsen zu sein, in: Schmidt, Helmut u. a., Kindheit und Jugend unter Hitler, S. 58 f.

25 Schmidt Loki, a.a.O., S. 76.

26 Schmidt, Helmut u.a., Kindheit und Jugend unter Hitler, S. 230.

27 Schmidt, Helmut Rede am 20. Juli 2008

eines bestimmten Regiments ...; ich war bloß jemand, den sie mochten – so nehme ich jedenfalls an. Diese Vorgesetzten haben mich als gute ältere Kameraden davor bewahrt, dass ein Kriegsgerichtsverfahren wirklich in Gang kam, zumal es bei Zersetzung der Wehrkraft ... nur zwei äußerste Möglichkeiten gab: entweder Freispruch oder Todesstrafe.“²⁸

Gleichwohl wurde nun gegen Schmidt ermittelt. Frau Schmidt schreibt: „Aber die beiden Generalstabsobersten in Helmut und der übergeordneten Dienststelle in Bernau versetzten ihn zu einer Fronttruppe der leichten Flak, so dass das Ermittlungsverfahren ... ihn nicht erreichte.“²⁹

Schmidt wurde als Batteriechef einer 3,7 cm-Flak-Batterie an die Westfront (Ardennen und Eifel) versetzt. Im Winter 1944/45 geriet er – einem Panzer-Korps unterstellt³⁰ – in den Rückzug aus der Ardennenoffensive. Er wechselte mehrfach die Flak-Abteilung. Damit war er aus dem politischen Schussfeld, weil die Ermittlungen der Versetzung hinterherhinkten, und die Nachforschungen der Gestapo auf der Strecke blieben. Doch auch die Feldpostverbindung zur Familie geriet in Mitleidenschaft. So erfuhr Schmidt erst mit Verzögerung, dass sein kleiner Sohn bereits im Februar 1945 an einer Hirnhautentzündung gestorben war. Im März erhielt Schmidt Urlaub auf Ehrenwort und fuhr zu seiner Frau, die zwischenzeitlich von Bernau nach Hamburg zurückgekehrt war. Das Ehepaar wollte das Grab ihres Erstgeborenen auf dem Friedhof in Schönau bei Schmetzdorf besuchen und bat den früheren Vorgesetzten, General von Rantzau, der nun das Luftgaukommando XI in Hamburg-Blankenese befehligte, um Hilfe. Dieser ernannte Loki Schmidt – trotz eigenen Risikos – pro forma zur Luftwaffenhelferin, was es den beiden ermöglichte, mit einem Marschbefehl die Reise per Bahn durchzuführen. Danach kehrte Schmidt wieder

zu seiner Einheit in der Eifel zurück. Als sein Truppenteil von den alliierten Kräften aufgerieben worden war³¹, schlug sich Schmidt zu Fuß bis in die Südheide kurz vor Hamburg durch. Bei Soltau geriet er Ende April 1945 in britische Gefangenschaft und kam in ein Offizierlager nach Yabbecke in Belgien. Er hatte Glück: Bereits am 24. August 1945 kehrte er – abgemagert wie fast alle in damaliger Zeit – nach Hamburg zurück.

Helmut Schmidt hat von allen deutschen Politikern – neben Richard von Weizsäcker und Franz Josef Strauß – am detailliertesten Rechenschaft über seine Zeit in der Wehrmacht abgelegt. In einem Interview mit Günter Gaus vom 8. Februar 1966 äußerte er sich zu seiner Soldatenzeit und die Prägung, die er durch Wehrmacht und Krieg erhalten hat: *„Ich bin lange Soldat gewesen ... Ich bin in der Gefangenschaft Sozialdemokrat geworden, unter dem Einfluss älterer Offiziere. Und dabei spielte das Kriegserlebnis eine große Rolle. ... Fünfundzwanzig Jahre später, ..., klingt es für manche Ohren gar nicht sehr angenehm, wenn ich sage, dass für mich das Erlebnis der Kameradschaft im Kriege einer der Werte ist, die ich glaubte mitgebracht zu haben. Und ich habe dann im Gefangenenlager eigentlich entdeckt, dass letztlich ähnliche Grundprinzipien diesem Erlebnis der Kameradschaft ... zugrunde lagen wie den Prinzipien des Sozialismus. ... Eigentlich habe ich meine positive Vorstellung, wie ein Staat wohl sein sollte in der Gefangenschaft gebildet.“*³²

Auf die Frage eines Journalisten, ob Schmidt in der Wehrmacht „tatsächlich so etwas wie ein Gefühl von Geborgenheit“ erlebt hätte, antwortete er: *„Ja. Jetzt konnte mich kei-*

ner mehr nach meiner arischen Abstammung fragen. Das geschah allerdings zu meiner großen Überraschung dann doch, während des Krieges, als ich heiraten wollte“. ... *Ich habe dann trotz dieses idiotischen Kasernenhof-Dienstes ... das Gefühl gehabt, endlich in einem anständigen Verein weit weg von den Nazis zu sein. Das klingt grotesk, aber so war es.“*³³ Erst in der Gefangenschaft sei aus ihm ein politischer Mensch geworden, und so habe er sich bereits bei Kriegsende der SPD angeschlossen. „Da war ein wunderbarer Mann – Major Hans Bohnenkamp, ein um 15 Jahre älterer Hochschulprofessor, bis zum Halse rauf mit Eichenlaub dekoriert und so’nem Scheißkram. Das war ein religiöser Sozialist, auch einer von denen, die meinten, als Soldat ihre Pflicht erfüllen zu sollen. Der hat mir nicht nur beigebracht, was Demokratie ist, er hat mich auch zum Sozi gemacht.“³⁴

Schmidts Wortwahl über eine Tapferkeitsauszeichnung erstaunt; wohl kaum würde er sich zum britischen Victoria-Kreuz so abfällig äußern. Da Eid und Gelöbnis auch den Soldaten der Bundeswehr die Kardinaltugend Tapferkeit abverlangen, sollten diese – wenn deswegen ausgezeichnet – nicht von eben jenen Politikern verächtlich gemacht werden.

Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft kippte Schmidt seine früheren Berufspläne: aus Architektur wurde Volkswirtschaft, und die Kunst wich dem Lebensunterhalt. Er studierte in Hamburg und schloss sein Studium 1949 als Diplom-Volkswirt ab. Als Student hatte er sich im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) engagiert und war 1947/48 dessen Vorsitzender in den Westzonen. Eine Promotion wurde aus finanziellen Gründen – „ich muss erst Geld verdienen“ – auf später verschoben und unterblieb ganz, als er hauptbe-

28 Schmidt, Helmut u.a., Kindheit und Jugend unter Hitler, S. 232.

29 Schmidt Loki, a.a.O., S. 77.

30 Bei der Ardennenoffensive waren die Panzerkorps XXXIX. und XXXXVII. sowie das I. (Leibstandarte) und das II. SS-Panzerkorps beteiligt.

31 Sollte Schmidt zu einem Truppenteil des III. Flak-Korps gehört haben, ist festzustellen: Das Korps lag im Februar 1945 im Raum Bonn und wurde im April 1945 im Ruhrkessel aufgerieben. Am 21.03.1945 übernahm Schmidts ehemaliger Vorgesetzter Generalleutnant Heino von Rantzau das Korps; es bestand aus der 2. FlakDiv, sowie der 1. und 19. Flak-Brigade.

32 Dönhoff, Marion Gräfin (Hrsg.), Hart am Wind, S. 27 ff.

33 „Spiegel“ Nr. 24/2001, Interview vom 11.06.2001, S. 182 ff.

34 Bohnenkamp (1893-1977; Ritterkreuz; Professor für Pädagogik) war als Artillerieoffizier am Ende des Krieges Oberst. S.a.: SPIEGEL Nr. 24/2001 Interview vom 11.06.2001, S. 182 ff. In einem „Phoenix“-Interview mit Ulrich Wickert vom 23.12.1999 benutzte Schmidt den Ausdruck „Scheißkram“ nicht.

ruflich in die Politik wechselte. 1951 wurde er Verkehrsdezernent in Hamburg unter Wirtschaftssenator Karl Schiller (1911-1994). Von 1952 bis 1953 leitete er das Amt für Verkehr. Von 1953 bis 1961 und später von 1965 bis 1987 gehörte Schmidt als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an.

Bereits ab 1953 lernte Schmidt eine Reihe von ehemaligen Offizieren kennen, die zunächst im „Amt Blank“ und ab 1955 im neuen „Bundesministerium für Verteidigung“ arbeiteten. So war er z. B. Ende September 1955 mit anderen Parlamentariern von Theodor Blank zu einem „Brötchen-und-Bier-Abend“ in die Ermekeil-Kaserne eingeladen worden. Wahrscheinlich hat Schmidt dort auch die ehemaligen Generale Heusinger, Dr. Speidel und Röttiger getroffen. Vom Alter her trennte sie zwar eine Generation, aber das einigende Band war der Krieg. Schriftliche Aussagen über ihre Beziehung gibt es nicht. Weder wird in Speidels Lebensrückblick Helmut Schmidt erwähnt, noch taucht der Name Speidels in den vielen Büchern von Schmidt auf.³⁵ Gleichwohl standen zumindest Speidel und Schmidt bereits in den Jahren 1957 bis 1963, als dieser Oberbefehlshaber der NATO Landstreitkräfte Europa Mitte in Fontainebleau war, in brieflichem Kontakt.³⁶ Zum Tode General Speidels 1984 kondolierte der Altkanzler Frau Speidel mit würdigen Worten. Überdies kann vermutet werden, dass Speidel wegen seines hohen Bildungsniveaus und seiner musischen Neigungen dem Schmidt-schen Idealbild eines Offiziers nahe kam. Doch im parteipolitischen Alltag gelten andere Regeln: Im Januar 1958 stattete Speidel dem Hamburger Ersten Bürgermeister Max Brauer (1887-1973) einen Höflichkeitsbesuch ab. Dabei stand vor dessen Dienstzimmer im Rathaus ein Doppelposten der Feldjäger, der erst auf Einspruch eines Senatsbeamten abgezogen wurde. Schmidt nutzte dies zu einer süffisan-

ten Anfrage an Verteidigungsminister Strauß im Bundestag.³⁷

Zum lebensälteren Baudissin hielt Schmidt schon früh Kontakt.³⁸ Er lobt dessen große Hilfe beim Aufbau einer modernen Bundeswehr³⁹ und die Leistung der Grafen Baudissin und Kielmansegg bei der Entwicklung des Konzeptes der Inneren Führung und des Bürgers in Uniform⁴⁰.



Bild 4: Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans Röttiger im Gespräch mit Oberleutnant d.Res. Helmut Schmidt am 23. Oktober 1963 an der Flugabwehrschule in Rendsburg. Im Vordergrund (2.v.l.) Oberst Friedrich-Franz Rittner.

Doch es fällt auf, dass dieser Dank – anders als für de Maizières – recht knapp ausfällt, was darauf schließen lässt, dass ihre Beziehung auf beiden Seiten nur beruflicher Natur war. Allerdings war Baudissin bereits 1967 in den Ruhestand getreten, d.h. bevor Schmidt 1969 auf die Hardthöhe wechselte. In der Festschrift zum 70. Geburtstag von Helmut Schmidt schrieb Baudissin 1989 einen Beitrag mit der Überschrift „Abschreckung mit Kernwaffen?“

Von 1961 bis 1965 nahm Schmidt das Amt des Innensenators der

Schmidt sagte Röttiger: „Ich kenne den Mann aus Hamburg. Er ist ungestüm, unausgegoren, hochbegabt. Er nimmt den Mund zu voll. Aber er riskiert auch viel. Von seiner Art haben wir nur wenige in Deutschland. Ich will, dass er bei uns übt. ... Viele Sozialdemokraten sind Puritaner der Macht. ... Daher kommt ihr Widerwille gegen die Armee. Nicht bei Helmut Schmidt. Er liebt die Macht. Er weiß, dass die Armee im internationalen Geschäft unentbehrlich ist. Er hat kein Vorurteil gegen uns. Ihn ärgert höchstens, dass die Bundeswehr von den Christdemokraten und nicht von den Sozialdemokraten gegründet wurde.“⁴²

Die Rechnung Röttigers ging auf. Im Herbst 1958 leistete Schmidt – zusammen mit dem späteren Wehrbeauftragten und Staatssekretär Willy Berkhan (1915-1994) – als Oberleutnant der Luftwaffe eine vierwöchige Wehrübung an der Flugabwehrschule in der „Rüdel-Kaserne“⁴³ in Rendsburg

35 Als General Speidel Ende März 1964 in den Ruhestand trat, war Helmut Schmidt Innensenator in Hamburg

36 So befindet sich aus dem Jahre 1962 ein Brief von Schmidt in Speidels Nachlass (Aussage von BrigGen a.D. Speidel)

37 Schmidts Frage: „Ist nach Ansicht des Bundesverteidigungsministers der Besuch eines Befehlshabers im Hamburger Rathaus mit derartigen Gefahren für Leib und Leben verbunden, dass er einen militärischen Schutz benötigt?“

38 Gemeinsam mit den SPD-Politikern Carlo Schmid und Fritz Erler. Minister Blank, der rheinische Katholik, stand dem „ostelbischen protestantischen Junker“ Graf von Baudissin eher distanziert gegenüber, obgleich Baudissin kein solcher war. 1968 trat Baudissin der SPD bei. Von 1971 bis 1984 war er Gründungsdirektor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

39 Schmidt, Helmut, Weggefährten, S. 416.

40 Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 475.

41 Schmückle, Gerd, a.a.O., S. 12

42 Schmückle, Gerd, a.a.O., S. 138 f.

43 Sie war damals der Luftwaffe truppendienstlich unterstellt; im Jahre 2000 in „Feldwebel-Schmid-Kaserne“ umben-

unter dem Luftwaffen-Oberst Friedrich-Franz Rittner. Schmidt wollte damit beweisen, dass er sich nicht nur verbal zur Bundeswehr bekenne. Generalleutnant Röttiger, der Inspekteur des Heeres, besuchte die Schule am 23. Oktober 1958 und sprach dabei auch mit Schmidt. Am Ende der Wehrübung wurde dieser zum Hauptmann der Reserve befördert. Es blieb zwar die einzige Wehrübung⁴⁴, doch Schmidt pflegte einen engen Kontakt zur Bundeswehr, so z.B. zum Kommandeur der Führungsakademie de Maizière. Als Abgeordneter besuchte er am 14. Oktober 1963 das Panzerbataillon 24, in der Roselies-Kaserne Braunschweig. Nach einem Gespräch mit dem Kommandeur, Oberstleutnant Siegfried Krüger (1914-1980) machte Schmidt einen Rundgang durch die Kaserne, sprach mit Vertrauensleuten und nahm an einem Unterricht über Schießausbildung teil⁴⁵.

Bereits 1964 sah Schmidt das Kardinalproblem der Armee für „fast alle Fragen des inneren Zustandes der Bundeswehr“ in dem „katastrophalen Mangel an voll ausgebildeten Führern und Unterführern.“⁴⁶ Am 13. September 1965 – vier Jahre vor der sozialliberalen Koalition – legte er ein Arbeitspapier mit dem Titel „Erste Maßnahmen des Verteidigungsministers einer sozialdemokratischen Bundesregierung“⁴⁷ vor, das drei Reformenansätze nannte:

- Organisation an der Spitze,
- das innere Gefüge,
- die Auswahl und Beschaffung von Waffensystemen.

nannt; der Name des Generalobersten wurde 2004 rehabilitiert, indem ein Saal im Offizierheim nach ihm benannt wurde.

44 Andere Quellen sprechen von zwei Wehrübungen, wobei er am Ende der zweiten zum Major der Reserve befördert worden sein soll. Schmidt selbst verneinte dies in einem Schreiben an den Verfasser vom 15.08.2008

45 Aktennotiz Kdr PzBtl 24 vom 18.10.1963. Die Soldaten hatten beklagt, dass sie in ihrer Kaserne nur nach Ortsklasse „B“ bezahlt würden. Auf Betreiben Schmidts wurde die Ortsklasse aller Braunschweiger Kasernen auf „S“ angehoben.

46 Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts, S. 267.

47 Auf der Basis der Entschließung „Zur Lage der Bundeswehr“ des Parteitag in Karlsruhe im November 1964.

In diesem Zusammenhang forderte Schmidt am 5 August 1966 den Rücktritt von Hassels als Verteidigungsminister, da er die zunehmende Zahl von Abstürzen des Flugzeugmusters Starfighter F-104 nicht in den Griff bekäme.⁴⁸

Doch nicht wenige in seiner Partei kritisierten Schmidts vermeintliche Nähe zum Militär. Später einmal sagte er: „... in der Mehrzahl neigen die Sozis im Grunde ihres Herzens zum Pazifismus.“⁴⁹



Bild 5: Der Hamburger Innensenator Helmut Schmidt zeichnet 1962 Pioniere mit dem Sturmflutorden aus.

Überdies war Schmidt der erste Politiker der SPD, der auch den Veteranen der Waffen-SS das Recht auf Pension zubilligte.

Niemand kann sagen, welche Folgen die Flutkatastrophe in der Nacht vom 16. auf 17. Februar 1962 für die Bevölkerung Hamburgs gebracht hätte, hätte ihr Innensenator nicht seine militärischen Führungserfahrungen und -qualitäten sowie seine engen Verbindungen zu Bundeswehr und NATO genutzt. Der Erste Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust (*

1955), drückte es am 16. Dezember 2003 anlässlich der Namensgebung der Bundeswehr-Universität Hamburg wie folgt aus: „... als *Hamburger Innensenator, als ihre Nähe zur Bundeswehr der Stadt viel Rettung und Glück gebracht hat ...*“

Neben Feuerwehr, Rotem Kreuz und THW griff Schmidt direkt auf Bundeswehrkräfte, vor allem Pioniere und Heeresflieger, zurück. Die Feldjäger hatte er kurzerhand dem Polizeipräsidenten

unterstellt. Unter den insgesamt etwa 25.000 Helfern waren 8.000 Soldaten aller drei Teilstreitkräfte der Bundeswehr mit 85 Hubschraubern sowie weitere 300 amerikanischen, 200 britische und 50 belgische Soldaten mit weiteren 50 Hubschraubern.⁵⁰ In militäri-

48 Steinhoff löste Generalleutnant Panitzki ab und blieb bis 1971 – auch unter Schmidt – Inspekteur der Luftwaffe. General Rall schreibt, dass Steinhoff „die Früchte des energischen, zielstrebigsten Einsatzes von Dieter Hrabak erntete.“ (Mein Flugbuch, S. 290).

49 Schmidt, Helmut, Rede bei der Namensgebung der Helmut-Schmidt-Universität am 16.12.2003

50 Die Hubschrauber flogen mehr als 500 Einsätze, um 1.117 Personen zu evakuieren und 268 t Hilfsgüter zu verteilen. Ferner hatte sich Schmidt unterstellt: 400 Mann vom BGS und 2.000 vom THW, 1.700 Feuerwehrleute, 1.000 DRK-Helfer, 640 Helfer anderer karitativer Organisationen, 2.000 Mann vom Bundesluftschutzverband, 400 Bereitschaftspolizisten aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie die gesamte Hamburger Polizei mit rund 5.000 Beamten. Der Blutzoll der Bundeswehr war beträchtlich; von den 12 Helfern, die im Einsatz starben, waren 9 Soldaten: Leutnant Ulrich Czwilina (mot. TrspKp 634), Uffz Gerhard Gowitzke (PiBtl 3), die Gefreiten Udo Bartling (PzGrenBtl

schen Begriffen ausgedrückt führte Schmidt damals Kräfte in der Größenordnung zweier Divisionen. Die lebensälteren Offiziere, Konteradmiral Bernhard Rogge (1899-1982; Eichenlaub), der Befehlshaber im Wehrbereich I und Generalmajor Bern von Baer (1911-1981; Eichenlaub), der Stellvertretende Kommandierende General des I. Korps in Münster, zählten zu Schmidts wichtigsten militärischen „Untergebenen“ und ordneten sich ihm im Wissen um die Notwendigkeit unter.

Der schwäbische General Gerd Schmückle (* 1917) beschreibt Schmidt als einen „rhetorischen Bogenschützen ersten Ranges, kalt bis ans Herz.“: „Wenn Schmidt sprach, klang es, als schlage jemand auf Metall. Preußischer Klang? Nicht allein. Hinzu kam Schnodderigkeit. Auch rüde Ausfälle. Dann wieder leise Töne. Schulmeisterliches dazwischen. Dann wieder großartige Augenblicke mitreißender Polemik, ... ganz dem freigegebenen Temperament überantwortet.“⁵¹

Das scharfe Urteil berücksichtigt allerdings nicht die hanseatische Eigenart, Gefühle in der Öffentlichkeit auszublenden. Überdies stand es sicherlich auch unter dem Eindruck der großen „Atomtod-Debatte“ im Bundestag im März 1958⁵², als der noch nicht einmal vierzigjährige Schmidt „mit einem gewaltigen Schuss Demagogie“, so Marion Gräfin Dönhoff, die Sicherheitspolitik Adenauers („trottelhafter Greis“) attackierte. Doch bei Schmückle klingt auch Bewunderung durch: „Er (= Schmidt) hatte die eiskalte und doch betörende Härte eines Talleyrand. Zu Amerikanern wie McNamara hatte er rechtzeitig Verbindungen hergestellt. ... Mit enormem Fleiß hatte er sich zum Militärex-

perten hinaufgearbeitet, hinaufgeredet, hinaufgeschrieben.“⁵³

Als im Herbst 1969 SPD und FDP eine sozialliberale Regierung unter Kanzler Brandt bildeten, bot sich Schmidt – wie kein anderer vor und nach ihm – für das Amt des Verteidigungsministers an. Er hatte sich als Offizier im Krieg bewährt, ihn an der Front erlebt und erlitten, war Reserveoffizier der Bundeswehr und hatte mehrerer Bücher über Sicher-

Doch dieses Vertrauen fehlte auf beiden Seiten. Erst mit der Kanzlerschaft Brandts stieg die Sympathie der Soldaten für die SPD. Mit Recht bezeichnet sich Schmidt als „auf das Amt recht gut vorbereitet“⁵⁴, und er war auch Wunschkandidat der Soldaten. Mit einem großen Vertrauensvorschuss – „wie ein Messias“, so Hauptmann Heiko Möhring⁵⁵ aus der 7. Panzerdivision – übernahm Schmidt am 22. Oktober 1969 als erster Sozialdemokrat die Befehls- und Kommando-



Bild 6: Kommandowechsel auf der Hardthöhe von Gerhard Schröder (CDU) zu Helmut Schmidt (SPD); r.v. Schmidt der Kommandeur des angetretenen Wachbataillons Oberstleutnant Carl-Ludwig Blumenthal.

heitspolitik geschrieben. Im Offizierkorps der Bundeswehr gab es bis Mitte der 60er Jahre eine tendenzielle Neigung zugunsten konservativer Parteien. Durch ihre „Ohne-mich-Haltung“ trug die SPD daran eine gewisse Mitschuld. Dies wurde zwar primär damit begründet, dass die führenden Kreise der SPD glaubten, eine Wiederbewaffnung stehe einer Wiedervereinigung Deutschlands im Wege. Aber von vielen Soldaten wurde sie als Ablehnung des Soldatentums generell verstanden. Zwar stand bereits im Godesberger Programm der SPD von 1959: „Zwischen Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes muss ein Verhältnis des Vertrauens bestehen. Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger.“

gewalt über die Bundeswehr im Frieden. Dabei hatte er „durchaus gezögert, dem Ruf Willy Brandts und dem Drängen Herbert Wehners zu folgen und das Verteidigungsressort zu akzeptieren.“⁵⁶ Er betrachtete es nicht zu Unrecht als „Himmelfahrtskommando.“ Und so hatte Kanzler Brandt Mühe, ihn zur Annahme des Amtes zu überreden, denn Schmidt wäre lieber Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag geblieben.⁵⁷ Seine Frau Loki schenkte ihm nach seiner Entscheidung eine „noch nicht geöffnete Esskastanie – mit Stacheln an der Außenhaut – und sagte: ‚Mit der

73), Manfred Bahstan (ROA; PiKp 330), Klaus Hinz (PiKp 70), Jost-Andreas Sommermeyer (FmBtl 1) und Adalbert Fischer (PzBtl 174) sowie Pionier Wilhelm Hermanns (PiKp 70) und Schütze Klaus-Dieter Schmidt (mot. TrspKp 634).

51 Schmückle, Gerd, Ohne Pauken und Trompeten, S. 153.

52 Helmut Schmidt gehörte dem Bundestag zum ersten Mal von 1953 bis 1961 an.

53 Schmückle, Gerd, a.a.O., S. 260.

54 Schmidt, Helmut, Die Deutschen und ihre Nachbarn, S. 128.

55 SPIEGEL 15/1971 vom 05.04.1971, S. 26.

56 Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 126.

57 Schmidt, Helmut, Handeln für Deutschland, S. 167.

*Bundeswehr wird es dir wohl ähnlich gehen wie mit dieser Kastanie – das Innere wird sich als durchaus genießbar erweisen.‘ Damit hat sie recht behalten: Schon nach wenigen Monaten hatte ich mich mit unseren Streitkräften identifiziert. Und ich war sogar stolz darauf, ein halbes Jahrhundert nach der kurzen, unglücklichen Wehrministerzeit Gustav Noskes der erste sozialdemokratische Befehlshaber einer deutschen Armee zu sein.*⁵⁸

Fregattenkapitän Ulrich Borgemeister (1932-1985; später Kapitän z.S.) wurde auf den Dienstposten des militärischen Adjutanten Schmidts berufen.⁵⁹ Ein anderer Offizier in der Adjutantur war Oberstleutnant i.G. Harald Kujat, der spätere Generalinspekteur. Es war keine leichte Zeit für die Bundeswehr. Die Schere zwischen Mittel und Auftrag hatte sich weiter geöffnet und die Diskussion über den inneren Zustand der Streitkräfte angeheizt. Öffentlich wurden Thesen und Gegenthesen zum „Selbstverständnis der Bundeswehr“ formuliert: „Schneez-Studie“, „Leutnante 70“ und „Hauptleute von Unna“. Beim Nachwuchs der Offiziere und Unteroffiziere gab es große Lücken. Mit Schwung führte Schmidt ab November 1969 eine „Kritische Bestandsaufnahme“ der Bundeswehr durch, band auch Kanzler Brandt bisweilen ein⁶⁰ und schloss sie binnen eines halben Jahres ab. Es gab eine Vielzahl von Klausuren und Tagungen mit Kommandeuren, Kompaniechefs, Unteroffizieren, Zivilbediensteten und Vertrauensleuten⁶¹. Schmidt suchte den Dialog mit der Truppe, doch seine zahlreichen Truppenbesuche als Minister aufzulisten,

58 Schmidt, Helmut, Die Deutschen und ihre Nachbarn, S. 128.

59 Borgemeister besuchte von 1967-69 die „Ecole Supérieure de Guerre Navale“ in Paris. 1976 holte ihn Helmut Schmidt ins Kanzleramt, wo er bis 1978 die Gruppe 23 leitete.

60 Der Kanzler nahm am 16.01.1970 an einer Arbeitstagung mit 200 Unteroffizieren in Hamburg-Wandsbek teil.

61 Die Tagung mit den Vertrauensleuten der Mannschaften fand im November 1970 in der Koblenzer Pionierkaserne (schweres Pionierbataillon 717) statt. In Kiel sprach Schmidt mit 200 Kommandeuren aller drei Teilstreitkräfte unter Leitung des Befehlshabers im Wehrbereich I, Konteradmiral Friedrich Kemnade (1911-2008; Eichenlaub).

würde den Rahmen sprengen.⁶² Eine Wehrstrukturkommission erarbeitete Vorschläge für eine größere Wehrgerechtigkeit.

„Als Verteidigungsminister brachte er zuerst eine nervöse Unruhe in die Truppe. Dann aber gelang es ihm, bleibendes Erbe, Hoch-

nen zu unterstützen. Dabei trifft er keine einsamen Entscheidungen; oft geht er bis auf Referentenebene hinunter, um sich sachkundig zu machen, und hat er einmal die Fakten zusammen, geht es blitzschnell: Go – or No Go. Sein enormes Arbeitspensum bewältigt er vorzugs-



Bild 7: Verteidigungsminister Helmut Schmidt im Kreis von Portepée-Unteroffizieren der PzGrenBtl 193 in Handorf im Jahr 1970 (v.l.n.r. vorn: Buhla, Valley, Schmidt, Barcikowski; hinten: Bertmer, Eubel, Teßbarek).

schulen für Offiziere zu gründen und dem Beruf ein neues Niveau zu geben.⁶³

Luftwaffeninspekteur Günther Rall beschreibt Schmidts Arbeitsstil: „... in dem ich Helmut Schmidt als Vorgesetzten kennenlerne, der Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen mit der Fähigkeit verbindet, seinen Mitarbeitern an den richtigen Stellen freie Hand zu lassen und sie in schwierigen Situatio-

weise in der Nacht, frischgehalten durch eine strenge Diät aus Mentholzigaretten und Coca-Cola. ..., aber das Ministerium wird unter seiner Führung zu einer effizienten Institution“⁶⁴

Keine 18 Monate nach Erscheinen des Weißbuches 1970 waren 110 der insgesamt 124 Maßnahmen umgesetzt oder eingeleitet worden. 1971 sprach er auf der 16. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn. Aufgrund des Berichts der Wehrstrukturkommission wurde der Grundwehrdienst 1972 von 18 auf 15 Monate herabgesetzt. Schmidt verbreiterte die Führungsspitze des Ministeriums: neben dem Minister gehörten die beiden beamteten Staatssekretäre und der Parlamentarische Staatssekretär dazu („Kleeblatt“). Einmal pro Woche trat der Generalinspekteur hinzu, und dann wurde das Gremium „Kollegium“ genannt. Schmidt ordnete auch

62 so z. B. im April 1970 zusammen mit Bundespräsident Heinemann beim PzGrenBtl 193 unter Oberstleutnant Waldemar Thater (1925-1994) in Handorf, im selben Jahr in der Schweppermann-Kaserne in Gärnersdorf beim PzBtl 123 unter Oberstleutnant Wolfgang Schack (* 1926) und beim leichten Kampfgeschwader 44 in Leipzig unter Oberst Herbert Spohr, sowie am 5. März 1971 beim PzArtBtl 165 in Schleswig und am 21.05.1971 im hessischen Schöneck beim FlaRakBtl 23 unter Oberstleutnant Bernhard Koffmann.

63 Schmückle, Gerd Ohne Pauken und Trompeten S. 331.

64 Rall, Günther, Mein Flugbuch, S. 310.

die militärische Führungsspitze neu, Zwar wertete er die Ämter von Generalinspekteur und der Inspektore der Teilstreitkräfte etwas auf⁶⁵; letztere wurden aber ausdrücklich nicht dem Generalinspekteur unterstellt. Schmidt wollte damit die Möglichkeit ausschließen, „dass jemals (wieder) ein Soldat eine ähnlich umfassende Kommandobefugnis erhielt.“ In der Vertretungsfrage des Ministers hatte Schmidt schon Jahre zuvor festgestellt: „... dass die Weisungsbefugnis der Befehls- und Kommandogewalt eine Gewalt sui generis sein soll und dass ihre De-facto-Übertragung auf den beamteten Staatssekretär verfassungswidrig ist.“⁶⁶

Die wohl einschneidendste Zäsur war die Empfehlung der Bildungskommission unter Professor Thomas Ellwein (1927-1998), eine umfassende Reform der Ausbildung, sowie ein Studium für Offiziere einzuführen.

„Thomas Ellwein und ich, wir sind damals starkem Widerspruch begegnet“, erinnerte Schmidt am 29. Januar 2009 an die Gründungsphase. Beim Militär seien sie auf starken Widerspruch gestoßen, befürchtete es doch eine Verwissenschaftlichung des Soldatenberufes. Wissenschaftler hingegen sorgten sich vor einer Militarisierung von Forschung und Lehre. Schmidt setzte sich durch. In Hamburg und München entstanden die beiden Bundeswehr-Hochschulen (seit 1979 Universitäten), die 1973 ihren Lehrbetrieb aufnahmen. Schmidts Handeln galt jedoch nicht nur dem Innenleben der Bundeswehr. Mit gleicher Intensität widmete er sich Deutschlands Rolle im Bündnis und der NATO-Strategie. Es kam ihm hierbei zugute, dass er auch jenseits des Atlantiks als Fachmann in nuklearstrategischen Fragen anerkannt war. 1961 war sein Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ erschienen, der erste deutsche Beitrag zur Nuklearstrategie. Im Jahre 1969 folgte „Strategie des Gleichgewichts“. Frü-

⁶⁵ sog. „Blankeneser Erlass“ vom 21.03.1970. Die Inspektore wurden sowohl truppendienstlich wie auch disziplinar die höchsten Vorgesetzten ihrer Teilstreitkraft.

⁶⁶ Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts, S. 259.

her als andere erkannte Schmidt das Glaubwürdigkeitsdefizit der Strategie der massiven Vergeltung. „Ich hielt es für ganz unrealistisch, dass im Verteidigungsfall unsere Soldaten weiterkämpfen würden, wenn erst einmal nukleare Waffen auf deutschem Gebiet explodiert wären.“⁶⁷



Minister Schmidt begleitete Bundespräsident Heinemann bei einem Truppenbesuch des PzGrenBtl 193 in Handorf im April 1970 (von rechts: Minister Helmut Schmidt, VerbOffz KzS Gruner, Bundespräsident Gustav Heinemann, BtlKdr OTL Thater)

Und so setzte er sich für die Einordnung der Nuklearwaffen als politische Waffe ein und lehnte sie – im Gegensatz zu Adenauer – als verbesserte Gefechtsfeldwaffe ab. Diese Haltung blieb jedoch Makulatur, solange sie nicht in der Einsatzplanung umgesetzt wurde. Anfangs war der Widerstand dagegen groß. Doch Schmidt setzte sich letztlich im NATO-Rat durch. General Wolfgang Altenburg, einer der engsten militärischen Berater Schmidts als Minister und Kanzler, stellte dazu fest: „Helmut Schmidt hat ... uns allen gezeigt, wie man in der Allianz kämpfen kann.“⁶⁸

Altenburg hat diese Schmidtsche Linie schon als Oberst in der Nuklearen Planungsgruppe und später als Leiter der Abteilung Militärpolitik (Fü S III) und Generalinspekteur flankierend unterstützt. Auch die Zusammenarbeit zwischen Schmidt und US-General Andrew Goodpaster (1915-2005), der von 1969 bis 1974 das Amt des NATO-Oberbefehlshabers in Europa (SACEUR) ausübte, war gut. In der Vorrede seines Bu-

ches „Menschen und Mächte“ dankt Schmidt pauschal u. a. auch Soldaten, die „Einfluss auf mein Urteil und mein Handeln gehabt“ hätten; Namen nennt er im Buch nicht, doch wird die Bundeswehr wiederholt erwähnt. In seinem Buch „Weggefährten“ hingegen spielen Soldaten und Bundeswehr

keine Rolle. Doch bei einem so breit angelegten, langen Leben mit vielseitigen, auch künstlerischen Interessen ist dies nicht verwunderlich. Wohlwollend nennt Schmidt de Maizière einen „herausragenden Generalinspekteur“; er sei „das Gegenteil eines draufgängerischen Haudegens oder eines tollkühnen Jagdfliegers“.⁶⁹ „Anders als die meisten Generale war er tief in die Probleme des Spannungsverhältnisses zwischen soldatischem Denken, das sich an Befehl und Gehorsam orientiert, und dem verfassungs- und rechtsstaatlichen Denken des aufgeklärten Staatsbürgers eingedrungen.“⁷⁰

Schmidt habe bei diesem und Admiral Zimmermann die „fachliche Urteilskraft, ihre Courage zum Widerspruch und ihre Verschwiegenheit“ geschätzt⁷¹ und bedauert, dass er Zimmermann, der im Amt verstarb, nur kurz erlebt habe.⁷² Lobend erwähnt er seinen „Leibarzt“, Oberstarzt Dr. Wolfgang Völpel,⁷³ den dama-

⁶⁹ Schmidt, Helmut, Weggefährten, S. 477.

⁷⁰ Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 475.

⁷¹ Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 433.

⁷² Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 465.

⁷³ Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 290 u. 467. Völpel war unter den Gästen der Feier

ligen Chef des Bundeswehr-Zentralkrankenhauses in Koblenz. Schmidts Vertrauen in dessen herausragende ärztliche Fähigkeiten übertrug sich auf das Ansehen des Sanitätsdienstes der Bundeswehr.

„Bonns Generale stehen rechts“ schrieb der „Spiegel“ 1969. Doch der neue Mann auf der Hardthöhe hatte nichts gegen CDU-Generale, und so blieben vorzeitige Pensionierungen aus Gründen der Parteiräson weitgehend aus.

„Mich interessiert nur, ob einer tüchtig ist oder nicht.“ soll Schmidt verkündet haben; so wurde z.B. Ministerialdirektor Hans-Georg Wieck (* 1928) als CDU-Mitglied Leiter des Planungsstabes, und den Wettlauf um die Kommandeurstelle der Stabsakademie in Hamburg gewann Oberst Dr. Günter Will (1916-1999), der auf der Hamburger CDU-Liste für den Bundestag kandidiert hatte. Einen General (= Hellmut Grashey) schickte Schmidt jedoch gleich zu Beginn seiner Amtszeit in den Ruhestand; er hatte „das Konzept des Staatsbürgers in Uniform zur Maske erklärt, die man abwerfen müsse.“⁷⁴ Schmidts Urteil über die nach ihrem Bekanntwerden umstrittene Denkschrift von Heeresinspekteur Albert Schnez (1911-2007) ist ausgewogen. Zwar wäre sie weder für die Armee, noch innen- oder außenpolitisch vertretbar und daher „unklug“, zugleich aber bescheinigte er ihr, dass sie auch vieles Richtige enthielte, „das in den Zeitungen leider kaum abgedruckt oder zitiert wird.“⁷⁵ Die Heeresgeneralität hatte an der Studie mitgearbeitet, und Staatssekretär Karl Günther von Hase (* 1917) hatte sie – noch unter Minister Schröder – als „klaren, einheitlichen und guten Beitrag“ qualifiziert. Eine Kette von Generalsentlassungen, die daraufhin vor allem von SPD-Politikern gefordert wurde, hatte Schmidt abgelehnt. Nur der Aufstieg solcher Militärs, die im Ruf standen, besonders reaktionär zu sein, verlangsamte sich. „Keiner von den Schreibern bekommt eine Diversion“, so Schmidt. Betroffen waren die Heeres-Brigadegenerale Heinz

Karst (1914-2002) und Dr. Wolfgang Schall (1916-1997), die – unbeschadet ihrer anerkannten Befähigung – beide nicht den zweiten Stern erhielten. Schnez hingegen blieb bis zur Pensionierung 1971 im Amt. Schmidt hatte der Generalität deutliche Kritik zwar nicht erspart, diese aber nicht öffentlich gemacht: „Die Leute sind gegenüber öffentlicher Kritik erschreckend verletzlich.“⁷⁶ Horst Hildebrandt (1919-1989) hingegen hatte Glück – 1979 stieg er unter Kanzler Schmidt noch zum Inspekteur des Heeres auf.

Waren in der Vergangenheit militärische Formen in die Zivilgesellschaft übertragen, worden, so schlugen nun Reformen wie die des „Anrede-“⁷⁷ und des „Haarnetz“-Erlasses ins Gegenteil um. Schmidt hatte 1971 entschieden, die Haartracht der Soldaten der Mode entsprechend freizugeben. Dies brachte Unruhe in die Truppe. Bei einer Arbeitstagung im November 1970 erklärte Schmidt, dass es sowohl sehr gute Soldaten mit Bart und langen Haaren gäbe, wie diese Indizien wiederum kein Beweis für deren militärischen Qualitäten seien. Dass dem schneidigen ehemaligen Offizier Schmidt jene ungepflegten Landsknechtsfiguren gefallen haben, darf bezweifelt werden. Bundespräsident Heinemann jedenfalls beklagte sich einmal über eine „Ehrenwache“ langhaariger Soldaten. Die Inkonsequenz des Erlasses wird auch daran sichtbar, dass das Wachbataillon keine langhaarigen Soldaten duldet. Der Haar-Erlass war eine jener Entscheidungen, die Vertrauen beschädigte und die Armee lächerlich machte (Spitzname „Hair-Force“). Die Entscheidung wird allerdings erklärbar durch Schmidts Ausspruch: „In der Politik hat keine Emotion und keine Leidenschaft Platz außer der Leidenschaft zur Vernunft.“⁷⁸

Nur drei Jahre – unterdurchschnittlich lang – war Schmidt Ressortchef auf der Hardthöhe. Doch in

76 ebd.

77 Der I. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts hatte am 23.03.1970 entschieden, dass die seit 1955 bestehende Grußordnung rechtswidrig wäre, weil sie gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstieße.

78 zitiert in: Zeitpunkte, Heft 1/2004, S. 3.

diesen kurzen Jahren wurden Weichen gestellt, die bis heute den Kurs der Armee bestimmen. Zu nennen ist an erster Stelle die Neugestaltung der Ausbildung zum Offizier und die Gründung der beiden Hochschulen der Bundeswehr. In der NATO setzte er ein größeres Mitspracherecht der Europäer bei der nuklearen Einsatzplanung durch. Am 10. Juli 1972 – nach dem Rücktritt von Minister Prof. Karl Schiller – verließ Schmidt die Hardthöhe und übernahm das Doppel-Ministerium für Wirtschaft und Finanzen. In dieser Funktion traten seine Bindungen zur Bundeswehr in den Hintergrund.

Teil II folgt in AUFTRAG 276/Dezember 2009

Bildnachweis:

- BPA (1, 5, 6), Privatarchiv Helmut Schmidt (2, 3), HFlaSchule Rendsburg (4), Traditionsverein PzGrenBtl 193/ Frau Thater (7)

Literaturverzeichnis

- folgt mit Teil 2 in AUFTRAG 276/ Dezember 2009)

Besonderer Dank gilt Herrn Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt; Herrn Reinhold Thiel, Bremen; Herrn OStFw Heidelberg Panzertruppenschule Munster: sowie dem Traditionsverband PzGrenBtl 193/ HUS I (Oberst aD Jürgen Arndt und Frau Thater)

Verfasser:

Dieter Kilian, Oberst a.D.; Militärattaché 1880-84 in Pakistan und 1991-94 in Saudi-Arabien; zahlreiche Veröffentlichungen im AUFTRAG, u.a. in: AUFTRAG Nr. 251/Juli 2003 (Sonderdruck) „Islam und Westliche Welt; AUFTRAG Nr. 259/August 2005 bis 268/Dezember 2007 „Die Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ sowie ab Nr. 269/März 2008 „Die Bundeskanzler und die Bundeswehr“ (Adenauer Nr. 269 bis 271, Erhard Nr. 272, Kiesinger 273 und Brandt 274).



zum 65. Geburtstag Schmidts im Hamburger „Haus im Park“ am 23.12.1983.
74 Schmidt, Helmut, a.a.O., S. 475.
75 ebd.

Vor 200 Jahren

Abraham Lincoln, der 16. Präsident der Vereinigten Staaten

VON BERTRAM BASTIAN

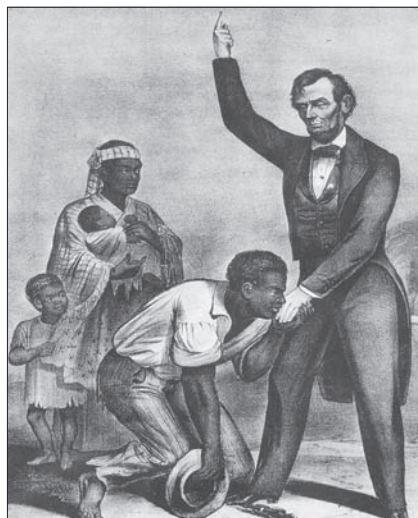
Am 12. Februar 1809 wurde auf einer Farm nahe der kleinen Stadt Hodgenville Abraham Lincoln als zweites Kind der Familie geboren. Die Lincolns waren „Frontiers“, das bedeutet, sie lebten an der Grenze der Zivilisation (andersherum: Nahe den Indianern). In dieser sehr ländlichen Gegend konnte er kaum eine Schule besuchen und später sagte er selbst, er habe nur ein Jahr regulären Schulunterricht genossen, den Rest habe er sich selbst beigebracht.

Abraham Lincoln ist der Präsident, der die jungen Staaten durch das große Trauma der amerikanischen Geschichte geführt hat, den amerikanischen Bürgerkrieg. Ist er deshalb dermaßen beliebt oder ist es die Tatsache, dass er der erste von mehreren amerikanischen Präsidenten war, der einem Attentat zum Opfer fiel? Oder die Befreiung der Sklaven?

In seiner Jugend führte er das harte Leben der Pioniere, immer an der Grenze der amerikanischen Zivilisation, zuerst in Kentucky, dann in Illinois. Nach mehreren Tätigkeiten, u.a. als Kaufmannsgehilfe, war er von 1834 bis 1842 Abgeordneter im Repräsentantenhaus des Staates Illinois. Seine aufrechte Art bescherte ihm den Spitznamen „Honest Abe“ (ehrlicher Abraham), der ihm sein Leben lang blieb. Trotz seiner Tätigkeit als Abgeordneter, der sich vor allem für den Ausbau des Schulwesens und für die Abschaffung der Sklaverei einsetzte, fand er Zeit, sich als Rechtsanwalt auszubilden. 1842 heiratete er Mary Todd, die aus einer angesehenen und wohlhabenden Pflanzerfamilie stammte, schied aus der Politik aus und widmete sich seiner Anwaltstätigkeit. 1846 wurde er als Abgeordneter in das Repräsentantenhaus in Washington gewählt und trat dort gegen die Kriegspolitik gegen Mexiko in Erscheinung. Zu dieser Zeit hatte er zwar zaghafte Resolutionen gegen die Sklaverei verfasst, war aber kein

strikter Gegner. Er akzeptierte die Mason-Dixie Line, die besagte, dass alle Staaten südlich dieser Linie die Sklaverei behalten könnten.

Der Streit zwischen den Sklavenshaltern und den Sklavengegnern wurde immer heftiger. 1859 unternahm Lincoln, schon als Präsidentschaftskandidat seiner neuen republikanischen Partei, Vortragsreisen durch die Staaten, um sich vorzustellen. Mit seiner rhetorischen Begabung für ein-



fache, einprägsame Sätze gewann er die Vorwahlkämpfe seiner Partei und wurde demzufolge am 6. November 1860 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Seinen Amtseid sollte er im März 1861 ablegen.

Bis dahin aber waren die Südstaaten aus der Union ausgetreten und hatten am 8. Februar die „Konföderierten Staaten von Amerika“ ausgerufen. Bei seiner Amtseinführung schlug Abraham Lincoln eine Brücke für die Südstaaten und sagte, dass die Regierung auf keinen Fall Waffen einsetzen würde. Dem kamen die Südstaaten mit der Beschießung des bundeseigenen Fort Sumter zuvor und eröffneten so die Kriegshandlungen. Lincoln erwies sich in dieser Auseinandersetzung zuerst als ein Zauderer, danach als Lenker und Kriegsherr, der auf seine

General hörte, aber nie die politische Kontrolle verlor. So wurde er auch im Laufe des Krieges zwischen dem industrialisierten Norden und dem landwirtschaftlich geprägten Süden zum eindeutigen Sklavengegner. Durch die Forderung der sofortigen Freilassung aller Sklaven erschloss er für den Norden diese Menschen und sorgte so für einen äußersten Kräfteinsatz der Nordstaaten. Dabei stand für ihn die Sklavenfrage nicht im Vordergrund. Sein Hauptziel war es, die Union der Vereinigten Staaten zu retten.

Mit den Generälen Ulysses Grant und William Sherman fand er dann auch die militärischen Führer, die nach den ersten Niederlagen in dieser Auseinandersetzung das Blatt wendeten.

Trotzdem hatte Lincoln im Walkampf 1864 in den Nordstaaten um seinen Sieg zu kämpfen. Durch mehrere militärische Erfolge begünstigt, wurde er im November 1864 als erster Präsident seit 1832 in seinem Amt bestätigt und für eine zweite Amtsperiode gewählt. Am 4. März 1865, dem Tag seiner Amtseinführung, stellte er die Leitlinien „Groll gegen niemanden“ und „Nächstenliebe gegen alle“ in den Mittelpunkt seiner Ansprache.

Durch die militärischen Erfolge der Nordstaaten kam der Bürgerkrieg zu einem absehbaren Ende, welches Abraham Lincoln nicht mehr erlebte. Bevor die Streitkräfte der Südstaaten am 26. April 1865 kapitulierten, wurde am Karfreitag, den 14. April 1865, Abraham Lincoln von dem Attentäter Booth so schwer verwundet, dass der Präsident tags darauf starb.

Das Bild von Lincoln bei der Bevölkerung ist zweiseitig. Während die weiße Bevölkerung in ihm den Helden sieht, der die Union bewahrt hat, sieht die afroamerikanische Bevölkerung in ihm in erster Linie den Mann, der die Sklaverei abgeschafft hat.

Ob dieser Präsident der Vereinigten Staaten durch seine Politik der Bewahrung oder durch die radikale Politik der Sklavenbefreiung oder durch die eher glanzlose Politik seiner Nachfolger diesen Kultstatus erreicht hat, kann auch die neueste Biographie von Jörg Nagler „Abraham Lincoln: Amerikas großer Präsident“ nicht zweifelsfrei beantworten.

Vor 590 Jahren

Erster Prager Fenstersturz: Beginn der Hussitenkriege

VON BERTRAM BASTIAN

Im Allgemeinen lernt man im Geschichtsunterricht, dass der Prager Fenstersturz 1618 den 30-jährigen Krieg ausgelöst habe. Dass es zuvor einen Fenstersturz gab, der zu den Hussitenkriegen führte, hört man weniger, wenn gleich die Hussitenkriege noch bekannt sind.

Im Jahr 1415 wurde der Reformator Jan Hus als Ketzer verbrannt. Er kritisierte den Reichtum der Kirche und lies einzig und allein die Bibel als Maßstab für Glaubensfragen gelten. Somit stellte er sich gegen Rom und wurde demzufolge als Ketzer gebrandmarkt. Trotz der Zusage freien Geleites wurde er auf dem Konzil in Konstanz zum Tode verurteilt.

Der böhmische König Wenzel versuchte im Anschluss daran, alle An-

hänger des Reformators aus öffentlichen Ämtern zu verdrängen. Diese Maßnahme sorgte für derartige Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, dass am 30. Juli 1419 einige Hussiten das Rathaus stürmten und mehrere Ratsherren aus dem Fenster warfen. König Wenzel starb keine drei Wochen später und sein Bruder Sigismund übernahm die Regentschaft. Da dieser aber Jan Hus freies Geleit zum Konzil nach Konstanz zugesagt hatte, es aber nicht eingehalten hatte, anerkannten ihn die Hussiten in keinsten Weise. Vielerorts wurden Gräueltaten begangen und die Staatsmacht reagierte mit Gewalt – die Hussitenkriege fingen an.

1420 wurden die Vier Prager Artikel verfasst, welche die Forderungen enthielten:

- die Freiheit für die Predigt
- die Freiheit für den Kelch
- die Freiheit von säkularer Kirchenherrschaft
- die Freiheit von ungerechter weltlicher Herrschaft

Vom Kriegsglück begünstigt, errangen die hussitischen Heere unter Jan Žižka und seinem Nachfolger Andreas Prokop viele Siege gegen die kaiserlich-katholischen Heere, die sie aber nicht politisch umsetzen konnten. Die Kämpfe zogen sich bis zum Jahr 1434 hin, am Ende blieb nur ein Kompromiss. Die erreichten religiösen Zugeständnisse wurden 1862 von Papst Pius II wieder zurückgenommen.

Warum wollte Benedikt XVI. ein Priesterjahr einberufen?

Dem Heiligen Vater liegen das Leben, die Spiritualität, die Heiligung und die Sendung der Priester besonders am Herzen. Das Priesterjahr wurde während der Audienz angekündigt, welche den Mitgliedern der Kongregation für den Klerus anlässlich ihrer Vollversammlung gewährt wurde. Diese Vollversammlung fand zum Thema „Die missionarische Identität des Priesters in der Kirche; eine der Ausübung der *tria munera* innewohnende Dimension“ statt. In unserer heutigen Zeit ist es dringend erforderlich, sowohl die Priester als auch das Gottesvolk immer wieder daran zu erinnern, wie schön, wie bedeutend und wie unersetzlich – im Hinblick auf die Erlösung der Welt – der Dienst des geweihten Priestertums in der Kirche ist.

Ein in der Vertiefung und Wiederentdeckung der eigentlichen Identität des katholischen Amtspriestertums gewidmetes Jahr, in dessen Verlauf man dem Gebet für die Priester und mit den Priestern mehr Zeit und Raum gibt, kann der gesamten Mission der Kirche nur gut tun, die gerade im geweihten Dienst eine ihrer wesentlichen Ausdrucksformen findet, zu der wir uns auch immer im sonntäglichen Credo bekennen: ihre apostolischer Charakter. Jeder Priester „wird aus den Menschen ausgewählt und für die Menschen zum Dienst vor Gott eingesetzt“ (vgl. Hebr. 5,1). Er stammt also selbst aus einer Familie, hat eine eigene Kindheit und eine Erfahrung vom jenem Zusammenleben gehabt, wie es innerhalb einer Familie üblich ist.

Jeder Priester hat tiefe Hochachtung vor der Familie, denn in ihr geht der Mensch seiner allgemeinen und natürlichen Berufung zum Gemeinschaftsleben nach und entspricht dieser, indem er bei der Weitergabe physischen Lebens zum Mitarbeiter Gottes wird. Gleichzeitig ist an ihn jedoch eine höhere, übernatürliche Berufung ergangen, jene zur vollkommenen Keuschheit um des Himmelreiches willen, um so auf die wirksamste Art und Weise Zeugnis vom Glauben an unseren Herrn Jesus Christus und von seinem Sieg abzulegen. Von den Familien wünschen wir, dass sie die Aufgabe der Vaterschaft, die der Herr durch die Kirche den Priestern erteilt, anerkennen und achten, da Letztere vor allem „Väter“ jener „Großfamilie“ sind, die wir Pfarrei nennen. Familien können den Priester begleiten, indem sie ihn respektieren, sich ihm gegenüber diskret verhalten, aufmerksam und entgegenkommend sind, sich bei der Erfüllung der verschiedenen Aufgaben in einer angemessenen, jedoch niemals übertriebenen Vertrautheit gelehrt verhalten, ihn im Gebet unterstützen und ihn spüren lassen, was er ist: ein Vater im Glauben! (ZENIT)

Die Personwürde des Menschen als Soldat in seinem Auftrag als glaubender Christ

VON KARL-JÜRGEN KLEIN¹

Bei den bisher durchgeführten Akademien Oberst Dr. Helmut Korn – 11 Akademien konnten im Bonifatiushaus in Fulda mit hoher Anerkennung der teilnehmenden Soldaten veranstaltet werden – ging es im Wesentlichen gemäß dem Grundsatzprogramm der GKS „Gemeinsam in die Zukunft! Ziele und Wege“ darum, in den Bereichen Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit sowie Innere Führung deutlich Position auf der Grundlage der Sozial- und Friedenslehre der Katholischen Kirche zu beziehen. Grundsätzlich will die GKS auf Politik, Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft Einfluss nehmen, die Öffentlichkeit über die ethischen Aspekte und den Friedensbezug des soldatischen Dienstes informieren und zur Bildung einer objektiven Meinung beitragen. Als höchste Bildungsveranstaltung der GKS will diese Akademie, die alle zwei Jahre stattfindet, ihren Mitgliedern und denen, die uns im Denken nahe stehen, ein breites Podium zur Auseinandersetzung anbieten, um sich hier persönlich weiter- und fortzubilden.

Nach intensiven Diskussionen in den unterschiedlichen Gremien haben wir uns dieses Mal dafür entschieden, für die Thematik der Korn-Akademie 2009 erstmals ein Glaubenthema auszuwählen gemäß dem Leitsatz 1 der GKS, wo es heißt: „im Glauben verwurzelt“, was für uns heißt, dass wir uns bemühen um ein Leben aus dem Glauben an Jesus Christus, uns zu seiner Kirche bekennen und dazu beitragen, Kirche unter Soldaten zu verwirklichen.

Während wir uns in den vergangenen Jahren im Schwerpunkt intensiv mit ethischen Fragen bezogen auf den Beruf des Soldaten aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beschäftigt haben und damit auch zu einer positiven Wissensbildung beitragen konnten, möchten wir in diesem Jahr den Teilnehmern die Gelegenheit geben, sich mit Fragen des persönlichen Glaubens auseinanderzusetzen. Dabei werden die unterschiedlichen Vorträge und Diskussionen diese Thematik aus ganz unterschiedlichen Aspekten beleuchten und bearbeiten. Diese Vorträge und die sich daran anschließenden Diskussionen sollen als Grundlage für weitergehende persönliche Gespräche in kleineren Arbeitsgruppen dienen, in denen der einzelne die Gelegenheit haben soll, seine persönlichen Erfahrungen sowohl in positiver wie in kritischer Sicht einbringen zu können. Persönliche Glaubenszweifel sind hierbei ebenso zugelassen wie die Erfahrungen zur Freude am Glauben mitteilen zu dürfen.

In den Vorträgen und persönlichen Beiträgen der Teilnehmer dieser Akademie werden folgerichtig immer wieder die Fragen aufgeworfen werden müssen, ob als Christ dieser persönliche Glaube irgendwie einen Einfluss auf unseren Dienst als Soldaten hat, wie sich dieser Glaube im täglichen Leben in der Kaserne oder gerade auch im Auslandseinsatz auswirkt, bis hin zu der Fragestellung, ob er (der feste Glaube an einen Schöpfergott) hilfreich erlebt werden kann oder im täglichen Dienst bisweilen auch als hinderlich erscheinen oder sogar Soldaten in ihrer Pflicht-

und Auftragserfüllung unfrei machen kann. In diesem Zusammenhang werden wir nicht umhin können, uns mit dem Begriff der Freiheit und der Selbstbestimmung des Menschen zu beschäftigen, zumal heute der Begriff der Freiheit in seiner Bedeutung ganz unterschiedlich besetzt ist und häufig missverstanden wird.

In unmittelbarem Zusammenhang mit Fragen nach dem Glauben steht auch die Frage: Kann Glaube ohne Vertrauen gelebt werden? Am Beispiel von Menschenführung und dem Umgang mit den Menschen für uns Soldaten gibt es ein sehr bekanntes Phänomen: Führung von Menschen ohne gegenseitiges Vertrauen ist nicht möglich, hier stimmen sicherlich alle, die mit Menschenführung zu tun haben, uneingeschränkt zu. Gilt das auch für Glaubensfragen? Glaube ist ein Akt des Vertrauens.

„Glaube“ ist ein Grundbegriff der Religion; „glauben“ ist dagegen ein Allerweltswort. Für deren Verhältnis zueinander ist in der Regel die Vorstellung leitend, „glauben“ heiße nichts oder nichts Sicheres zu wissen. Und wer das, was er nicht weiß, für wahr hält oder andere dazu auffordert, es für wahr zu halten, muss leicht um seinen persönlichen und intellektuellen Ruf fürchten.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich, wenn der einzelne sich bewusst macht, dass „glauben“ nach jüdisch-christlichem Verständnis bedeutet „vertrauen“. Dann zeigt sich folgerichtig nicht nur eine Verbindung zu Grundfragen der Entwicklungspsychologie, sondern ganz grundsätzlich zur menschlichen Orientierung in der Welt. Gerade deshalb lohnt es sich, diesen Fragen in Verbindung mit Glaubensfragen genauer nachzugehen, was Vertrauen eigentlich ist, wie es entsteht und welche Bedeutung aber auch welches Gefährdungspotenzial es für die menschliche Existenz besitzen kann.

In dieser Woche werden wir deshalb nicht nur die spezifisch religiöse Bedeutung von Glauben und Vertrauen sondern zugleich deren umfassende Bedeutung für das individuelle und soziale Menschsein reflektieren.

Gerade die Auslandseinsätze haben in der Vergangenheit bewiesen, dass religiös motivierte Menschen / Soldaten mit Grenzerfahrungen besser umzugehen in der Lage sind.

¹ Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein ist Leiter der Akademie Korn, war von 1995 bis 2005 Bundesvorsitzender der GKS und ist Ehrenbundesvorsitzender

Hierbei muss es sich nicht zwangsläufig ausschließlich um christlich sozialisiert aufgewachsene Menschen handeln, sondern jene Menschen, für die ein Leben nach dem irdischen Tod eine Bedeutung haben könnte. Dieser gleiche Personenkreis geht auch ganz anders und wesentlich gelassener mit den Fragen um, die Tod und Verwundung im Einsatz betreffen. Das zumindest konnte in der vorbereitenden Einsatzausbildung deutlich beobachtet werden.

Sicherlich verspricht auch dieses Mal wieder bei diesen Fragestellungen die Woche der Korn-Akademie im Boni-

fatiushaus in Fulda, nicht langweilig zu werden, vielmehr eine Herausforderung für alle teilnehmenden Soldaten und Referenten. Vorrangiges Ziel der Veranstalter dabei ist es, für alle Teilnehmer ohne Unterschied des jeweiligen Dienstgrades ein breites Podium für Auseinandersetzung und Diskussion zu bieten, wo auch das persönliche miteinander und das ganz persönliche Gespräch ihren Platz finden können. □

Uni Bw M (ehemalige)

Alle Jahre wieder

VON REINHOLD GRADL

Nein, es war nicht zur Weihnachtszeit, als sich der Freundeskreis der Ehemaligen der KHG der Uni Bw München in Miltenberg getroffen hat. In über 30-jähriger Tradition finden sich die Familien der ehemaligen Angehörigen der Katholischen Hochschulgemeinde in unterschiedlichen Bildungsgstätten, um sich – neben dem Austausch über die „neuesten Entwicklungen“ im jeweiligen familiären Umfeld – vor allem thematisch mit aktuellen Themen auseinander zu setzen.

So wurde das diesjährige Treffen unter dem Thema „Leben – wenn nicht jetzt, wann dann?“ gestaltet. Der einführende Film führte schnell auf die Fragen nach den „Höhepunkten“ des bisherigen Lebensweges. Aber auch das, was uns an einem erfüllten Leben hindert, wurde betrachtet und

Dabei wurden Musikstücke, Gerüche und verschiedene Geschmacksrichtungen genauso erkundet wie der Tastsinn durch Massagen und einen Barfussgang gefordert wurde.

Zu einer gemeinsamen, erwanderten Weinverkostung in den Weinbergen Frankens wurden die Teilnehmer von einem Geburtstagskind eingeladen – auch so konnten wir das Leben leben.

Abgeschlossen wurde das Wochenende, bei dem der Katholischen Militärfarrer der UniBwM leider nicht anwesend sein konnte, mit einem gemeinsamen Gottesdienst in der Hauskapelle des Jugendhauses St. Kilian. Dabei wurde jedem Teilnehmer in einer sehr intensiven Feier nahe gebracht, wie wertvoll das Leben für jeden ist und wie wertvoll jeder für das Leben des Anderen ist.



diskutiert. Nach sehr persönlichen Überlegungen zu dem, was der Einzelne in seinem Leben noch erwartet oder erreichen will, wurden im „praktischen Teil“ Möglichkeiten angeboten, das Leben mit all seinen Sinnen zu erleben.

Und so wurde Abschied genommen in der Vorfreude auf das nächste Treffen in Münsterschwarzach an Pfingsten 2010, das wir unter das Thema „Religion – Fluch oder Segen für die Menschheit?“ stellen wollen. □

GKS-Kreis Köln

Berufsethik des Staatsbürgers in Uniform

Ein Thema das derzeit im Rampenlicht steht wartete auf die Teilnehmer des Familienwochenendes der GKS Köln vom 05. bis 07. Juni 2009 in Horath. Der Einladung von Oberstleutnant Albert Hecht, Vorsitzender der GKS Köln waren rund 40 Erwachsenen und Kinder in das Familienhotel Hochwald im Hunsrück gefolgt. Am ersten Abend begrüßte Albert Hecht alle Teilnehmer des Familienwochenendes herzlichst und nutzte die Gelegenheit die Thematik des Wochenendes „Innere Führung“ vorzustellen. Hierfür hatte der Vorsitzende der GKS Köln Oberst i.G. Siegfried Morbe vom Zentrum für Innere Führung aus Koblenz als Referent eingeladen.

Wertesystem – Berufsethik

„Innere Führung“ verbindet das Wertesystem des Grundgesetzes mit der Berufsethik der Bundeswehr. Sie verlangt von den Soldatinnen und Soldaten, ihre Rolle in den Streitkräften und in der Gesellschaft immer wieder neu zu reflektieren. Die Soldatinnen und Soldaten wissen, dass sie für Menschenwürde, Recht und Freiheit notfalls auch mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben eintreten müssen. Gerade in Anbetracht der Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr ist das Bedürfnis nach Geborgenheit und Sicherheit in der Gesellschaft größer als angenommen. Die Bundeswehr braucht und verdient Rückhalt und Orientierung durch Parlament und Gesellschaft.



Mit erfrischendem Humor, durchsetzt mit persönlichen Erlebnissen, fesselte Oberst i.G. Morbes Vortrag die „altgedienten“ Soldaten und ihre Familienangehörigen. „So praxisnah und so einfach wurde mir dieses Themenfeld noch nie erläutert“, äußerte sich im Nachgang einer der Zuhörer.

(Text: Michael Bertram, Foto: Georg Böhmer)

GKS-Kreis München

Kommunikation in einer Christlichen Beziehung

Vom 30. April bis 03. Mai fand im Allgäuhaus in Wertach unter Leitung OstFw Reinhard Kießner ein Familienwochenende des GKS-Kreis München statt. Als geistlicher Beirat stand Militärdekan Edwin Grötzner zur Verfügung. Bei herrlichem Wetter trafen sich 23 Erwachsene und 12 Kinder, um in schönster Umgebung ein gemeinsames Wochenende zu verbringen. Für die thematische Ausgestaltung konnte Frau Johanna Mödl gewonnen werden. Sie ist die ehemalige Geschäftsführerin des ZFG (Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt) sowie Autorin der Broschüre „Wir schaffen das“ für Eltern, die berufsbedingt getrennt leben müssen; derzeit ist sie aktiv im Staatsdienst als Realschullehrerin.



Nach einer kurzen Vorstellungsrunde fand die Referentin schnell den Einstieg ins Thema. Mit mehreren Partnerübungen wurde den Teilnehmern schnell klar worauf es ankommt. Eine gute Kommunikation ist für eine funktionierende Beziehung unerlässlich. Wenn wir in der Lage sind, konstruktiv miteinander zu reden, können wir uns immer wieder neu entdecken, gemeinsam Krisen bewältigen und unser Zusammenleben glücklicher und zufriedener gestalten. Oft aber vernachlässigen wir gerade die Kommunikation mit unserem Partner oder unserer Partnerin.

Neben dem Bildungsteil hatte das Allgäuhaus einiges zu bieten. Unter anderen fand am 01. Mai die traditionelle Maibauaufstellung statt. Diese wurde durch einen Familiengottesdienst mit Herrn Militärpfarrer Alfons Schöpf und der Segnung des Maibaumes abgerundet. Anschließend servierte das Haus den Teilnehmern ein sehr schönes Mittagessen mit Grillköstlichkeiten und entsprechenden Getränken. Am 02. Mai kam es zu einer besonderen Herausforderung für die jugendlichen Teilnehmer. Sie besuchten unter Aufsicht von StFw Alexander Drick und dem Pfarrhelfer Freimuth Kettner einen naheliegenden Klettergarten. Mit den Erwachsenen unternahm der Heimleiter Hans Günther Jung eine Maiwanderung in den Bergen. Zum Abschluss feierten die Teilnehmer mit Militärdekan Edwin Grötzner den Sonntagsgottesdienst in der Hauskapelle.

Alle Teilnehmer zogen ein positives Resümee zu der gelungenen Veranstaltung und wären gerne länger im Allgäuhaus geblieben. (Text: Reinhard Kießner, Foto: Alexander Drick)

Bundesvorstand

GKS tagte an der Offizierschule

Vom 02.07. bis 05.07.09 tagte der Bundesvorstand der GKS an der Offizierschule des Heeres (OSH) in Dresden. Schwerpunkt der Sitzung war die Finalisierung der Beschlussvorlage zur neuen Ordnung und der Wahlordnung, damit die Delegierten in den Bereichen über ihre Vorsitzenden rechtzeitig die notwendigen Informationen bekommen konnten. Schließlich soll in der Bundeskonferenz während der Woche der Begegnung in Hamburg vom 17.09. bis 19.09.09 die neue Ordnung verabschiedet werden.



Selbst in den Pausen wurde die Beschlussvorlage diskutiert

Um die umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten, wurden schon am Anreiseabend die ersten Sitzungspunkte angesprochen und erledigt. Freitag und Samstag waren der Diskussion über die neuen Papiere gewidmet. Hier wurde von den Mitgliedern des Bundesvorstandes um jede einzelne Formulierung gerungen, bis die Formulierung die Zustimmung der Mehrheit gefunden hatte. Durch diese äußerst intensive Behandlung der Beschlussvorlage (Bild 1) mussten sowohl die Pausen verkürzt als auch das Kulturprogramm zeitlich später absolviert (und dadurch ebenfalls verkürzt) werden.

Am Freitagabend traf man sich offiziell im Casino der Offizierschule. Der Schulkommandeur BrigGen Franz Xaver Pfengle (Bild 2) und der Bischof von Dresden-Meißen



(v.l.): BG Franz Xaver Pfengle, O Josef Schmidhofer, MD Msgr. Hartmut Gremler



Aufmerksame Zuhörer bei der Begrüßungsrede des Bundesvorsitzenden, (v.l.): MD Hartmut Gremler, OTL Alfred Warner (verdeckt), Bischof von Dresden-Meißen Joachim Reinelt

Joachim Reinelt (Bild 3) feierten mit dem Bundesvorstand die zweite Anwesenheit der GKS-Führung in der Stadt. Warum Dresden auch Elbflorenz genannt wird, wurde während der Stadtführung am Samstag deutlich, als das Ehepaar Zink (Bild 4) die Teilnehmer durch die malerische Altstadt führten. Da die zur Verfügung stehende Zeit gekürzt war, mussten einige Sehenswürdigkeiten weggelassen werden, damit die Führung nicht zum Dauerlauf entartete. Diese „kulturellen Lücken“ weckten in manchem Teilnehmer den Wunsch, Dresden in Ruhe und ganz privat zu erleben. Diese Sitzung des Bundesvorstandes sollte aber auch den Lehrgangsteilnehmern an der Offizierschule des Heeres zeigen, dass es die GKS gibt. Dies wurde unter anderem dadurch erreicht, dass die Mahlzeiten im großen Speisesaal



Dank des Bundesvorsitzenden Paul Brochhagen an das Ehepaar Zink, welches die Sitzung des Bundesvorstandes durch seine Bemühungen in Dresden vorbereitete und betreute

gemeinsam eingenommen wurden. Interessante Gespräche wurden geführt und vielleicht findet sich ein Ansprechpartner an der OSH, der zentralen Ausbildungsstätte für alle Offiziere des Heeres und der Streitkräftebasis.

Am Sonntag feierten die Teilnehmer mit dem Katholischen Leitenden Militärdekan Erfurt Monsignore Hartmut Gremler den Gottesdienst in der Garnisonskirche. Während der Feier spendete Monsignore Gremler den Reise Segen, bevor sich der Bundesvorstand auf die Heimfahrt machte. (Text und Bilder: Bertram Bastian)

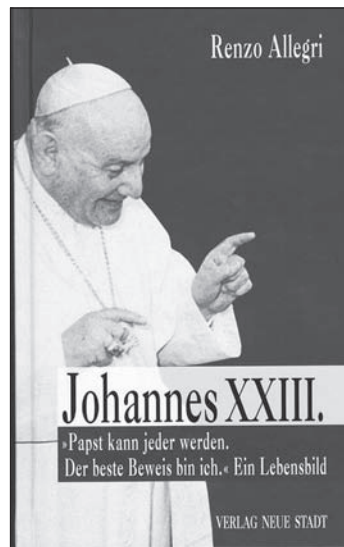
Buchbesprechung

Johannes XXIII.

„Papst kann jeder werden. Der beste Beweis bin ich.“ Ein Lebensbild

Der Papst Johannes XXIII. ist bei den meisten Menschen im Gedächtnis geblieben als der Papst, der das II. Vatikanische Konzil einberufen hat, aber nicht mehr zu Ende führen konnte. Er gilt als derjenige, der die Kirche vom Mittelalter in die Moderne geholt hat. Aber wie war der Mensch Angelo Roncalli, wie gab er sich, bevor er Papst wurde, was zeichnete ihn aus? Aus diesem Grund hat der Autor Renzo Allegri dieses Buch geschrieben. Er wollte der Leserschaft nicht die bekannten Dinge über den Papst nochmals schildern, sondern wollte seine Jugend zeigen, wie er aufwuchs, was er machte, bevor den Stuhl Petri bestieg und wie er als Papst das blieb, was er zeitlebens war: Angelo Roncalli, der Junge aus dem Bergdorf. Zu diesem Zweck benutzte er nicht die bekannten Archive, sondern suchte sich die Leute aus, die bislang nicht zu Wort kamen: Seine Geschwister, die Bewohner des kleinen Bergdorfes, Bischof Battaglia, dessen Sekretär er lange Zeit war sowie Zeitzeugen des Wirkens dieses späteren Papstes in Südosteuropa und in der Türkei. Abgerundet wird dieses Lebensbild mit Schilderungen des Kammerdieners, der Angelo Roncalli während der Zeit als Patriarch in Venedig als auch in Rom als Papst begleitete.

Seine Jugend in dem kleinen Bergdorf Sotto il Monte ist geprägt von dem Leben in einer 32-köpfige Großfamilie, in der jeder mithelfen musste. Angelo wollte Priester



werden und sein Großonkel hat ihn darin unterstützt und gefördert. Man erfährt Einzelheiten über den Förderer und über das Leben in dem kleinen Dorf, über den beschwerlichen Schulweg aber auch Dinge über den späteren Papst, z.B. warum dieser keine Feigen mochte. Roncalli wurde zum Militär eingezogen und verbrachte dieses eine Jahr 1902 bei dem 73. Infanterie-Regiment der Lombardischen Brigade. Der spätere Papst betrachtete dieses Jahr als eines der Prüfung, ob er seine Berufung verlieren könne oder nicht. Er verlor sie nicht, promovierte 1904 und wurde am 10. August 1904 zum Priester geweiht. Danach folgten stille Jahre in Bergamo, unterbrochen von seinem Einsatz im ersten Weltkrieg als Sanitäter. Bis 1920 konnte er weg von Rom in seiner Heimatdiözese wirken. Durch Organisation des ersten Eucharistischen Kongresses der Nachkriegszeit machte er Rom auf sich aufmerksam. Vor seiner Berufung nach Rom quälten ihn Zweifel, ob er der Aufgabe gewachsen sei und er schrieb einen Brief mit Schilderung der Gründe, warum er nicht geeignet sei, ein gewiss einzigartiger Vorgang. Letztendlich siegte sein Gottvertrauen und er zog nach Rom. Seine Zeit dort war nur kurz, denn schon 1925 bevor er nach Bulgarien gesandt wurde, weihte

ihn Kardinal Giovanni Tacci zum Bischof. Zehn Jahre wirkte Angelo Roncalli in Bulgarien. Es folgte ein noch schwierigerer Einsatz in der Türkei. Diese Zeiten werden in dem Buch dadurch lebendig, dass der Autor Zeitzeugen während dieser schwierigen Jahre ausfindig gemacht und befragt hat, die so ein Bild von Angelo Roncalli in seiner Zeit geben konnten.

Im Dezember 1944 erteilte ihn der Wechsel nach Paris. Pius XII erklärte ihm, dass in Frankreich 50 katholische Bischöfe unter dem Vorwurf der Kollaboration stünden und er der geeignete Mann sei, diese äußerst gespannte Situation zu meistern. Roncalli erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen. 1953 wurde er als 72-jähriger Patriarch von Venedig. Dort stellte er Guido Gusso als Kammerdiener ein, der ihn bis zu seinem Tod begleitete. Gerade die Gespräche mit Gusso zeigen die menschliche Seite dieses Papstes, der von vielen als Übergangspapst empfunden wurde. Er wurde es in einem anderen Sinne, denn er schuf die Voraussetzungen für den Übergang der katholischen Kirche vom Mittelalter in das moderne Leben. Das gut lesbare Buch zeigt denjenigen, die Papst Johannes XXIII. noch kannten, den Menschen Angelo Roncalli, den jüngeren wird durch dieses Buch deutlich, warum die Gläubigen so von diesem Papst schwärmen.

(von Bertram Bastian)

Johannes XXIII. „Papst kann jeder werden. Der beste Beweis bin ich.“ Ein Lebensbild von Renzo Allegri, 172 Seiten, Verlag Neue Stadt München 2008, ISBN 978-3-87996-761-2

Buchbesprechung

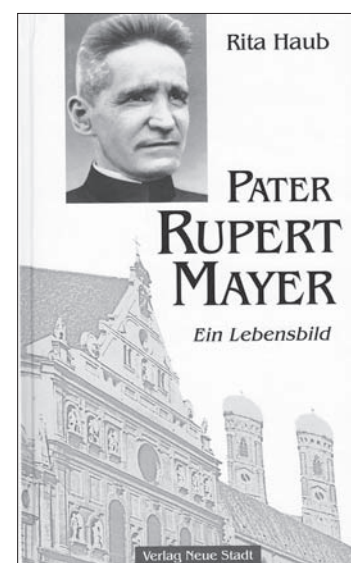
Pater Rupert Mayer – Ein Lebensbild

Pater Rupert Mayer galt als „Apostel der Münchner“, zumindest wurde er in der Lokalpresse so genannt, während 1945 sein Heimgang gemeldet wurde. Während der Feier der Seligsprechung am 03.05.1987 im Münchner Olympiastadion sprach der damalige Papst Johannes Paul II. ebenso vom „Apostel der Münchner“ und dem „15. Nothelfer“ der Münchner. Aber abseits der Feierlichkeiten und außerhalb des Lichtes der Öffentlichkeit ist dieser Jesuitenpater relativ unbekannt. Wer war dieser Mann, der im ersten Weltkrieg als erster Militäreis-

licher das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielt (neben zahlreichen anderen militärischen Auszeichnungen); der früh die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus erkannte und dagegen kämpfte?

In ihrem Buch zeichnet Rita Haub ein Lebensbild wie der Untertitel aussagt. Dem kommt die Autorin in ausgezeichneter Weise nach, indem sie von der Kindheit beginnend, den Lebenslauf dieses Mannes Gottes nachzeichnet und durch Detailreichtum und flüssige Erzählform besticht.

Aufgewachsen in dem damals (1876)



überwiegend evangelischen Stuttgart, wurden die Kinder der Familie Mayer von „Fräuleins“ erzogen. Beide Elternteile waren zwar in den Geschäftsbetrieb eingebunden, kümmerten sich aber desto intensiver in der freien Zeit um ihre Kinder, die sie im Geiste einer freiheitlichen Denkweise erzogen. Durch die begüterte Situation der Eltern wurde den Kindern (zwei Jungen und vier Mädchen) vieles geboten, was nicht üblich war, wie z.B. Reitunterricht. Alles geschah ohne Zwang und immer in der Absicht, die Kinder in ihrer Eigenverantwortung großzuziehen.

Schon früh wollte Rupert Mayer dem Jesuitenorden beitreten, doch der Vater verweigerte ihm seine Zustimmung, so dass Rupert zuerst sein Theologiestudium (allgemeiner Art) aufnahm. Er wurde 1899 zum Priester geweiht und hielt seine Primiz in der Kirche, in der er Ministrant war. Am 2.

Februar 1911 war Rupert Mayer endgültig in den Orden der Gemeinschaft Jesu aufgenommen. Sein Betätigungsfeld wurde die Seelsorge der Menschen, die vom Umland in die große Metropole München zogen. Er schuf das Prinzip der Vertrauensleute, um so Kontakt zu den Zuwanderern zu erlangen. Ebenso erfand er die Bahnhofsmessen, in denen er die Reisenden erreichte, die sonst nicht in die Kirche gegangen wären.

Während des Ersten Weltkrieges als Militärpfarrer eingesetzt, wurde er schwer verletzt und erlebte das Kriegsende in einem Lazarett. Nach seiner Rückkehr widmete er sich mit ganzer Kraft der Seelsorge in München. Schon früh erkannte er das Schändliche im Nationalsozialismus und lies nicht ab, dagegen zu predigen. Nach der Machtübernahme 1933 wurde er mit Predigtverbot belegt und letztendlich im Kloster mundtot gemacht. Pater Mayer entschied sich in die-

ser Zeit für den Gehorsam gegenüber seinem Orden, der ihn „aus der Schusslinie“ nehmen wollte und fügte sich.

Nach Kriegsende kehrte Rupert Mayer am 11.05.45 nach München zurück. Die Zeit in Schutzhaft und die Zeit des erzwungenen Schweigens hatten seine Kräfte aufgezehrt. An Allerheiligen 1945 erlitt er während der Predigt einen Hirnschlag und verstarb.

Das Buch erzählt eine lebendige Geschichte eines Mannes, der unbeugsam seinen Weg ging. Gut lesbar wird die Geschichte eines Menschen erzählt, der von klein auf sich für den Priesterberuf entschied und alle Hindernisse überwand.

(von Bertram Bastian)

Pater Rupert Mayer. Ein Lebensbild von Rita Haub, 214 Seiten, Verlag Neue Stadt München 2007, ISBN 978-3-87996-694-3

Buchbesprechung

Der Genius des Krieges. Das deutsche Heer und der Generalstab 1807 – 1945



Schon 1979 erschien in den Vereinigten Staaten das Buch von Trevor N. Dupuy über den Generalstab. 30 Jahre später wird dieses gelungene Buch den deutschsprachigen Lesern angeboten. Dr. Franz Uhle-Wettler hat das Werk aus dem Amerikanischen übersetzt. Nicht nur übersetzt. Mit den Anmerkungen des Übersetzers korrigiert er den Autor wo es nötig ist und ergänzt zum besseren Verständnis. Dadurch gewinnt das Gesamtwerk.

Beginnend mit der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstädt nimmt der Autor den Leser mit auf eine sehr interessante Reise durch die preußische, später deutsche Militärgeschichte. Die Frage, um die es immer wieder geht: Warum waren die Leistungen der preußischen/deutschen Armeen deutlich effizienter als die der jeweiligen Gegner? Die Reformer, die sich Anfang des 19. Jahrhunderts in Berlin Gedanken machten, wie das Staatswesen zu reformieren sei, um die Monarchie zu stärken, schlossen ihre Augen nicht vor dem Militär. Hier musste die Reform besonders greifen, war doch die Armee der bewaffnete Arm des Souverän, des Königs. Durch Verbesserung der Bildung der Offiziere, durch Öffnung der Laufbahn und durch verbesserte Ausbildung sollten nach einer Bestenauslese, die Generalstabsoffiziere auf ihren Positionen, schwache Leistungen der Kommandierenden ausgleichen, nötigenfalls korrigieren. Auf diese Art und Weise schufen die Reformer ein Instrument, welches sich selbst überprüfte und nach Bewertung der Lage reformierte und verbesserte. Dupuy zeichnet ein genaues Bild der Entstehung und der Formung des Generalstabs, seine ständigen Verbesserungen unter dem Kommando des jeweiligen Chefs. Dabei geht er auch auf das Wechselspiel zwischen den Instanzen und dem Monarchen ein, die Rolle des Kriegsministers wird untersucht und bewertet. Aus dem Zusammenhang wird ebenfalls erklärt, wie es zu einem Versagen im Ergebnis der Handlungen kommen konnte. Die schwierige Zeit nach dem ersten Weltkrieg, als der Generalstab verboten war, wird ebenso

beschrieben wie der Weg der Wehrmacht in den zweiten Weltkrieg und die Niederlage 1945. In den Anlagen beschreibt Dupuy detailliert die Leistungsfähigkeit der deutschen Armee im ersten und im zweiten Weltkrieg. Des Weiteren geht er auf das „Rätsel Halder“ ein, war er ein Mann des Widerstandes oder nicht?

Ein aktualisierter Bildteil in der Mitte des Buches macht die Männer bekannt, die dem deutschen Leser nicht so geläufig sind wie dem amerikanischen. Diese Aktualisierung, zusammen mit den behutsamen Korrekturen des Übersetzers macht das gute Buch noch besser. Man versteht nicht, warum der deutschsprachige Raum fast 30 Jahre benötigte, um dieses ausgezeichnete Werk des pensionierten Obersten Dupuy zu übersetzen. Dr. Uhle-Wettler geht in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe darauf ein und bringt schlüssige Argumente, denen man sich anschließen kann.

Der Rezensent hatte 1979 die Gelegenheit, das amerikanische Original zu erwerben. Nach 30 Jahren war die Lektüre der deutschen Ausgabe ebenso interessant und fesselnd wie das Original. Ein sehr gutes Buch, welches die Leistungen des Generalstabes würdigt, ohne Fehler zu verschweigen oder gar glorifizierend zu wirken.

(von Bertram Bastian)

Der Genius des Krieges – Das deutsche Heer und der Generalstab von Trevor N. Dupuy, aus dem Amerikanischen von Dr. Uhle-Wettler, 440 Seiten, Ares Verlag, Graz 2009, ISBN 978-3-902475-51-0



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2009 Allg. Termine u. Bundesebene

13.-19.09.	49. WdB in Hamburg
13.-14.09.	Vorkonferenz,
14.-17.09.	Katholikenrat (KR)
17.-19.09.	BuKonf GKS
18.-23.10.	Familienwerkwoche GKS NRW Gehrden
19.-23.10.	54. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge
21.-25.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
07.11.	KR-Vorst.-Sitzung, Berlin
07.-08.11.	Bundesvorstand, Fulda
09.-13.11.	12.Seminar GKS-Akademie Dr. Korn, Fulda
20.-21.11.	VV ZdK, Bad Godesberg
03.12.	Sitzung Verwaltungsrat

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiLD Kiel / GKS Nord / Küste

13.-15.11.	DAK II in Salem
------------	--------------------

KMiLD Erfurt / Hannover / GKS Bereich NS / Ost

30.10.-01.11.	DAK in Huysburg
---------------	--------------------

KMiLD Mainz / GKS Nordrhein-Westfalen

29.10.-30.10.	Ort noch nicht entschieden
---------------	----------------------------

KMiLD München / GKS Bayern u. Baden Württemberg

02.-04.10.	DAK II, Untermarchtal
------------	--------------------------

GKS-Sachausschüsse

SA »Innere Führung«

05.10.	Sitzung in Bonn
16.11.	Sitzung in Bonn

SA »Sicherheit und Frieden«

20.11.	Sitzung in Bonn
--------	--------------------

Vorschau 2010

23.01.	Sitzungen KR-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGV in Berlin
05.-07.03.	DAK West 01 / 10, Vallendar
06.-11.03.	Dienstbesprechung Ausland, NN
12.-14.03.	DAK Ausland, NN
19.-21.03.	DAK Nord 01 / 10, Stapelfeld
16.-17.04.	VV ZdK
21.-25.04.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
12.-16.05.	2. Ökumenischer Kirchentag in München
09.-13.06.	Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
18.-20.06.	Seminar für Funktionsträger, Mülheim / Ruhr
12.-17.09.	50. Woche der Begegnung, Bensberg
18.-22.10.	55. Gesamtkonferenz, Potsdam
28.-29.10.	DAK West 02 / 10, Vallendar
05.-07.11.	DAK Nord 02 / 10, Parchim
06.-07.11.	Bundesvorstandssitzung, Mülheim / Ruhr
19.-20.11.	VV ZdK, Bad Godesberg

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMiLD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Dienststellen im Bereich des Flottenkommandos

KMiLD Mainz: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiLD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiLD Erfurt: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: DAK – Dekanatarbeitskonferenzen beim Kath. Leitenden Militärdekan im KMiLD ..., BK – Konferenz der GKS im Bereich ..., BuKonf – Bundeskonferenz der GKS, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutivsausschuss, GKMD – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, IThF – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, KR – Katholikenrat beim Militärbischof, KMiLD – Kath. Militärdekanat, MGV – Militärgeneralvikar, SA InFu – Sachausschuss »Innere Führung«, SA S+F – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, VV ZdK – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843